

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	18
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	25

VERBÄNDE



DNR intern	28
Aus den Verbänden	28
Preise & Ausschreibungen	29

SERVICE

Rezensionen	30
Internet	33
Impressum	33
Neu erschienen	34
Termine	35

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	36
Umweltbildung sichert	
Wirtschaftsstandort	

THEMEN DES MONATS

Geo-Engineering

Ozeandüngung und kein Ende?

Die Genehmigung des Lohafex-Experiments durch die Bundesregierung ist ein fatales Signal

Seite 2

Öffentlichkeitsbeteiligung

Wunschtraum gläsernes Regieren

Transparenz und Beteiligung bei der Gesetzgebung in Berlin und Brüssel sind bisher ungenügend

Seite 4

E-Partizipation

Ein Mausclick bis Brüssel

Im Internet nehmen BürgerInnen die deutschen EU-ParlamentarierInnen unter die Lupe

Seite 6

Nanotechnologie

Besser ohne Tierversuche

Die Sicherheit von Nanomaterialien muss geklärt werden, doch Tierversuche helfen nicht weiter

Seite 8

Interview: Stromnetze

„Flaschenhals der Energiewende“

Das deutsche Netz behindert Wind- und Solarstrom. Dagegen formiert sich eine „Allianz Netzintegration“

Seite 15

Geo-Engineering

Ozeandüngung und kein Ende?

Die Genehmigung des Lohafex-Experiments durch die Bundesregierung ist ein fatales Signal

Das deutsche Forschungsschiff Polarstern darf nun doch einen großflächigen Eisendüngungsversuch im Südpolarmeer durchführen, obwohl internationale Vereinbarungen dem entgegenstehen. Dieses Experiment bringt die Meeresökologie noch nicht aus dem Gleichgewicht, aber die kommerziellen Klimaingenieure stehen schon bereit. Und Änderungen an der Nährstoffverteilung gefährden die biologische Vielfalt in den Ozeanen. ■ VON STEPHAN LUTTER, WWF

Als Deutschlands größtes Forschungsschiff, die Polarstern, am 7. Januar dieses Jahres von Kapstadt aus in Richtung Südpolarmeer in See stach, schien die Welt noch in Ordnung. Wenig später brach über das Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven, sein Flaggschiff und die an Bord befindlichen Forscher und Forscherinnen aus Deutschland, Indien und anderen Staaten ein wahrer Sturm der Entrüstung herein. Er gipfelte in einer öffentlich ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) und Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Was war geschehen?

Künstliche Algenblüte

Die Polarstern hatte 20 Tonnen Eisensulfat geladen, die im Rahmen eines Großversuchs auf 200 bis 300 Quadratkilometern Meeresfläche nordöstlich von Südgeorgien ausgebracht werden sollten. Das Zielgebiet liegt auf Hoher See, also in internationalen Gewässern, etwas nördlich der Zone des Abkommens über den Schutz der lebenden Ressourcen des Südpolarmeeres (CCAMLR) und südlich der sogenannten antarktischen Konvergenz. An diesem Frontensystem entlang der zirkumpolaren Meeresströmung sinken Wassermassen langsam in die Tiefe – man nennt dies ein Abtriebsgebiet – und es entstehen große Wirbel. Einer von ihnen sollte mit dem Eisensulfat künstlich gedüngt und das anschließende Geschehen in der Lebensgemeinschaft des Planktons mehrere Wochen lang untersucht werden. Die so erzeugte künstliche Algenblüte würde für

einige Zeit selbst auf Satellitenaufnahmen als deutlicher Fleck an der Meeresoberfläche zu erkennen sein.

Gelöstes Eisen ist im Südpolarmeer Mangelware und begrenzt das Wachstum des pflanzlichen Planktons, so wie dies in anderen Meeresgebieten oft Stickstoffsalze oder Phosphate tun. Die Forschung geht der Frage nach, wie nach künstlicher Gabe von Nährstoffen zusätzliches Kohlendioxid gebunden wird und wie viel davon in den Tiefenwasserkreislauf der Ozeane gelangt. Wenn sich Eisberge vom Rand des antarktischen Kontinents lösen, setzen sie ebenfalls Eisen frei. Dies führt zu natürlichen Kieselalgenblüten ähnlicher Größenordnung, die von tierischem Plankton wie Ruderfußkrebse und Krill abgeweidet werden. Ein Teil der so entstandenen Biomasse sinkt in tiefere Wasserschichten oder bis zum Meeresboden und wird von Bakterien zersetzt oder von Bodenlebewesen verwertet.

Moratorium auf dem Biodiversitätsgipfel

Weshalb gab es so große öffentliche Aufregung über das bisher größte Eisendüngungsexperiment, das deutsch-indische Lohafex-Projekt? ⁽¹⁾ Hatte es doch bereits ähnliche Versuche in den Jahren zuvor gegeben, ohne Proteste von Umweltorganisationen oder Umweltministern. Der Grund lag schlicht in der veränderten politischen Beschlusslage. In der Tat wird die Diskussion um Ozeandüngung als mögliches Mittel zur Bindung von Kohlendioxid und zur Verminderung des Gehalts an Treibhausgasen schon seit mehreren Jahren kontrovers geführt. Umweltorganisationen wie der WWF, Greenpeace und die

ETC Group, ebenso die Weltnaturschutzunion IUCN kritisieren Ozeandüngung wegen der Risiken für die Meeresumwelt, bezweifeln aber auch ihre Wirksamkeit. ⁽²⁾ Die Neunte Vertragsstaatenkonferenz des Abkommens zur biologischen Vielfalt (CBD COP9) beschloss im Mai 2008 unter Vorsitz von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel ein Moratorium für kommerzielle Ozeandüngung. Wissenschaftliche Experimente im offenen Meeresökosystem sollten auf „kleinräumige“ Versuche „in Küstengewässern“ beschränkt bleiben.

London-Abkommen setzte Standards

Die politische Willenserklärung der CBD wurde im Oktober 2008 vom London-Abkommen und dem Protokoll zur Verhütung von Meeresverschmutzung (LC/LP) in einer Resolution weiterentwickelt. Das

„Lohafex öffnet die Tür“

„Das AWI-Experiment öffnet die Tür zu weiteren Versuchen. Das hieße, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen, eine Umweltbelastung durch die andere zu ersetzen. Auf diese Weise würden zudem alle Bemühungen um Vermeidung von CO₂ an der Quelle konterkariert. Die Reaktion der Öffentlichkeit zeigt jetzt schon, wie viel Hoffnung in so einen Versuch gesteckt wird, ohne noch einen Blick für die Folgen für das Meeresökosystem zu haben.“

Peter Willers, Vorstand der Aktionskonferenz Nordsee (AKN)

weltweite London-Abkommen mit Sekretariat bei der Internationalen Schifffahrtsorganisation IMO soll das Einbringen von Stoffen ins Meer regeln. Auf seiner Grundlage sind zum Beispiel die Verklappung und Verbrennung von Industrieabfällen und das Einbringen radioaktiver Stoffe international geächtet. Die Entsorgung von Kohlendioxid in tiefen Wasserschichten des Weltozeans wurde unlängst ebenso verboten. Das London-Abkommen hat zudem genaue Vorschriften für die Lagerung von Kohlendioxid unter dem Meeresboden erlassen. Die 30. Sitzung seiner Vertragsstaaten erklärte sich folgerichtig in Sachen Ozeandüngung für zuständig. Die LC/LP-Resolution von 2008 untersagt nunmehr die kommerzielle Ozeandüngung und deren Berücksichtigung beim Emissionshandel. Die Staaten wurden zu größter Vorsicht bei der Genehmigung wissenschaftlicher Versuche aufgefordert und verpflichtet, Verträglichkeitsprüfungen vorzulegen, bis weitere Richtlinien erarbeitet sind.

In diese politische Situation platzte die Nachricht vom unmittelbar bevorstehenden Lohafex-Experiment im Südatlantik. Verträglichkeitsprüfungen, wie sie zum Beispiel für die Abfallentsorgung auf See international vorgeschrieben sind, lagen nicht vor. Sigmar Gabriel, Gastgeber der CBD-Konferenz im Vorjahr, geriet in eine Zwickmühle. Deshalb drängte er seine Kollegin Annette Schavan, das Experiment zu stoppen. Während eilends meeresökologische und rechtliche Gutachten von mehreren renommierten Institutionen eingeholt wurden, dümpelte die Polarstern unverrichteter Dinge im Südatlantik.

Nachahmer in den Startlöchern

Am 26. Januar bekamen die Forscher dann grünes Licht aus Berlin für den Großversuch, der seitdem vom Alfred-Wegener-Institut öffentlich dokumentiert wird. Der Bundesumweltminister bedauerte die Freigabe und kritisierte ferner, dass nunmehr ein Versuchsgebiet rund 1.000 Kilometer weiter östlich als ursprünglich vorgesehen ausgesucht worden war. Damit seien Teile der eingeholten Gutachten hinfällig, von

Küstengewässern im Sinne des CBD-Beschlusses könne nun wahrlich keine Rede mehr sein.⁽³⁾

Weder der Beschluss der CBD noch die Resolution der LC/LP stellen bisher verbindliches Völkerrecht dar. Ein Jurist würde diese Beschlüsse als „soft law“ einordnen. Hinter der Beschränkung weiterer Versuche auf Küstengewässer stand die Absicht, stärkere Kontrolle auszuüben als dies auf Hoher See gewährleistet wäre. Die Freigabe des Versuchs durch die Bundesregierung ist zum jetzigen Zeitpunkt ein fatales Signal, weil sie all diejenigen ermutigt, die Ozeandüngung im großen Stil vorantreiben wollen und nun einen Vorwand haben, um die internationalen Beschlüsse nach Gutdünken zu ignorieren. Dazu gehören Firmen wie Planktos und Climos, die ihre Pläne für kommerzielle Ozeandüngung, zum Beispiel nahe der Galapagosinseln, zunächst auf Eis gelegt hatten. Dazu gehört auch ein australisches Forscherteam, das Teile der Tasmanischen See mit Harnstoff düngen will.

Veränderungen der Nährstoffverteilung in den Ozeanen beeinflussen die Artenzusammensetzung, können zum Verlust biologischer Vielfalt und zur Ausbreitung schädlicher Arten führen und im Extremfall auch Sauerstoffmangel bewirken. Nicht von einem einzelnen kontrollierten Versuch wie Lohafex geht daher Gefahr für die Meeresumwelt aus, sondern von der Summe der Nachahmer.

Anmerkungen

- ▶ (1) Vgl. Seiten des Alfred-Wegener-Instituts zu Lohafex: www.kurzlink.de/awi-lohafex
- ▶ (2) Vgl. Seiten der ETC Group zu Lohafex: www.etcgroup.org/lohafex
- ▶ (3) Vgl. Stellungnahme des Bundesamts für Naturschutz und Mitteilung des BMU zum Lohafex-Projekt, 25./26.01.2009: www.kurzlink.de/bfn-lohafex

Stephan Lutter ist Meeresökologe. Im WWF-Zentrum für Meeresschutz in Hamburg ist er zuständig für internationale Meeresschutzpolitik und Meeresschutzgebiete.

Kontakt: Tel. +49 (0)40 / 530200-122, E-Mail: stephan.lutter@wwf.de, www.wwf.de/meere



Von der Fähigkeit zu staunen

2009 jährt sich der Geburtstag von Charles Darwin zum 200. Mal. Sein Hauptwerk, die »Entstehung der Arten«, hat ihn weltberühmt gemacht. Doch was für ein Mensch steckt hinter dem Naturforscher Darwin? Was trieb den nimmermüden Abenteurer an? Angela und Karlheinz Steinmüller zeichnen ein sehr persönliches Bild: »Sie beschreiben den großen Charles Darwin nicht als einen der Welt entrückten Mythos, sondern fast romanhaft als einen Menschen des 19. Jahrhunderts.« (aus dem Vorwort von Josef H. Reichholf)

A. & K. Steinmüller

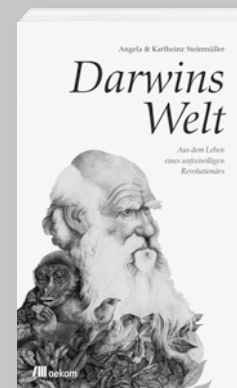
Darwins Welt

Aus dem Leben eines unfreiwilligen Revolutionärs

320 Seiten, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-124-0



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



Öffentlichkeitsbeteiligung

Wunschtraum gläsernes Regieren

Transparenz und Beteiligung bei der Gesetzgebung in Berlin und Brüssel sind bisher ungenügend

Gesetze werden vom Parlament verabschiedet, doch ihr Entstehungsprozess bleibt oft im Verborgenen – besonders in Deutschland. Die EU-Regeln für transparentes Regieren sind gut, aber nicht bindend. Die britische Regierung hat weniger Angst vor den BürgerInnen. Österreich und weitere Länder ziehen jetzt nach. ■ VON MICHAEL ZSCHIESCHE, UFU

In Lehrbüchern zum Staatsrecht steht auch heute noch, dass Gesetze vom Parlament entwickelt werden. Tatsache ist, dass nur im Ausnahmefall Gesetze aus der Mitte des Bundestages entstehen. Zum einen, weil sehr viele Vorgaben inzwischen aus Brüssel kommen. Zum

anderen, weil die Gesetzentwürfe in den Ministerien erarbeitet werden. Dort sitzen nicht selten MitarbeiterInnen aus großen Konzernen oder Industrieverbänden und schreiben mit den Hausjuristen der Ministerien an den Gesetzesentwürfen. In diesen frühen und wichtigen Phasen der Entstehung von Gesetzestexten ist die Öffentlichkeit selten eingebunden. Sie kann meist erst auf die Texte Einfluss ausüben, wenn sie vom Kabinett verabschiedet sind und zur ersten Lesung in den Bundestag eingebracht werden. Im Bundestag sind Transparenz und Beteiligung sowie die aktive Lobbyarbeit gewährleistet.

bereitung rechtverbindlicher normativer Instrumente und solange Optionen noch offen sind“ an Gesetzentwürfen zu beteiligen. Für die Stellungnahme soll dabei ausreichend Zeit bleiben. Die Konvention besagt sogar, dass das Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung soweit wie möglich zu berücksichtigen sei. Aber wenn man sich anschaut, wie die Umsetzung in Deutschland vollzogen wurde – vor allem, ob es verbindliche Festlegungen zur Einbindung der Öffentlichkeit in den Gesetzgebungsprozess gibt –, dann fällt die Antwort ernüchternd aus. Derzeit handhabt dies jedes Ministerium nach eigenem Ermessen, denn im Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz fehlen entsprechende Passagen und auch entsprechende Verordnungen sind nicht bekannt. Damit verstößt Deutschland eindeutig gegen die Århus-Konvention.

Doch wie gehen andere Staaten und die Europäische Union mit dem Thema um?

Vorreiter Großbritannien

Die Regeln des „Code of Practice on Consultation“ des britischen Premierministers:

- ▶ Führen Sie während des Gesetzgebungsprozesses eine breit angelegte Konsultation durch. Dabei sollen mindestens einmal schriftliche Stellungnahmen abgegeben werden können. Räumen Sie dafür mindestens zwölf Wochen Zeit ein.
- ▶ Teilen Sie eindeutig mit, welches politische Thema behandelt wird, wer davon betroffen sein kann, welche Fragen dazu gestellt werden und bis wann die Stellungnahmen abgegeben werden müssen.
- ▶ Die Konsultation soll eindeutig, präzise und breit zugänglich sein.
- ▶ Geben Sie zu den Stellungnahmen Rückmeldungen. Erklären Sie, wie der Konsultationsprozess die Politik beeinflusst hat.
- ▶ Überwachen Sie die Wirksamkeit der Konsultationen, unter anderem mithilfe eines dafür ernannten Koordinators.
- ▶ Die Konsultation soll der guten Praxis zur Erarbeitung von Rechtsakten oder politischen Strategien genügen. Dazu gehört gegebenenfalls eine Folgenabschätzung.

Quelle: Arber, K.: Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung, Wien 2006

Deutschland verletzt Århus-Konvention

Der Spruch, dass kein Gesetz so aus dem Bundestag herauskommt, wie es hineingeht, stimmt zwar; aber oft sind es nur wenige Änderungen. Der Großteil ist vorher in eher informellen Runden, unter Ausschluss parlamentarischer Kontrolle und der Öffentlichkeit ausgehandelt worden. Es ist deshalb wichtig, dass die Öffentlichkeit auch während der Erarbeitung der Gesetzentwürfe Stellungnahmen einreichen und in einen Diskussionsprozess mit den Ministerien eintreten kann.

Relativ fortschrittlich ist hier das Bundesumweltministerium. Nicht nur beim Umweltinformationsgesetz 2005, sondern auch beim Großprojekt Umweltgesetzbuch 2008 hat sich das Ministerium um frühestmögliche Beteiligung und Transparenz bemüht.

Man könnte meinen, dies müsse nach Ratifizierung der internationalen Århus-Konvention von 2006 auch so sein. Ja und nein. Zwar ist nach Artikel 8 der Konvention die Öffentlichkeit „während der Vor-

EU-Regeln bleiben unverbindlich

Die EU hat Regeln und Grundsätze im Weißbuch über Europäisches Regieren⁽¹⁾ aufgestellt. Weißbücher sind wichtige Impulsgeber für die EU-Politik. Die löblichen Absichten, sich auf Regeln zum guten Regieren zu verständigen, haben jedoch einen Haken: Alle Maßnahmen sind freiwillig. Die folgenden EU-Mindeststandards zur Beteiligung der Öffentlichkeit⁽²⁾ sind also unverbindlich und von niemandem einklagbar:

- ▶ „Alle Mitteilungen über Konsultationen müssen klar und präzise sein und alle notwendigen Informationen enthalten, um das Antworten zu erleichtern.
- ▶ Bei der Bestimmung von Zielgruppen für Konsultationsverfahren muss die

Vorbild Österreich

Auszüge aus den umfangreichen Standards zur Öffentlichkeitsbeteiligung:

- ▶ Ist Ihnen klar, was Sie mit der Öffentlichkeitsbeteiligung erreichen wollen?
- ▶ Sind Ihnen die Rahmenbedingungen klar? Ist Ihnen klar, welche bereits gefallenen Entscheidungen zu berücksichtigen sind und bei welchen Themen Gestaltungsspielraum besteht? Sind die Frage- und Aufgabenstellung klar definiert?
- ▶ Ist klar, welche Einflussmöglichkeiten Sie der Öffentlichkeit bieten und wie bindend die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses sind? Haben Sie die Einflussmöglichkeiten realistisch dargestellt?
- ▶ Haben Sie alle Zielgruppen gleichrangig zur Abgabe von Stellungnahmen eingeladen?
- ▶ Haben Sie dazu die interessierte organisierte Öffentlichkeit aktiv von sich aus kontaktiert, z. B. per E-Mail oder per Post?
- ▶ Haben Sie alle Stellungnahmen nachweislich und vollständig gesichtet?
- ▶ Haben Sie die zentralen Aussagen der Stellungnahmen berücksichtigt? Berücksichtigen heißt, dass Sie die verschiedenen in den Stellungnahmen vorgebrachten Argumente fachlich prüfen, allenfalls mit den Beteiligten diskutieren, nachvollziehbar bewerten und danach in die Überlegungen zur Entwurfsgestaltung Ihrer Politik, Ihres Planes, Ihres Programms oder Ihres Rechtsaktes einfließen lassen.
- ▶ Haben Sie einen Bericht zur Dokumentation des Konsultationsprozesses erstellt? Haben Sie zumindest im Überblick erläutert und nachvollziehbar begründet, welche Argumente übernommen wurden und welche nicht?
- ▶ Haben Sie Ihre Erfahrungen mit Ihrem Öffentlichkeitsbeteiligungsprozess dokumentiert? Haben Sie überlegt, wem Sie Ihre Dokumentation zur Verfügung stellen und wer davon profitieren könnte?

Quelle: Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung, Juli 2008.
www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=30993

EU-Kommission gewährleisten, dass betroffene Parteien Gelegenheit haben ihren Standpunkt darzulegen.

- ▶ Die Kommission muss eine angemessene, auf Sensibilisierung ausgerichtete Werbung gewährleisten und ihre Kommunikationskanäle den jeweiligen Zielgruppen anpassen. Ohne andere Kommunikationsmittel ausschließen zu wollen, sollten öffentliche Konsultationen im Internet veröffentlicht und über die zentrale Anlaufstelle unter www.europa.eu/yourvoice angekündigt werden.
- ▶ Die EU-Kommission sollte für Planung und Antworten auf Einladungen und schriftliche Beiträge ausreichend Zeit einräumen. Sie sollte sich bemühen, für Antworten zu schriftlichen öffentlichen Konsultationen eine Frist von mindestens acht Wochen und für Sitzungen eine Frist von 20 Werktagen vorzusehen.
- ▶ Der Eingang von Beiträgen ist zu bestätigen. Die Ergebnisse der öffentlichen Konsultationen sind auf Internetseiten, die über einen Link mit der zentralen Anlaufstelle verbunden sind, zu veröffentlichen.“

Briten und Österreicher machen es vor

In Großbritannien und in Österreich gibt es im Unterschied zu Deutschland entsprechende Regelungen zur Beteiligung der Öffentlichkeit an der Gesetzgebung. Interessant ist, dass in beiden Staaten jeweils die Regierungschefs diese Regelungen erlassen haben. In Großbritannien sind entsprechende Regeln (siehe Kasten S. 4) bereits 2002 in Kraft gesetzt worden. Damit wurde das Land zum Vorreiter für andere EU-Staaten: Neben Österreich haben auch Finnland, Slowenien und Estland ähnliche Regelungen erlassen.

In Österreich haben das Bundeskanzleramt und das für Umwelt zuständige Lebensministerium Standards zur Beteiligung der Öffentlichkeit am Gesetzgebungsprozess erarbeitet und im Sommer 2008 verbindlich veröffentlicht. Die Standards sind als Fragenkatalog aufgebaut, also sehr anwendungsnah gestaltet. Un-

terschieden wird nach den Phasen Vorbereitung, Durchführung, Monitoring und Evaluation des Beteiligungsprozesses. Zu jeder Phase wurden Fragen formuliert, die an das jeweilige Ministerium oder die durchführende Stelle gerichtet sind, um ihr die Möglichkeit zu geben einen optimalen Beteiligungsprozess sicherzustellen (siehe Kasten links).

Ähnlich wie bei der EU sind die Regelungen in Großbritannien und Österreich Selbstverpflichtungen des Staates und seiner Organe. In Österreich werden die Fragenkataloge immerhin mit Praxistests begleitet. Wie anspruchsvoll der österreichische Katalog ist, kann man schnell ermesen, wenn man reale Beteiligungsprozesse in Deutschland damit vergleicht.

Noch viel zu tun in Berlin

In Deutschland ist, wie erwähnt, das Umweltministerium relativ fortschrittlich bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. So wurde beim Umweltgesetzbuch die Beteiligung sehr früh ermöglicht. Legt man jedoch österreichische Maßstäbe an, wird schnell deutlich, was noch zu verbessern ist. So wurde keine Dokumentation über den Konsultationsprozess erstellt. Es gab auch keine Hinweise und keinen Bericht dazu, ob sich jemand mit den Argumenten aus den Stellungnahmen beschäftigt hat.

Die Einbeziehung der Öffentlichkeit in Gesetzgebungsprozesse gehört zu den Grundanforderungen in einer funktionierenden Demokratie. Es besteht Anlass dazu, dieses Thema in Deutschland in Zukunft deutlich stärker zu gewichten.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l10109.htm
- ▶ (2) www.eur-lex.eu/RECH_naturel.do (KOM/2002/0704)

Michael Zschiesche ist Jurist und Ökonom. Er leitet das Fachgebiet Umweltrecht & Partizipation beim Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) in Berlin.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 428499332, E-Mail: recht@ufu.de, www.ufu.de, www.aarhus-konvention.de



E-Partizipation

Ein Mausklick bis Brüssel

Im Internet nehmen BürgerInnen die deutschen EU-ParlamentarierInnen unter die Lupe

Die unabhängige Internetplattform abgeordnetenwatch.de sieht sich als verlängerter Arm der WählerInnen im Parlament. Das Konzept ist einfach: BürgerInnen fragen, Abgeordnete antworten – öffentlich. So will das Mitmachportal schaffen, was in Brüssel häufig fehlt: Transparenz und Bürgernähe. ■ VON BORIS HEKELE, ABGEORDNETENWATCH.DE

Abgehoben, bürokratisch, bürgerfern – natürlich denkt man da zuallererst an die EU und den Brüsseler Politikbetrieb, der selbst die Beschaffenheit von Traktorensitzen in einer Richtlinie geregelt hat. Wozu das gut ist? Es empfiehlt sich eine Nachfrage bei denen, die einst die „Traktorensitzrichtlinie“ durchs Europaparlament winkten.

Seit gut eineinhalb Jahren öffnet sich Brüssel den Bürgerinnen und Bürgern. Notgedrungen, möchte man sagen, denn seit dem 5. September 2007 werden zumindest die 99 deutschen EU-Abgeordneten auf der unabhängigen Internetplattform abgeordnetenwatch.de öffentlich mit Fragen konfrontiert, ob sie wollen oder nicht. Und wer wissen will, welche Abgeordneten wie gestimmt haben, erhält auf der Internetseite auch darauf eine Antwort. Derzeit sind zehn besonders kontroverse

Parlamentsentscheidungen wie zuletzt die Einführung von CO₂-Grenzwerten für Neuwagen dokumentiert.

Fragen und Antworten unter aller Augen

2004 aus Reihen des Vereins Mehr Demokratie e.V. zunächst für das Hamburger Landesparlament gegründet, versteht sich abgeordnetenwatch.de als ein Projekt von Bürgern für Bürger. Dazu gehört, dass sich die Plattform fast ausschließlich durch private Spenden finanziert. Öffentliche Gelder, gar von der EU, erhält der gemeinnützige Verein Parlamentwatch, der die Seite betreibt, nicht.

abgeordnetenwatch.de ist der verlängerte Arm der Wählerinnen und Wähler im EU-Parlament. Wer sichergehen will, dass seine Anliegen von den Entscheidungsträgern tatsächlich gehört werden,

wendet sich über die Plattform an seine Abgeordneten in Brüssel – ein Mausklick genügt. Was zuvor zwischen Abgeordneten und BürgerInnen in Briefen ausgetauscht wurde, geschieht nun vor den Augen vieler. So werden unbeantwortete Bürgeranfragen auf einmal ebenso öffentlich wie der Versuch, sich um eine eindeutige Antwort zu drücken.

Umweltthemen reizen die Gemüter

Immer wieder sind es Umweltthemen, die den Menschen unter den Fingern brennen. Dann geht es in den Fragen zum Beispiel um eine EU-geförderte Abwasserbeseitigungsanlage an der spanischen Costa Cálida, die sich als wirkungslos herausgestellt hat. Aus Sicht der Betroffenen stinkt hier Einiges zum Himmel. Ein anderer Bürger fragt nach konkreten EU-Maßnahmen

TUT
DEM
KLIMA
GUT

Kirchentag und Klimaschutz

www.kirchentag.de/klimaschutz

zukunftsfähige Mobilität

globaler Klimawandel

Strom & Wärme

Ausstellungen

nachhaltige Zukunft

Nachhaltiger
Lebensmittelkonsum

gerechte Wassernutzung

Mitmachen

Vorträge

Diskussionen

32. Deutscher
Evangelischer Kirchentag
20. bis 24. Mai in Bremen

Abstimmung im EU-Parlament: CO₂-Grenzwerte für Neuwagen

Bis 2015 muss der CO₂-Ausstoß von Neuwagen stufenweise auf 130 Gramm pro Kilometer gesenkt werden. Über diesen Kompromiss mit den Mitgliedstaaten stimmte das EU-Parlament, das ursprünglich 2012 als Frist wollte, am 17. Dezember 2008 ab. abgeordnetenwatch.de dokumentiert das Abstimmungsergebnis der 99 deutschen Abgeordneten (zugestimmt/dagegen gestimmt/enthalten/nicht beteiligt):

	ja	nein	enth.	n.b.
CDU	37	1	2	-
CSU	3	-	5	1
Linke	-	4	2	1
FDP	7	-	-	-
Grüne	-	12	-	1
SPD	21	-	-	2
gesamt	68	17	9	5

zur Eindämmung von Feinstaubemissionen bei Holzheizanlagen, die eine Gefahr für spielende Kinder darstellten. Oder es wird eine unzureichende Versorgung mit Wasserstofftankstellen moniert.

56 Fragen und 48 Antworten stammen aus dem Bereich „Umwelt“. Noch häufiger gefragt und geantwortet wird zum Komplex „Demokratie und Bürgerrechte“ (303 Fragen/220 Antworten), zu Finanzen (78/62), Gesundheit (80/55) und Verbraucherschutz (69/53). Insgesamt 908 von 1.218 Anfragen haben die deutschen EU-ParlamentarierInnen seit dem Start von abgeordnetenwatch.de für das EU-Parlament öffentlich beantwortet, anfangs mitunter recht widerwillig, inzwischen in vielen Fällen aber überaus engagiert. Nicht immer freilich können die Europaabgeordneten helfen, selbst wenn sie wollten, denn manchmal fehlt ihnen schlicht die Zuständigkeit. Verweisen können sie dann auf ihre KollegInnen im Bundestag, die seit Dezember 2006 ebenfalls über abgeordnetenwatch.de befragt werden können.

Digitales Wählergedächtnis

Am Beispiel Bundestag zeigt sich im Übrigen auch, wie wirkungsvoll das Zusammenspiel von Transparenz und Kontrolle sein kann. Einem Journalisten war auf abgeordnetenwatch.de die bescheidene Arbeitsbilanz des Abgeordneten Carl-Eduard Graf von Bismarck aufgefallen. Der Ur-Urenkel des einstigen Reichskanzlers hatte keine Bürgerfrage beantwortet und oben-

drein bei mehr als der Hälfte der Abstimmungen gefehlt. Für die Medien war der Fall klar: von Bismarck sei „Deutschlands faulster Abgeordneter“. Einige Monate später gab dieser sein Mandat entnervt zurück.

Die Webseite ist jedoch mehr als eine Informationsplattform, auf der das zuvor meist intransparente Abstimmungsverhalten nachvollziehbar wird und Abgeordnete Fragen von interessierten BürgerInnen beantworten. Die User können selbst auf die politische Agenda einwirken und, wie im Mai 2008 geschehen, mittelbar sogar ein Gesetz zu Fall bringen. Als seinerzeit die Fraktionsspitzen von Union und SPD eine erneute Diätenerhöhung verabredeten, brach über die Bundestagsabgeordneten eine Welle der Empörung herein. Hunderte Bürgerinnen und Bürger forderten auf abgeordnetenwatch.de eine Stellungnahme ihrer Wahlkreisabgeordneten ein. Viele ParlamentarierInnen, die selbst von den Plänen ihrer Fraktionsführung überrascht worden waren, stellten sich auf der Webseite in Koalition mit den erzürnten BürgerInnen gegen die Diätenpläne. Am Ende fehlte den Fraktionschefs die Mehrheit in den eigenen Reihen und sie begruben die vereinbarte Diätenerhöhung.

All dies steht heute noch für jeden nachlesbar im Archiv. Mit mehr als 100.000 Fragen und Antworten ist das „digitale Wählergedächtnis“ gerade im Superwahljahr 2009 eine wahre Fundgrube. Adenauers Bonmot, wonach den Politiker sein Geschwätz von gestern nicht mehr kümmern muss, hat seine Gültigkeit verloren.

Mit Beginn des Wahljahres haben im Hamburger abgeordnetenwatch.de-Büro die Vorbereitungen für den ersten richtigen Internetwahlkampf in Deutschland begonnen. Alle KandidatInnen zu den fünf Landtagswahlen sowie der Europa- und der Bundestagswahl – und das dürften mehrere Tausend sein – sollen den Wählern auf dem Schwesterportal kandidatenwatch.de Rede und Antwort stehen. Dass dem Onlinedialog auf den beiden Webseiten ein immer größeres Gewicht zukommt, haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages inzwischen schwarz auf weiß. In einer Studie im Auftrag des Büros für Technikfolgenabschätzung kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass über die Plattform die „Grundlage dafür gelegt [wird], die Person der Abgeordneten besser beurteilen zu können, was bei der Wahl von Direktkandidaten relevant werden kann.“

Zur Europawahl stehen nur fertige Listen

Bedauerlicherweise genügt Europa diesem Ideal nicht. Den WählerInnen werden starre Wahllisten vorgesetzt, die Auswahlmöglichkeit ist gleich Null. Trotzdem wird es kandidatenwatch.de auch zur Europawahl am 7. Juni 2009 geben, um der „Ihr-darüber-wir-da-unten“-Mentalität entgegenzuwirken. Vielleicht erbarmen sich die neuen EU-Abgeordneten ja und stehen künftig nicht nur Rede und Antwort im Netz, sondern stellen sich mit einem geänderten Wahlrecht künftig tatsächlich zur Wahl. Dann hätte abgeordnetenwatch.de auch in Europa seine wahre Bestimmung gefunden. Denn gegründet wurde das Portal einst, um den WählerInnen mehr Einfluss zu geben bei der Auswahl ihrer Abgeordneten.

Boris Hekele hat Medieninformatik studiert und ist Mitgründer von abgeordnetenwatch.de und kandidatenwatch.de. Dort ist er verantwortlich für Technik und Entwicklung.

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 317691026,
E-Mail:
info@abgeordnetenwatch.de
www.abgeordnetenwatch.de



Nanotechnologie

Besser ohne Tierversuche

Die Sicherheit von Nanomaterialien muss geklärt werden, doch Tierversuche helfen nicht weiter

An der Sicherheit von Nanopartikeln in Konsumartikeln wie Kosmetika bestehen große Zweifel. Über ihre Wirkung auf Gesundheit und Umwelt ist viel zu wenig bekannt. Mit dem Nanoboom könnten deshalb auch Tierversuche zunehmen. Die Behörden sollten aber besser auf nanospezifische tierversuchsfreie Verfahren setzen. Denn Tierversuche sind für belastbare Risikobewertungen nicht geeignet. ■ VON EMILY MCIVOR UND GEMMA BUCKLAND, DR. HADWEN TRUST

Reduktionen auf Nanometergröße (ein Nanometer ist ein Milliardstel Meter) können die physikalisch-chemischen Eigenschaften und das Verhalten von Stoffen dramatisch verändern. Die damit verbundenen Möglichkeiten erhöhen einerseits die Attraktivität von Nanoprodukten für Unternehmen und deren Forschungsabteilungen, andererseits stellen sie eine potenzielle Gefahr für die Gesundheit dar. Denn bereits durchgeführte Sicherheitstests mit Substanzen können nicht auf die gleiche Substanz in Nanogröße übertragen werden. Und der Effekt von Nanomaterialien, die in den menschlichen Körper eingedrungen sind, kann bisher nur schwer oder überhaupt nicht festgestellt werden.

Weder Vorschriften noch Prüfverfahren gehen auf Nanopartikel ein

Während die Regulierungsbehörden nach den besten Mechanismen zur Kontrolle der Vermarktung von Nanomaterialien suchen, forschen Toxikologen noch immer nach geeigneten Prüfverfahren. Die EU-Chemikalienverordnung REACH, die die Registrierung, Bewertung und Zulassung von chemischen Substanzen regelt, wurde nicht speziell für die Prüfung und Risikobewertung von Nanomaterialien konzipiert und auch die EU-Kosmetikrichtlinie⁽¹⁾ enthält keinen Hinweis auf die Nanotechnologie. Geschätzte fünf Prozent aller Kosmetikprodukte und viele andere Konsumgüter enthalten aber bereits Nanomaterialien. Es muss also dringend etwas passieren.

Der erste Schritt, um das Risiko dieser Materialien zu bewerten, ist ein Verständnis

für ihre gefährlichen Eigenschaften. Allerdings hat der wissenschaftliche Ausschuss „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ der EU (SCENIHR) schon 2005 in einer Stellungnahme festgestellt: „Obwohl die vorhandenen toxikologischen und ökotoxikologischen Methoden geeignet sind, eine Vielzahl von Gefahren im Zusammenhang mit Produkten und Verfahren mit Nanomaterialien zu bewerten, reichen sie möglicherweise nicht aus, um tatsächlich alle Gefahren abzudecken ... es kann nicht angenommen werden, dass beim jetzigen Stand der Wissenschaft alle potenziellen nachteiligen Effekte bereits geklärt sind.“⁽²⁾

EU-Behörden fordern Informationslücken zu schließen

Auch die Europäische Kommission bekannte in einer Mitteilung zur Regulierung von Nanomaterialien im Juni 2008 ähnliche Zweifel: „Derzeit ist die wissenschaftliche Grundlage, die zum vollständigen Verständnis aller Eigenschaften und Gefahren von Nanomaterialien notwendig ist, in nur unzureichender Weise vorhanden.“

Angesichts dieser Befürchtungen und der immer breiteren Verwendung von Nanomaterialien sind die für Kosmetikprodukte zuständigen EU-Regulierungsbehörden besonders besorgt. In einem Aufruf zu einer Konsultation im September letzten Jahres sprachen sie ausdrücklich von Informationslücken und erklärten: „Ohne diese Lücken zu schließen, werden Industrie und Behörden mittelfristig nur schwer glaubhaft machen können, dass Kosmetikartikel, die Nanomaterialien enthalten, sicher sind.“

Das Verhalten von Nanopartikeln im menschlichen Körper zu verfolgen ist schwierig oder sogar unmöglich. Das macht einen Großteil der bisherigen Routinearbeit von Toxikologen weitgehend überflüssig, etwa die Untersuchung von Absorption, Distribution, Verstoffwechslung und Ausscheidung von Substanzen. Ergebnisse aus konventionellen Tierversuchen sind ohnehin bestenfalls als grob zu bezeichnen, denn die Mehrheit dieser Methoden wurde nie nach modernen Standards überprüft und bewertet. Angewandt auf die Überprüfung von Nanomaterialien wird ihr Gebrauch umso zweifelhafter.

Tiere sterben bei schmerzhaften und sinnlosen Studien

Doch trotz aller Beweise, dass Tierversuche ungeeignet für die Bewertung von Nanomaterialien sind, bleiben Unternehmen bei diesen Tests und die Tiere sterben bei schmerzhaften und ausgesprochen sinnlosen Studien. TierschützerInnen wenden sich gegen diese ihrer Ansicht nach zwecklose Verschwendung von Leben, während Unternehmen sich verpflichtet fühlen, anerkannte Methoden anzuwenden, um zu beweisen, dass ihr Nanoprodukt sicher ist. Regulierungsbehörden und Umweltorganisationen zögern gleichermaßen, die wissenschaftlichen Schwächen von Tierversuchen mit Nanomaterialien sorgfältig herauszuarbeiten, aber beide wissen, dass die aktuellen Testmethoden einen erheblichen und nicht zu leugnenden Mangel in der Regulierung dieser Stoffe aufzeigen.

Hier einen Weg zu finden ist schwer. Der Dr. Hadwen Trust for Human Research, eine britische Nichtregierungsor-

ganisation, die tierversuchsfreie Verfahren in der Medizinforschung fördert, hat in einem Positionspapier eine – wenngleich temporäre – Lösung vorgeschlagen: Die Verwendung von Nanomaterialien in nicht grundlegend wichtigen Konsumgütern sollte verboten werden, bis zuverlässige Risikobewertungen auf der Grundlage moderner tierversuchsfreier Techniken durchgeführt werden können.

Tierversuchsfreie Methoden sind schnell und beim Feinstaub schon erprobt

Der Dr. Hadwen Trust argumentiert, dass alternative tierversuchsfreie Methoden einige potenzielle Vorteile haben: Die Nutzung von menschlichem Zellgewebe oder subzellulären Komponenten vermeidet das Problem der Artenunterschiede, denn Tiere und Menschen sind so unterschiedlich, dass die Ergebnisse aus Tierversuchen nicht ohne Weiteres auf Menschen übertragen werden können. Und die hohe Durchgangsgeschwindigkeit erlaubt sehr schnelles und kosteneffizientes Testen unterschiedlichster Chemikalien. Reagenzglasmethoden sind bereits in verwandten Bereichen wie der Feinstaubtoxizität entwickelt worden und scheinen auf die Nanotechnologie übertragbar zu sein.

Die EU-Parlamentsabgeordneten Caro-

line Lucas, Mojca Drčar Murko und Hiltrud Breyer haben für die Kosmetikrichtlinie Änderungsvorschläge eingebracht, die den Gebrauch von Nanomaterialien in Kosmetika verbieten, bis ihre Sicherheit mittels tierversuchsfreier Methoden bewiesen werden kann. Dies ist nicht nur auf einer Linie mit dem generell geforderten Ausstieg aus Tierversuchen für Kosmetikinhaltsstoffe. Es ist auch der schnellste Weg, um potenziell gefährliche Nanopartikel aus Kosmetika zu entfernen, die für den täglichen Gebrauch auf der Haut gedacht sind – was schließlich eine der ernstesten und bisher nicht zufriedenstellend bewertbaren Langzeiteinwirkungen verdächtiger Chemikalien mit der Fähigkeit zur Hautdurchdringung darstellt.

Verbündete für Verbot von Nanopartikeln in Kosmetika gesucht

Die TierschützerInnen und die Abgeordneten hoffen, dass andere Organisationen die Forderung nach einem befristeten Verbot des Gebrauchs von Nanomaterialien in Kosmetika und anderen nicht essenziell wichtigen Alltagsprodukten unterstützen und sich für die Entwicklung von tierversuchsfreien Methoden einsetzen. Solange es keinen überzeugenden Beweis gibt, dass die Nutzung von Nanomaterialien sicher

ist, kann die einzig vernünftige Antwort nur sein, die Exposition zu beschränken, selbst wenn das bedeutet, dass Unternehmen ihre Innovationen für einige Zeit zurückstellen müssen, bis klar ist, dass der Gebrauch keinen Schaden in der Umwelt oder der menschlichen Gesundheit anrichtet.

Anmerkungen

- ▶ (1) Richtlinie 76/768/EWG
- ▶ (2) Vgl. www.greenfacts.org/de (Veröffentlichungen A-Z – Nanotechnologien)

Übersetzung aus dem Englischen: Anna-Katharina Albold, Juliane Grüning, Matthias Bauer.

Die Molekularbiologin Gemma Buckland und die Tierschutzaktivistin Emily McIvor arbeiten für den Dr. Hadwen Trust in Hitchin (England). Die britische Nichtregierungsorganisation setzt sich für tierversuchsfreie Testmethoden in der Medizinforschung ein.



Kontakt:
Tel. +44 (0)1462 / 436-819,
Fax -844, E-Mail:
emily@drhadwentrust.org,
drhadwentrust.org.uk

politische ökologie

Die Zeitschrift für Querdenkerinnen und Vordenker



Nachhaltiges Investment – Blaupause für den Neuanfang

Finanzkrise, verunsicherte Anleger, drohende Rezession: Alles ruft nach Kontrolle, Transparenz und einer neuen Finanzarchitektur. Nachhaltiges Investment ist dafür ein Musterbau. Die *politische ökologie*¹¹²⁻¹¹³ zeigt, wie es funktioniert. Sie spürt aktuellen Themen nach und zeigt, wie nachhaltige Geldanlagen das Finanzsystem zukunftsfähig machen können.

- _ Bringt nachhaltiges Investment mehr Gerechtigkeit?
- _ Was tun Banken und Versicherungen gegen Klimawandel und Artensterben?
- _ Was ist auch bei der nachhaltigen Geldanlage nicht im »grünen« Bereich?

Mit Beiträgen von G. Scherhorn, P. von Flotow, A. Hunziker-Ebneter, K. Gabriel, A. Knörzer, W. Kahlenborn u.v.m.

Stillen Sie Ihre Neugier! Fordern Sie Heft 112-113 an_19,90 EUR (inkl. Versand)/31,80 CHF!
ISBN 978-3-86581-128-8 oekom verlag_ Fax 089/54 41 84-49_ neugier@oekom.de www.oekom.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Recycling

Batteriegesetz noch schlechter als die Realität

■ Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat den Entwurf für das Batteriegesetz kritisiert. Die Vorlage der Bundesregierung vom Januar sieht bis zum Jahr 2012 eine Sammelquote von 35 Prozent für Altbatterien vor. Aber bereits 2007 lag die Sammelquote in Deutschland bei 40 Prozent. Nach dem Gesetzesvorschlag könnten also weiter zwei von drei Batterien legal im Hausmüll oder in der freien Natur enden. „Wenn die Große Koalition im Gesetz den Status quo unterbietet, dann hat sie offenbar die Dimension der Gesundheits- und Umweltgefährdung nicht begriffen, um die es hier geht“, sagte Sylvia Kotting-Uhl, umweltpolitische Sprecherin der Grünen.

Ihren Angaben zufolge enthalten die eine Milliarde Batterien und Akkus, die in Deutschland jährlich auf den Markt kommen, etwa 700 Tonnen des hochgiftigen Schwermetalls Cadmium. Ein Anspruch auf Gesundheitsschutz sei in der Gesetzesvorlage nicht zu erkennen, sagte Kotting-Uhl, denn das Cadmium reiche sich im Nahrungskreislauf an und schädige beim Menschen Nieren, Knochen und Lunge.

Angesichts der Gesundheitsgefahren kündigten die Grünen an, einen Änderungsantrag zu dem vorgelegten Batteriegesetz einzubringen, der über die von der EU ohnehin vorgeschriebenen Mindestsammelziele hinausgeht. Auch die Ausnahmeregelungen, die im Regierungsentwurf stehen, sollen geändert werden. Es sei nicht einzusehen, so die Grünen, warum Cadmiumbatterien als sogenannte Power-Tools für schnurlose Elektrowerkzeuge weiter zugelassen werden sollen, obwohl es bereits cadmiumfreie Alternativen auf dem Markt gibt. [mbu]

► Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 22774742, www.kotting-uhl.de

Abfallskandal

Giftmüllprozess geht weiter

■ Ende Januar ist der sogenannte Stocamine-Prozess vor dem Appellationsgericht im französischen Colmar neu aufgerollt worden. Dabei geht es in zweiter Instanz um den mehrmonatigen Brand von „unbrennbarem“ Giftmüll in der unterirdischen Giftmülldeponie Stocamine im Elsass und um die Gefährdung der ArbeiterInnen bei den Löscharbeiten.

Der BUND-Regionalverband Südlicher Oberrhein sieht die Verantwortung bei der Firma Stocamine und deren früherem Leiter, der im ersten Verfahren zu einer Bewährungsstrafe von vier Monaten verurteilt worden war. Die Firma Stocamine musste eine Geldstrafe von 50.000 Euro zahlen. Stocamine hatte Giftmüll gelagert, für den die „modernste Deponie Frankreichs“ nicht geeignet war. Das Unternehmen hatte eigene Mitarbeiter sowie Arbeiter aus benachbarten elsässischen Kaliminen ohne entsprechende Schutzkleidung gegen die hochgiftigen Dämpfe zur Bekämpfung des Unglücks in die Deponie geschickt.

Der Brand war im September 2002 in 500 Metern Tiefe in einem Stollen des Lagers ausgebrochen, in dem sich 45.000 Tonnen Industrieabfälle befanden, darunter Zyanid, Asbest, Arsen sowie chrom- und quecksilberhaltige Substanzen. Das Feuer konnte erst zweieinhalb Monate später gelöscht werden. Umweltverbände auf deutscher und französischer Seite hatten die Deponie schon im Planfeststellungsverfahren massiv kritisiert.

Der Geschäftsführer des BUND Südlicher Oberrhein Axel Mayer kritisierte, dass die Strafe, die im ersten Verfahren gegen Stocamine verhängt wurde, nicht der Dimension des Umweltverbrechens entspreche. Kleine Umweltsünder auf beiden Seiten des Rheins würden bei Umweltvergehen oft hart bestraft, während die großen Umweltverschmutzer häufig dank teurer Anwälte nahezu ungeschoren davonkämen. [mbu]

► BUND, Axel Mayer, Freiburg/Br., Tel. +49 (0)761 / 30383, www.bund-freiburg.de

Schutz der Ozonschicht

HFCKW werden eher verboten

■ Die Abgeordneten des Umweltausschusses im Europäischen Parlament haben sich Ende Januar dafür ausgesprochen, teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (HFCKW) bereits fünf Jahre früher als von der EU-Kommission vorgeschlagen zu verbieten. Die Kommission wollte die HFCKW erst 2020 nicht mehr zulassen. Im Zuge der Überarbeitung der Regelungen zu ozonschädlichen Stoffen (ODS) soll dies nach dem Votum des Umweltausschusses nun bereits 2015 geschehen.

Die ParlamentarierInnen folgten damit der Empfehlung ihres Berichterstatters Johannes Blokland aus den Niederlanden. Die EU-Kommission will ihre Gesetzesvorschriften in Einklang mit internationalen Übereinkommen bringen.

Der Umweltausschuss beschloss, dass zwischen 2010 und 2013 nicht mehr als 35 Prozent HFCKW verglichen mit 1997 hergestellt werden sollen. Ab 2014 soll die Produktion um höchstens drei Prozent steigen und dann gänzlich auslaufen. [mbu]

► EU-Parlament, Umweltausschuss: www.kurzlink.de/euoparl-envi

EU-Chemikalienpolitik I

Nur sieben Stoffe gefährlich?

■ Sieben der 15 Substanzen, die ein Ausschuss von Experten aus den EU-Mitgliedstaaten Mitte Oktober 2008 als „besonders besorgniserregend“ identifiziert hatte, sollen auf eine Liste für ein spezielles Genehmigungsverfahren nach der EU-Chemikalienverordnung REACH gesetzt werden. Das hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) Ende Januar gefordert. Eine der Chemikalien ist das brominierte Flammenschutzmittel HBCDD.

Sobald eine Liste von Substanzen im Amtsblatt veröffentlicht ist, müssen Hersteller auf Anfrage binnen 45 Tagen die Öffentlichkeit informieren, ob diese in ihren Produkten enthalten sind. Umweltverbände haben eine Schattenliste von 267 Che-

mikalien erstellt, die alle im Verdacht stehen, sich im Körper anzureichern, Krebs zu erregen, das Erbgut oder die Fortpflanzung zu schädigen. Sie fordern, gefährliche Stoffe vollständig zu ersetzen und für mehr Substanzen Informationspflichten vorzuschreiben. Bis April läuft eine öffentliche Konsultation der ECHA darüber, ob die Substanzen auf der Liste erscheinen sollen. Bei der ECHA in Helsinki sind inzwischen über 40.000 Substanzen vorregistriert. Bis zum 1. Dezember letzten Jahres mussten Hersteller und Importeure Chemikalien registrieren lassen, wenn sie in den Genuss einer zeitverzögerten Vollregistrierung kommen wollten. [mv]

► ECHA-Konsultation: www.kurzlink.de/echa-reach

EU-Chemikalienpolitik II

Verbot giftiger Abbeizmittel

■ Das EU-Parlament hat im Januar ein Verbot dichlormethanhaltiger Abbeizmittel beschlossen. Nachdem sich die EU-Mitgliedstaaten im Dezember auf ein teilweises Verbot von Dichlormethan einigen konnten, stimmten nun auch die EU-ParlamentarierInnen zu. Allerdings gilt das Verbot nur für private und gewerbliche Kleinanwender von Abbeizmitteln. Lizenzierte industrielle Anwender dürfen das Mittel unter Auflagen weiter anwenden.

Die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft hatte ein Verbot seit Langem gefordert und stets vor dem Stoff gewarnt. Dichlormethanhaltige Farb- und Lackentferner können auf die AnwenderInnen narkotisierend wirken, das zentrale Nervensystem lähmen und zum Herz-Kreislauf-Stillstand führen.

Dichlormethan ist der letzte Wirkstoff, über den nach der alten Richtlinie 76/769/EWG über Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe entschieden wurde. Künftig werden chemische Substanzen nach der EU-Chemikalienverordnung REACH überprüft. [jg]

► EU-Parlament: www.kurzlink.de/dcm-01-2009

Schwermetalle

Schweden verbietet Quecksilberprodukte

■ Ab dem 1. Juni wird es in Schweden ein nahezu vollständiges Verbot von Quecksilber geben. Quecksilber ist „tot und beerdigt“ sagte Umweltminister Andreas Carlgren in einer Stellungnahme gegenüber der schwedischen Nachrichtenagentur TT.

Die schwedischen Pläne gehen weiter als die bisherigen Maßnahmen der Europäischen Union. Statt einzelne Produkte oder Anwendungen zu verbieten, wird das skandinavische Land eine „Weiße Liste“ für den zulässigen Einsatz von Quecksilber veröffentlichen. Spätestens ab 2013 dürfen Produkte, die nicht auf der Weißen Liste enthalten sind, nicht mehr produziert oder verkauft werden.

Bereits Anfang 2008 hatte Norwegen, das nicht zur EU gehört, ein weitreichendes Verbot von Quecksilber umgesetzt. Auch Dänemark und die Niederlande haben strengere Regeln erlassen als von der EU gefordert.

Die Europäische Kommission hatte im Dezember eine Studie vorgestellt, derzufolge ein Verbot von quecksilberhaltigen Blutdruckmessgeräten im medizinischen Bereich keine negativen ökonomischen Folgen für Hersteller und Kunden hätte. Bereits heute werden in Krankenhäusern größtenteils quecksilberfreie Alternativen verwendet.

Die Autoren der Studie empfehlen außerdem ein Verbot von quecksilberhaltigen Zahnfüllungen. Ein Amalgamverbot werde eine „signifikante Umweltverbesserung“ bringen, allerdings auch Kosten verursachen. Die Verwendung von Zahn amalgam ist neben der Produktion von Chlor die größte Quelle von ursächlich verwendetem Quecksilber in der Umwelt. In der Europäischen Union ist der Verkauf von quecksilberhaltigen Thermometern und anderen Messgeräten ab dem 3. April untersagt. [fn]

► EU-Studie über die Reduzierung von Quecksilber: www.ec.europa.eu/environment/chemicals/mercury/pdf/study_summary2008.pdf

Luftqualität

Grenzwerte für Feinstaub auch 2008 überschritten

■ Im vergangenen Jahr wurden deutschlandweit die geltenden Grenzwerte für die gesundheitsschädlichen Schadstoffe Feinstaub und Stickstoffdioxid (NO₂) in zahlreichen Fällen überschritten. Das ergab die vorläufige Beurteilung zur Luftqualität des Jahres 2008, die das Umweltbundesamt (UBA) im Januar veröffentlichte.

Demnach übertraf an 19 der 421 Messstationen die Feinstaubkonzentration öfter als an den zulässigen 35 Tagen den Wert von 50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft (µg/m³). An der Messstation Stuttgart-Neckartor wurde zudem der auf das Jahresmittel bezogene PM₁₀-Grenzwert von 40 µg/m³ nicht eingehalten. PM₁₀ (Particulate Matter) bezeichnet Staubteilchen, deren Durchmesser kleiner als zehn Mikrometer ist.

2008 war die Feinstaubbelastung vergleichsweise gering. „Dafür sorgte vor allem die günstige Wetterlage, bei der windschwache Hochdruckgebiete selten auftraten, Gewitter und Starkregen dafür aber umso häufiger“, erklärte UBA-Präsident Andreas Troge. Für eine generelle Entwarnung sei die Belastung aber trotz der positiven Tendenz noch viel zu hoch. Sinke die Belastung auch in den Folgejahren nicht, so würde in den Städten ab 2010 der dann verbindlich einzuhalten- de NO₂-Grenzwert von 40 µg/m³ für das Jahresmittel überschritten. NO₂ entsteht bei Verbrennungsvorgängen in Industrie, Haushalten oder Verkehr und schadet den Atemwegen.

Laut einer Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) rechnen nur elf der 27 EU-Mitgliedstaaten damit, 2009 die Emissionsobergrenzen einzuhalten. Die Hauptursache für das Überschreiten der Limits sei der anhaltend wachsende Straßenverkehr. [mbu]

► Luftqualitätswerte 2008: www.kurzlink.de/feinstaub-2008
 ► www.uba.de
 ► www.eea.europa.eu/highlights



Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung* koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. In thematischen Arbeitsgruppen (z.B. zu Handel, Biologischer Vielfalt, Wasser, Landwirtschaft ...) werden sowohl gemeinsame Standpunkte und Strategien zur politischen Arbeit als auch Initiativen zur Bildungs- und Informationsarbeit entwickelt.

Unser Service für Sie:

- eine umfangreiche Publikationsliste mit vielen kostenlosen Veröffentlichungen
- regelmäßige Informationen per Email über für Sie relevante Termine und aktuelle Themen
- Speziell für Journalisten: Hintergrundinformationen und aktuelle Pressemitteilungen des Forums und der mitarbeitenden Verbände



Darüber
hinaus
informiert

Sie unser RUNDBRIEF viermal im Jahr über internationale Verhandlungen, Positionen von Verbänden, kontroverse Themenfelder und vieles mehr.

Kontakt und Infos unter

www.forumue.de
info@forumue.de

* Rechtsträger des Forums ist der Deutsche Naturschutzring e.V. (DNR).

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Weltwirtschaftsgipfel/Weltsozialforum

Finanzkrise im Mittelpunkt, aber keine Lösungen

■ Es sei wichtiger, ein Modell für „grünen Kapitalismus“ zu entwerfen und eindeutige Schritte im Klimaschutz zu gehen, als taumelnde Banken zu retten. Dies verkündete der ehemalige US-Vizepräsident und Nobelpreisträger Al Gore auf dem diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel Ende Januar im Schweizer Luftkurort Davos.

Auf dem Treffen berieten die führenden Wirtschaftsexperten und Politiker, darunter 40 Staats- und Regierungschefs, vor allem über den Umgang mit der Wirtschaftskrise und dem Klimawandel. Das Forum ging jedoch ohne konkrete Vorschläge zu Ende.

Auch beim Weltsozialforum, das als Gegenveranstaltung zu Davos in der nordbrasilianischen Stadt Belém unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ stattfand, stand in diesem Jahr die Finanzkrise auf der Tagesordnung. Nach Angaben der Veranstalter nahmen über 130.000 Menschen aus 142 Ländern an dem Treffen teil, vor allem VertreterInnen aus sozial und ökologisch engagierten Organisationen. Sie forderten unter anderem eine Kontrolle der Finanzmärkte.

Wilfried Steen, Vorstand des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED), sagte in Belém, mit den Billionen Dollar, die zur Rettung des Finanzsystems ausgegeben würden, könne man allen Menschen Zugang zu sauberem Wasser und Grundnahrungsmitteln ermöglichen, alle Aidskranken versorgen, die Grundbildung für alle Menschen gewährleisten und eine einschneidende Klimaerwärmung verhindern. [mv]

- ▶ www.weforum.org
- ▶ www.weltsozialforum.org
- ▶ EED, Wilfried Steen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8101-2503, Fax -160, E-Mail: eed@eed.de, www.kurzlink.de/eed-wsf-2009

KLIMA & ENERGIE

Kosten des Klimaschutzes

CO₂-arme Wirtschaft ist bezahlbar

■ Um die Erderwärmung unter der Gefahrenschwelle von zwei Grad zu halten, ab der irreversible und katastrophale Auswirkungen drohen, sind Investitionen in Höhe von einem halben Prozent des globalen Bruttosozialprodukts erforderlich. Dies hat das Beratungsunternehmen McKinsey in einer neuen Studie berechnet, die Ende Januar veröffentlicht wurde. Die erforderlichen Investitionen liegen damit weit unterhalb früherer Schätzungen McKinseys und auch des britischen Ökonomen Nicolas Stern. Sterns Bericht hatte mit dazu verholfen, Klimaschutz 2007 ganz oben auf die Agenda der Staats- und Regierungschefs zu setzen. Fazit des Berichts war aber auch damals schon, dass es billiger sei, in Klimaschutzmaßnahmen zu investieren, als für die Folgen des Klimawandels aufzukommen.

Um den Übergang zu einer CO₂-armen Gesellschaft voranzutreiben, schlägt der McKinsey-Bericht sofortige und sektorübergreifende Maßnahmen vor. Bis 2020 müssten 530 Milliarden Euro und bis 2030 insgesamt 810 Milliarden Euro investiert werden. Dabei hebt die Studie drei wichtige Sektoren hervor, in denen die Reduzierung von Emissionen am kosteneffizientesten sei. An vorderster Stelle steht laut Bericht das Einsparpotenzial bei Fahrzeugen, elektrischen Geräten und Gebäuden. Investitionen in diesem Bereich würden sich aller Voraussicht nach sogar bezahlt machen. Im Stromsektor müsse vermehrt auf erneuerbare Energien gesetzt werden. Kohlekraftwerke müssten mit Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ ausgestattet werden. Verhindere man drittens die Entwaldung in Entwicklungsländern und unternehme man Wiederaufforstungsmaßnahmen, könnten weitere große Einsparungen erzielt werden.

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas begrüßte die Studie als wichtige Grundlage für die Verhandlungen über ein globales UN-Klimaabkommen im Dezember in Kopenhagen. Der Generaldirektor des WWF James Leape betonte die Wichtigkeit der Studie für die Konjunkturprogramme, die die Staaten weltweit als Reaktion auf die Finanzkrise entwerfen. So werde klar, dass besonders in Energieeffizienz investiert werden müsse und die Kosten für erneuerbare Energien gesenkt werden müssten. Mit Maßnahmen in diesen Bereichen könnten gleichzeitig auch Arbeitsplätze geschaffen werden. [mv]

- ▶ McKinsey: Pathways to a low-carbon economy, <http://globalghgcostcurve.bymckinsey.com>

Kyoto-Nachfolgeabkommen

Emissionshandel für alle OECD-Staaten?

■ Im Januar hat die EU-Kommission Vorschläge für ein internationales Klimaabkommen vorgelegt, welches das Kyoto-Protokoll im Jahr 2013 ablösen soll. Die Finanzierung des internationalen Klimaschutzes spielt darin eine wichtige Rolle.

Laut Kommission müssen 175 Milliarden Euro jährlich bis 2020 in den globalen Klimaschutz investiert werden, davon die Hälfte in Ländern des Südens. Die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel koste zusätzlich 23 bis 54 Milliarden Euro pro Jahr.

In ihrem ursprünglichen Entwurf hatte die Kommission vorgeschlagen, dass Industriestaaten einen Teil ihrer CO₂-Emissionsrechte zu einem festen Preis kaufen. Bei drei Euro pro Tonne Kohlendioxid kämen 2020 auf diese Weise 28 Milliarden Euro zusammen. In dem neuen Papier äußert sich die Kommission jedoch vorsichtiger: Es müssten Kriterien vereinbart werden, mit denen das finanzielle Engagement der einzelnen Industriestaaten bestimmt werden könne.

Als Alternative bei der Finanzierung schlägt die Kommission vor, dass Indust-

rieländer einen Teil ihrer Emissionsrechte ersteigern. Zu diesem Zweck soll ab 2015 ein OECD-weiter Emissionshandel eingeführt werden. Andere große Verschmutzer wie China oder Indien sollten ab 2020 ebenfalls einbezogen werden.

Der WWF verlangte Nachbesserung bei den Reduktionszielen der Industriestaaten. Die EU müsse ihre eigenen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 30 Prozent gegenüber 1990 senken. Weitere 15 Prozent sollten mit Unterstützung der EU in Entwicklungsländern eingespart werden.

Die Klima-Allianz forderte die EU auf, mindestens ein Drittel der Kosten für Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern zu übernehmen. Experten schätzen die Kosten auf insgesamt 100 Milliarden Euro. [sl]

- ▶ EU-Kommission, Hintergrunddokumente: www.kurzlink.de/klimaabkommen
- ▶ Greenpeace Europe, Briefing Klimaabkommen: www.kurzlink.de/greenpeace-briefing

Erneuerbare Energien international

Mit IRENA zum Durchbruch

■ Ende Januar ist die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) auf einer Konferenz in Bonn mit mehr als 400 Delegierten aus knapp 120 Staaten gegründet worden. Die Agentur soll den Umstieg von fossilen Energieträgern auf erneuerbare Energien weltweit fördern und gegen ineffektive Rahmenbedingungen, Marktverzerrungen und fehlendes Know-how aktiv werden (umwelt aktuell 08/09.2008, S. 2). Industrie- und Entwicklungsländer sollen praxisnah beraten werden.

Die ursprüngliche Idee, IRENA ins Leben zu rufen und damit ein Gegengewicht zur Internationalen Atomenergieagentur und der Internationalen Energieagentur zu schaffen, stammt von dem SPD-Bundestagsabgeordneten und Präsidenten der Europäischen Vereinigung für Erneuerbare Energien (Eurosolar) Hermann Scheer. „Eines nicht allzu fernen Tages, wenn die fossilen und atomaren Energien verbraucht und vollständig abgelöst sind,

werden alle Menschen auf dieser Erde die erneuerbaren Energien nutzen“, kündigte Scheer an. Es sei damit zu rechnen, dass bis zur ersten Zusammenkunft aller IRENA-Mitgliedstaaten im Juni in Ägypten etliche weitere Regierungen beitreten. Zuletzt trat Indien als 76. Staat bei.

Bis zum Juni soll eine Entscheidung über den Standort der Agentur getroffen sein. Dabei wird Bonn als Sitz diskutiert. [mv]

- ▶ www.irena.org
- ▶ Eurosolar, Hermann Scheer, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 362373, E-Mail: info@eurosolar.de, www.eurosolar.de

EU-Konjunkturprogramm

Chance für nachhaltiges Energiesystem vertan?

■ Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, fünf Milliarden Euro in Energie- und schnelle Internet-Infrastrukturen zu investieren. Davon sollen 1,75 Milliarden Euro für die Verbesserung der Gas- und Stromnetze, 1,25 Milliarden für die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS) und 500 Millionen für Investitionen in Offshore-Windenergie ausgegeben werden. Mit den Maßnahmen will die EU-Kommission das im Dezember 2008 verabschiedete EU-Konjunkturprogramm umsetzen.

„Die Kommission hat erneut die Chance vertan sich dafür einzusetzen, ein nachhaltiges Energiesystem aufzubauen, das die europäische Wirtschaft ankurbeln würde“, sagte Frauke Thies, Expertin für erneuerbare Energien von Greenpeace. Technologien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz seien im Gegensatz zur umstrittenen CCS-Technologie bereits verfügbar und könnten Millionen von Arbeitsplätzen schaffen. Die europäischen Grünen vermissen in dem Maßnahmenkatalog die dringend erforderlichen Investitionen, um die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden zu verbessern. Der EU-Parlamentarier Claude Turmes (Grüne/ ▶

EFA, Luxemburg) sagte: „Zum Glück ist Barrosos Vorschlag der Anfang und nicht das Ende des politischen Prozesses. Die Grünen werden im Mitentscheidungsverfahren eine Koalition bilden, um Barrosos verdrehte Vision in einen sinnvollen Green New Deal zu verwandeln.“ [mv]

- EU-Kommission, Energieinvestitionen:
www.kurzlink.de/kommission-memo

Energiestrategie/Klimawandel

EU-Parlament stimmt für Effizienz und Atom

■ Im Februar hat das EU-Parlament über die europäische Energiestrategie abgestimmt. Dabei machten sich die Abgeordneten für höhere Treibhausgasreduktionen und Energieeffizienz, aber auch für Atomenergie stark. Die EuropaparlamentarierInnen forderten, dass die EU ihre Treibhausgase bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 senkt. Ferner soll das Ziel verbindlich gemacht werden, die Energieeffizienz bis 2020 um 20 und bis 2050 um 35 Prozent zu steigern. Der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch soll bis 2050 auf 50 Prozent steigen. Doch nicht alle Beschlüsse des Parlaments waren „grün“. So forderten die Abgeordneten die EU-Kommission auf, einen Fahrplan für Investitionen in die Kernenergie vorzulegen und eine „vorurteilsfreie Debatte“ über deren Nutzung zu führen.

Als Konsequenz aus der Gaskrise zwischen Russland und der Ukraine plädierten die Abgeordneten dafür, dass die Mitgliedstaaten Notfallaktionspläne für Knappheiten in der Gasversorgung aufstellen. Sie forderten von der Kommission, die Richtlinie zur Gewährleistung einer sicheren Gasversorgung noch vor Ende des Jahres zu überarbeiten.

Die Überprüfung der europäischen Energiestrategie wird von den Staats- und Regierungschefs auf dem Frühjahrsgipfel vom 19. bis 20. März diskutiert. Die Ergebnisse sollen in den EU-Energieaktionsplan

für die Jahre 2010 bis 2012 und in weitere Gesetzesvorschläge einfließen.

Das Parlament stimmte in der Sitzungswoche auch über den Abschlussbericht des Nichtständigen Ausschusses zum Klimawandel ab. Auch dabei verlangte es eine stärkere Gewichtung auf Atomenergie und Energieeffizienz.

Das Europaparlament hatte den Sonderausschuss 2007 für zwei Jahre eingerichtet, um die Bedeutung des Klimawandels für die EU zu analysieren und Maßnahmen für die Politik zu formulieren. Der Abschlussbericht fasst die Ergebnisse zusammen und unterbreitet rund 200 Empfehlungen für die EU-Klimapolitik. Laut Berichterstatter Karl-Heinz Florenz (CDU) setzt er dabei auf Innovation und Motivation statt auf Sanktionen und Verbote. Unter anderem sieht er die Erforschung „umweltfreundlicher Verkehrstechnologien“ und den Aufbau von „Solarenergiepartnerschaften“ im Mittelmeerraum vor. Im Gebäudesektor sollen Neubauten ab dem Jahr 2015 als Passivhäuser ausgeführt werden. Die Finanzierung des Klimaschutzes soll ein europäischer Klimafonds sichern. Die Europäische Kommission hat sich dazu verpflichtet, die Ergebnisse des Berichts zu berücksichtigen, ist aber rechtlich nicht an die Beschlüsse gebunden. [sl]

- EU-Parlament, Überprüfung der Energiestrategie:
www.kurzlink.de/energiestrategie
- EU-Parlament, Abschlussbericht:
www.kurzlink.de/klimawandel_2050

Energieeffizienz von Gebäuden

Gebäudesanierung muss finanziert werden

■ Der Industriausschuss des EU-Parlaments hat sich im Januar darauf geeinigt, dass mehr finanzielle Anreize für die energetische Gebäudesanierung gesetzt werden müssen. Dabei sollen die EU-Strukturfonds, günstige Kredite der Europäischen Investitionsbank, die vorübergehende Senkung der Mehrwertsteuer und Konjunkturprogramme zur Finanzierung von

energieeffizienten Gebäuden in Betracht gezogen werden.

Die ParlamentarierInnen diskutierten Ende Januar erstmals über den Bericht der rumänischen Berichterstatterin Silvia-Adriana Țicău (Sozialdemokraten) zur Neufassung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Am 9. März will der Industriausschuss endgültig abstimmen. Die EU-Kommission hatte den Gesetzesvorschlag Mitte November dem EU-Parlament und dem Ministerrat zur Mitentscheidung vorgelegt.

Der Ausschuss kritisierte besonders, dass der Kommissionsvorschlag keine Anreize zur Finanzierung schaffe. Anderen Mitgliedern gingen die Forderungen der Berichterstatterin nicht weit genug. Die liberale Schattenberichterstatterin Fiona Hall forderte den Passivhausstandard für alle neuen Gebäude ab 2020.

Während der Schattenberichterstatter Jan Hudacky von den Konservativen eine Einigung bei erster Lesung im April und somit noch vor den Europawahlen im Juni forderte, sagte Claude Turmes, Schattenberichterstatter der Grünen, harte Verhandlungen mit den Regierungen voraus.

Auf den Gebäudesektor entfallen etwa 40 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Europa. Kernpunkt des Kommissionsvorschlags ist, dass in Zukunft alle alten Gebäude, die einer größeren Renovierung unterzogen werden, national festgelegte Energieeffizienzstandards erfüllen sollen. Bisher sind nur Gebäude mit einer Fläche von über 1.000 Quadratmetern erfasst mit der Folge, dass drei Viertel des Gebäudebestandes nicht unter die bisherige Richtlinie fallen. Allerdings ließ die EU-Kommission die Idee eines europaweit geltenden Mindestenergieeffizienzstandards für Neubauten und renovierte Gebäude fallen. Nun soll lediglich ein System von Leistungsvergleichen („Benchmarks“) die nationalen Effizienzstandards verbessern. Weiterhin sollen die bereits eingeführten Energieausweise mit den Angaben zum Energieverbrauch des Gebäudes in Zukunft in allen Verkaufs- und Vermietungsanzeigen erscheinen und Teil der Kauf- und Mietunterlagen sein. Die Kommission will darüber hinaus die Inspektion von Boilern

„Die Stromnetze sind der Flaschenhals der Energiewende“

Die Energiewende ist schon ein gutes Stück vorangekommen, nun aber drehen sich Windräder immer öfter umsonst: Das deutsche Stromnetz ist nicht für die flexible Übertragung aus dezentralen Anlagen ausgelegt, und die Energieriesen tun wenig, um das zu ändern. Warum die Deutsche Umwelthilfe jetzt eine „Allianz Netzintegration“ schmieden will, erklärt Frauke Wiese.

umwelt aktuell: Frau Wiese, immer wieder betonen UmweltschützerInnen, dass die Stromnetze eine Schlüsselrolle spielen, um die Ausbauziele für erneuerbare Energien zu erreichen. Warum?

Frauke Wiese: Die Stromnetze sind der Flaschenhals der Energiewende – sie sind nicht dafür ausgelegt, die Strommengen aus Wind, Sonne und Biomasse aufzunehmen und zu verteilen. Das System der Stromerzeugung ändert sich ja mit den erneuerbaren Energien: Strom aus Windrädern oder Solaranlagen wird meistens dezentral, also von vielen Anlagen jeweils ein bisschen, ins Netz eingespeist und nicht wie bisher aus den Kraftwerken, die große Mengen von einem Standort ins Netz drücken. Das Netz ist aber bislang auf Atom- oder Kohlekraftwerke ausgerichtet. Es ist zentralisiert und für die neuen Energieerzeuger nicht gut geeignet. Auch auf See wurde bislang kein Strom erzeugt, deshalb müssen die Windparks in Nord- und Ostsee mit neuen Kabeln ans Netz angeschlossen werden, damit der Strom in die Großstädte und Industrieregionen gelangt. Und die Energiewende steht ja erst am Anfang. Die Bundesregierung will bis 2020 den Anteil der regenerativen Energien im Stromsektor auf mindestens 30 Prozent ausbauen, die Erneuerbare-Energien-Branche hält sogar 47 Prozent für machbar. Das ist ambitioniert, aber angesichts des Klimawandels brauchen wir solche anspruchsvollen Ziele. Das heißt aber gleichzeitig: Wir müssen das Stromsystem umbauen. Und das passiert nicht von allein.

Was muss geschehen, damit unsere Netze optimal für erneuerbare Energien gewappnet sind?

Ein großes Hindernis ist, dass die Eigentümer des Stromnetzes – die vier marktbeherrschenden Stromkonzerne – wenig Interesse an dessen notwendigem Umbau haben. Die EU hat klar vorgegeben: Energiekonzerne sollen nicht gleichzeitig auch die Netze betreiben. Um einen diskriminierungsfreien Zugang für die Erneuerbaren zu erreichen, könnte eine bundesweite Netzagentur hilfreich sein, an der der Bund die Mehrheit hält und die kommunalen Netzbetreiber beteiligt sind. Technisch muss das bestehende Netz angepasst werden. Aber auch wenn das vorhandene Optimierungspotenzial ausgeschöpft ist, sind neue

Leitungen im Verteilnetz von 20 bis 110 Kilovolt und für den Transport des Windstroms von See von 380 Kilovolt im Übertragungsnetz nötig. Diese neuen Hochspannungsfreileitungen will aber niemand vor seiner Haustür haben, deswegen müssen wir die Bevölkerung sehr viel besser über die neue Situation bei der Stromerzeugung aufklären und technische Alternativen einbeziehen.

Was fordern Sie von den PolitikerInnen in Deutschland und Europa?

Sie müssen das ganze europäische Stromsystem flexibler gestalten, damit es den wachsenden Anteil erneuerbarer Energien jederzeit aufnehmen kann. Der Bau weiterer Kohlekraftwerke oder eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke ist falsch, denn diese reagieren nicht flexibel auf die schwankende Stromnachfrage und die fluktuierende Einspeisung von Wind- und Solarstrom. Die Netze zwischen den Staaten müssen ausgebaut, neue Speichertechniken entwickelt werden. Weil die Stromeinspeisung aus Wind und Sonne schwankt, müssen vorhandene Pumpspeicher zum Ausgleich genutzt und neue Speicher wie Druckluftspeicher für Windenergie gefunden werden.

Eine Rolle in den Planungen spielen auch die sogenannten Super-Grids. Worum geht es dabei?

Mit Super-Grid bezeichnet man ein länderübergreifendes Stromnetz, das mit der Hochspannungsgleichstromübertragung große Energiemengen über weite Strecken transportiert. Wenn zum Beispiel Europa und Nordafrika mit einem Super-Grid verbunden sind, können die Länder die erneuerbaren Energien nutzen, die klimatisch und geografisch am besten angepasst sind. Also solarthermische Kraftwerke in Spanien und Nordafrika, Windkraftanlagen in Friesland und in der Nordsee, Wasserkraft-Pumpspeicher in den Alpen und in Skandinavien.

Derzeit wird im Bundestag das Energieleitungs-ausbaugesetz verhandelt. Die Deutsche Umwelthilfe hat vor einiger Zeit Alarm geschlagen, dass das Gesetz sein Ziel – einen zügigen Netzausbau – verfehlen würde. Warum?

Der Gesetzentwurf konzentriert sich auf den Ausbau der Übertragungsnetze mit 380 Kilovolt. Die meisten Erzeuger von Strom aus erneuerbaren Energien wie zum Beispiel Windparks speisen aber in das Verteilnetz mit 110 Kilovolt ein, das in windstarken Zeiten etwa in Schleswig-Holstein schon heute überlastet ist. Neue 110-Kilovolt-Leitungen werden deshalb schon seit fast zehn Jahren geplant, aber die Bevölkerung wehrt sich gegen die Freileitungen und die Netzbetreiber scheuen die Mehrkosten für Erdkabel. Sie dürfen sie nicht auf die Netzgebühren umlegen, weil die Bundesnetzagentur Ausgaben für Erdkabel nicht anerkennt. Wir fordern daher, dass Freileitungen und Erdkabel schon im Genehmigungsverfahren gleichrangig behandelt werden, damit beide technischen Optionen geprüft werden. Der Gesetzentwurf mindert außerdem die Klagemöglichkeiten der BürgerInnen. Statt also die öffentliche Akzeptanz für den Umbau der Netze zu verbessern, will die Bundesregierung die demokratischen Rechte beschneiden. Aber der Netzausbau kann nicht durchgepeitscht werden. Kompromisse werden wir nur im Dialog mit allen Beteiligten finden – und dazu gehören selbstverständlich die Anwohner von Hochspannungsleitungen. Um die gesellschaftliche Zustimmung für die erforderlichen neuen Netze zu erreichen, wollen wir eine „Allianz Netzintegration Erneuerbare Energien“ gründen. Für den 17. März laden wir zu einem Fachsymposium zu diesem Thema ein. Denn nur mit neuen Stromleitungen schaffen wir die Energiewende, zu der es aus klimapolitischen Gründen keine Alternative gibt.

[Interview: Stefanie Langkamp]

Die Wirtschaftsingenieurin Frauke Wiese ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Deutschen Umwelthilfe (DUH) für die Allianz Netzintegration Erneuerbare Energien in Berlin.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 2400867-92, Fax -19,
E-Mail: wiese@duh.de,
www.erneuerbare-
ins-netz.de



und Heizungsanlagen verbessern und hat vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten Strafzahlungen bei Nichteinhaltung der Vorschriften einführen. Auch sollen die Mitgliedstaaten Pläne zur Steigerung der Anzahl von Gebäuden mit geringen oder ohne CO₂-Emissionen ausarbeiten.

Die EU-Kommission schätzt, dass sich der CO₂-Ausstoß mit den vorgeschlagenen Maßnahmen bis 2020 um fünf bis sechs Prozent verringern ließe. [mv]

- ▶ EU-Parlament, Richtlinienvorschlag:
www.kurzlink.de/richtlinienvorschlag
- ▶ EU-Gesetzgebungsverfahren:
www.kurzlink.de/mitentscheidung

Energieeffizienz

Blaue Briefe für 20 EU-Länder

■ 20 der 27 Mitgliedstaaten der EU haben die EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen immer noch nicht vollständig umgesetzt. Die Richtlinie verlangt von den Mitgliedstaaten, nationale Effizienzziele festzulegen und dabei den Energieverbrauch um jährlich ein Prozent zu senken. Sowohl im Gebäude- und Verkehrssektor als auch für Landwirtschaft und Industrie soll sie den Markt für Energie- und Energieeffizienzdienstleistungen fördern. Sie regelt ferner, welche Rolle die Energieversorger und der öffentliche Sektor spielen und wie Energieeinsparungen finanziert werden können.

Trotz eines Fristsetzungsschreibens der EU-Kommission vom Juli 2008 haben es die Mitgliedstaaten bisher versäumt, die vollständige Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht zu melden. Daher hat die EU-Kommission gegen Deutschland und 19 weitere Mitgliedstaaten am 29. Januar die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens eingeleitet.

Deutschland will die Richtlinie mit einem Energieeffizienzgesetz umsetzen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt derzeit den Ländern und Verbänden zur Anhörung vor. Federführend ist das Bundeswirtschaftsministerium. Das Umweltministerium hat jedoch konkrete

Vorschläge eingebracht, die zwischen den Ressorts noch strittig sind, darunter die verbindliche Einführung von Energiemanagement in energieintensiven Betrieben.

Der Umweltverband BUND hat die Bundesregierung aufgefordert, den vorliegenden Entwurf für ein Energieeffizienzgesetz wieder zurückzuziehen. Die EU-Vorgabe, den Energieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren, werde damit verfehlt. „Der von Bundeswirtschaftsminister Glos vorgelegte Gesetzentwurf ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, die bei der Steigerung der Energieeffizienz Weltmeister werden wollte“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Damit ein Energieeffizienzgesetz beschlossen werden kann, das diesen Namen auch verdient, muss Minister Guttenberg hier mehr Ehrgeiz und Entschlossenheit an den Tag legen.“ Nur dann, so Weiger, ließen sich echte Fortschritte im Klimaschutz erreichen. [mv]

- ▶ Stand der Richtlinie zu Energiedienstleistungen:
www.euractiv.com/de/article-134170
- ▶ BUND-Vorschläge für wirksames Effizienzgesetz:
www.kurzlink.de/bund-02-09

Kommunaler Klimaschutz

400 Städte verpflichten sich zum Schutz des Klimas

■ Köln, Alicante, Göteborg, Ostfildern – sie alle haben eines gemeinsam: Zusammen mit rund 400 europäischen Städten haben sie sich im Februar in Brüssel zu ehrgeizigen Klimaschutzzielen verpflichtet. Per Vertrag sagten die Bürgermeister und Vertreter der Städte zu, die Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2020 um mindestens 20 Prozent zu senken. Nach Möglichkeit wollen sie die europäischen Klimaziele sogar übertreffen.

An dem Bündnis nehmen auch zwölf von 27 Hauptstädten der EU teil. Berlin gehört nicht dazu. Auch außerhalb der EU zeigen Städte Interesse an der Initiative, darunter New York und Buenos Aires. „80 Prozent der CO₂-Emissionen wer-

den in Großstädten erzeugt“, begründete Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust (CDU) die Teilnahme seiner Stadt. Die Städte trügen somit eine besondere Verantwortung im Kampf gegen den Klimawandel.

Für Investitionen in den Klimaschutz stehen den beteiligten Städten 15 Millionen Euro finanzielle Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank zu Verfügung. Allerdings kritisiert eine Gruppe von Abgeordneten des Europäischen Parlaments, dass 500 Millionen Euro für kluge Energiekonzepte in Städten aus dem europäischen Konjunkturpaket gestrichen worden seien. Die verabschiedete Fassung sehe die Gelder stattdessen für Demonstrationsvorhaben zur CO₂-Speicherung vor. [sl]

- ▶ Liste der Städte: www.ec.europa.eu (Energie – Sustainable energy policies)

Erneuerbare Energien

47 Prozent Ökostrom schon in elf Jahren

■ Fast die Hälfte der Stromerzeugung wird 2020 aus regenerativen Quellen stammen. So lautet die optimistische Ausbauprognose des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE) für das kommende Jahrzehnt. Mit seiner Vorhersage übertrifft der Verband selbst die weitreichendsten Szenarien der Bundesregierung. Diese geht in ihrer Leitstudie 2008 davon aus, dass ein solcher Anteil an erneuerbaren Energien erst 2030 zur Verfügung stehen wird.

Die Zuverlässigkeit bisheriger Prognosen der Erneuerbaren-Branche gibt Klimaschutzern allerdings Anlass zur Hoffnung: In der Vergangenheit übertraf die reale Entwicklung regelmäßig die getätigten Vorhersagen. Ein beschleunigter Ausbau der regenerativen Kapazitäten wird laut BEE auch den Arbeitsmarkt deutlich beleben. Die Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien ließen sich von heute 250.000 auf mindestens 500.000 im Jahr 2020 verdoppeln.

Voraussetzung für eine solche Entwicklung sei jedoch, dass die Netzinfrastruktur zügig ausgebaut werde, so der Branchenverband. Ferner benötige man neue Speichertechnologien und -kapazitäten. Eine Gefahr für den Ausbau bergen außerdem die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken und der Neubau von Kohlekraftwerken. An ihrer Stelle müssten flexible Kraftwerke gebaut werden, deren Leistung dem Bedarf angepasst werden könne. Sonst werde es im Jahr 2020 immer häufiger heißen: „Das Netz ist voll.“ [sl]

- ▶ BEE, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2758170-0, Fax -20, E-Mail: info@bee-ev.de, www.bee-ev.de
- ▶ Strom-Ausbauprognose: www.bee-ev.de/presse.php?pr=1214

Biokraftstoffe

EU stoppt deutsches Gesetz zur Förderung von Biosprit

■ Die EU hat das deutsche Gesetz zur Förderung von Biokraftstoffen ausgebremst. Ursprünglich wollte die Bundesregierung das Gesetz im Februar verabschieden. Nun schob die EU einen Riegel vor, da sie Ende März eigene Nachhaltigkeitskriterien verabschieden will. Bis dahin muss die Bundesregierung ihr Vorhaben aufschieben. Mit dem Gesetz sollte die Beimischungsquote für Biosprit von 6,25 auf 5,25 Prozent sinken. Ferner hätte un zertifiziertes Soja- und Palmöl nicht mehr auf die Biokraftstoffquote angerechnet werden können, was in der Praxis einen Importstopp bedeutet hätte. Das Bundesumweltministerium wollte damit verhindern, dass Urwälder in Südostasien und Brasilien für Biosprit abgeholzt werden.

Die Biokraftstoffbranche zeigte sich über den Aufschub erleichtert. Die Hersteller befürchten, dass eine Absenkung der Beimischungsquote zu vielen Insolvenzen führen würde. [sl]

- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, Biokraftstoffexperte László Maráz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177589, E-Mail: maraz@forumue.de

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Flaschenpfand

Kaum Unterschied zwischen Einweg und Mehrweg

■ Der Arbeitskreis Mehrweg hat gefordert, so schnell wie möglich eine deutliche Kennzeichnung von Einweggetränkeflaschen einzuführen. Mit der jetzigen Kennzeichnung könnten VerbraucherInnen keinen Unterschied zwischen Einweg- und Mehrwegflaschen erkennen. Hinzu komme, dass ein wichtiges Differenzierungsmerkmal der beiden Systeme fehle, weil sowohl für Einweg- als auch für Mehrwegflaschen Pfand bezahlt werden müsse. Das Einwegpfand suggeriert laut Arbeitskreis Mehrweg den Kunden, etwas Gutes für die Umwelt zu tun. Dadurch steige der Anteil an Einwegflaschen ständig. Um die in der Verpackungsverordnung festgelegte Mehrwegquote von 80 Prozent zu erreichen, müsse schnell gehandelt werden.

Der Trend weist allerdings in die andere Richtung. Der Anteil an Mehrwegflaschen ist 2008 erstmals unter 50 Prozent gesunken. Nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke (WAFG) lag die Mehrwegquote in ihrem Sektor sogar unter 30 Prozent. Ein Grund sei die steigende Nachfrage nach Mineralwasser in Plastikeinwegflaschen. 2008 sei Wasser zu 52 Prozent in Einwegflaschen abgegeben worden, 2002 seien es nur zehn Prozent gewesen. Die Getränkeindustrie macht die großen Discounter für den Einbruch verantwortlich. Viele würden Mineralwasser gar nicht mehr in Mehrwegflaschen anbieten. Schon im letzten Jahr hatte die Deutsche Umwelthilfe (DUH) angesichts der fallenden Mehrwegquote die Bundesregierung aufgefordert, eine Klimaschutzabgabe von 20 Cent auf ökologisch nachteilige Getränkeverpackungen zu erheben. [mbu]

- ▶ www.mehrweg.org
- ▶ www.wafg-online.de
- ▶ DUH, Maria Elander, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240086741, E-Mail: elander@duh.de, www.duh.de

Quecksilber

Warnung vor Haien

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat das Bundesverbraucherministerium aufgefordert, vor dem Verzehr von Raubfischen wie Schwertfisch, Thunfisch oder Hai zu warnen. Zudem sollten die Lebensmittelkontrollen verbessert werden, damit belastete Produkte gar nicht erst auf den Markt gelangen. „Nur so können besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen wie Kinder oder Schwangere geschützt werden“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl im Februar bei der Veröffentlichung einer internationalen Studie.

Für die Studie „Mercury in Fish: A Global Health Hazard“ wurden 26 Proben aus Deutschland und fünf weiteren EU-Ländern getestet. Außerdem wurden auf den Philippinen und in Indien 66 Fischproben untersucht. Die Labortests ergaben, dass in allen Ländern die jeweiligen gesetzlichen Grenzwerte überschritten wurden. Wer quecksilberhaltigen Fisch isst, gefährdet seine Gesundheit.

Die Kampagne „Zero Mercury“ und der DNR appellierten an die Vereinten Nationen, ein verbindliches Abkommen gegen Quecksilber zu beschließen und den Quecksilberausstoß an Land deutlich zu reduzieren. [mbu]

- ▶ DNR, Berlin, Quecksilberexperte Florian Noto, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: florian.noto@dnr.de, www.dnr.de, www.zeromercury.org

Kennzeichnung I

Zwei Drittel der Verbraucher sind für die Nährwert-Ampel

■ Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Februar sprechen sich 67 Prozent der VerbraucherInnen für die sogenannte Ampel-Kennzeichnung von Lebensmitteln aus. 64 Prozent sind demnach sogar für einen deutschen Alleingang: Falls es in absehbarer Zeit nicht zu einer europäischen Lösung bei der Nährwertkennzeich-

nung kommen sollte, wünschen sie sich die Nahrungs-Ampel auf nationaler Ebene. Die Verbraucherorganisation Foodwatch, die die Umfrage in Auftrag gegeben hatte, forderte Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner auf, ein klares Bekenntnis für eine verbindliche farbliche Kennzeichnung von Fett, Zucker und Salz abzugeben. Die Ministerin will sich nach eigenem Bekunden aber nicht festlegen.

Daher steht die Einführung der Ampel wieder zur Debatte, obwohl laut Foodwatch die politische Meinungsfindung bereits abgeschlossen war: Im September 2008 hatte die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder die Bundesregierung in einem offiziellen Beschluss aufgefordert, die Nährwert-Ampel in Brüssel durchzusetzen. Der damalige Verbraucherminister Horst Seehofer hatte sich zuvor „ohne Wenn und Aber“ für die Nährwert-Ampel ausgesprochen. Foodwatch appellierte an Aigner, nicht vom Beschluss der Landesminister abzurücken. [mbu]

► Foodwatch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 240476-19, Fax -26, E-Mail: info@foodwatch.de, www.foodwatch.de

Kennzeichnung II

Etikettenschwindel mit länger haltbarer Milch

■ Die sogenannte ESL-Milch soll einheitlich gekennzeichnet werden. ESL steht für „extended shelf life“, längere Haltbarkeit im Regal. Diese Milch müsse künftig den Zusatz „länger haltbar“ tragen, erklärte das Bundesverbraucherministerium im Februar. Das habe man mit dem Milchindustrieverband und dem Hauptverband des Deutschen Einzelhandels vereinbart.

Bisher konnten VerbraucherInnen hauptsächlich zwischen pasteurisierter Frischmilch und H-Milch wählen. Die pasteurisierte Milch ist bis zu sieben Tagen haltbar, die ultrahocherhitzte H-Milch bis zu sechs Monaten. Die ESL-Milch hält sich zwei bis drei Wochen. Sie wird auf etwas niedrigere Temperaturen als H-Milch er-

hitzt: 127 statt 135 Grad. Dadurch bleiben zwar etwas mehr Vitamine als bei H-Milch enthalten, aber immer noch viel weniger als bei frischer Milch. Die Verbraucherzentrale Hamburg hatte die zweifelhafte Neuerung im Februar publik gemacht. Die ESL-Milch war von großen Lebensmittelketten aus Kostengründen eingeführt und dabei auf der Packung als „frische Milch“ bezeichnet worden. Auch entsprechende Biosupermarktware ist mittlerweile im Angebot.

Zur besseren Unterscheidung soll die Verpackung von klassischer Frischmilch nun mit dem Hinweis „traditionell hergestellt“ etikettiert werden. Verbraucherverbände kritisieren, dass die Vereinbarung mit der Industrie freiwillig ist. Zudem würden die KonsumentInnen weiter getäuscht, weil mehrere Wochen alte Ware nach wie vor als „frisch“ verkauft werden darf. [mbu]

► Verbraucherzentrale Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 24832-0, www.vzhh.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

Biobetrug

Pute kann nicht öko sein

■ Der Betrug mit den angeblichen Bioputen des westfälischen Geflügelunternehmers Berthold Franzsander hat ein grundlegendes Dilemma ans Tageslicht gebracht. Nach Auffassung zahlreicher Ökobauern ist es fast unmöglich, Puten nach ökologischen Kriterien aufzuziehen. Die Tiere brauchen vor allem in den ersten Lebenswochen viel tierisches Eiweiß. Das könnten Würmer und Insekten liefern. Aus ökologischen und hygienischen Gründen ist das aber nicht einfach. Deshalb füttern manche Biobauern ihre Tiere mit gekochten Eiern, andere bekommen Erbsen oder Sojabohnen zu fressen. Da die Fütterung so schwierig ist, dürfen die Puten laut EU-Ökoverordnung bis zu zehn Prozent konventionelles Futter erhalten. Aus diesem

Grund plädieren Umweltorganisationen wie Greenpeace seit Langem dafür, die Putenzucht aufzugeben.

Der Erzeugerverband Bioland hält hingegen ein solches Moratorium nicht für nötig. Solange andere Anbauverbände wie Naturland oder Demeter nicht aus der Putenzucht aussteigen, wird wohl auch Bioland das Geschäft nicht aufgeben.

In den vergangenen 20 Jahren kam in Deutschland immer mehr Putenfleisch auf den Markt. Wurde in den Achtzigerjahren etwa 1,6 Kilogramm Putenfleisch pro Kopf gegessen, sind es heute gut sechs Kilo. Infolge von Skandalen mit Dioxin im Hühnerfleisch, Hormonen in Kälbern und schließlich BSE boomte der Absatz mit Putenfleisch, das zudem als besonders gesund gilt. Allerdings geriet auch die Putenmast wegen des Einsatzes von Antibiotika und Tierschutzverstößen in Verruf. [mbu]

► Bioland, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 23979-17, E-Mail: presse@bioland.de, www.bioland.de

► Greenpeace, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 30618-0, www.greenpeace.de/landwirtschaft

Agrarmarketing

CMA-Zwangsabgabe ist verfassungswidrig

■ Zahlreiche Landwirte in Deutschland können sich über eine gute Nachricht freuen: Ab sofort müssen sie keine Pflichtbeiträge mehr an die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) zahlen. Im Februar entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, dass diese Sonderabgaben unzulässig seien. Die Begründung der Richter: Es gebe keine Hinweise, dass staatlich organisierte Werbung effizienter sei als private.

Die CMA gibt es seit 40 Jahren. Sie sollte die Vermarktung deutscher Agrarprodukte gegen die Konkurrenz aus Frankreich und den Niederlanden unterstützen. Seitdem flossen jährlich etwa 88 Millionen Euro in die Marketinggesellschaft, die das Geld für Werbung, Gütesiegel oder Messeauftritte ausgab.

2002 verbot der Europäische Gerichtshof staatliche Werbung, die die nationale Herkunft herausstellt. Der Slogan „aus deutschen Landen“ wurde durch „Bestes vom Bauern“ ersetzt. Nach Auffassung der Kläger und vieler anderer Bauern machte dieser Gerichtsentscheid die CMA überflüssig. Diejenigen, die Widerspruch gegen die Beitragspflicht eingelegt haben, können nun mit Rückzahlungen von schätzungsweise 120 Millionen Euro rechnen. Wie es mit der CMA weitergeht, ist noch offen. [mbu]

► Urteil: www.kurzlink.de/urteil-cma

Die Initiative „Gendreck-weg“ setzt weiter auf sogenannte Feldbefreiungen. Sie berät Aktivisten, die wegen Sachbeschädigung angeklagt sind. Für Feldbefreiungen kommt vor allem der Osten Deutschlands infrage. Fast die Hälfte (49 Prozent) der angemeldeten Genmaisflächen liegen in Brandenburg, gefolgt von Sachsen mit gut 27 Prozent und Mecklenburg-Vorpommern mit rund 16 Prozent. [mbu]

- www.greenpeace.de/gen-mais-karte
- www.bund-nrw.de (Landwirtschaft)
- www.gentechnikfreies-europa.org
- www.gendreck-weg.de

Liste genommen werden – zusammen mit Schwarzstorch, Wanderfalke und Uhu. Trotz dieser positiven Entwicklungen ist der Zustand von Tier- und Pflanzenarten in Deutschland und weltweit weiterhin alarmierend. Von den Biotoptypen in Deutschland stuft die 2006 erstellte Rote Liste über 70 Prozent als gefährdet ein. Unbefriedigend ist noch immer der Naturzustand außerhalb der Schutzgebiete in der allgemeinen Agrarlandschaft, wo es darauf ankommt, Schutz und nachhaltige Nutzung miteinander zu verknüpfen. [bv]

- www.kurzlink.de/bmu-naturlage
- Bundesumweltministerium (BMU), Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, Fax -2016, E-Mail: presse@bmu.bund.de, www.bmu.de

Genmais-Aussaat

Weniger ist noch zu viel

■ In diesem Jahr soll in Deutschland auf 3.568 Hektar Fläche gentechnisch veränderter Mais angebaut werden. Das sind 0,17 Prozent der gesamten Maisanbaufläche. Trotz eines Rückgangs im Vergleich zum Vorjahr, beispielsweise in Bayern um 42 Prozent, ist für die KritikerInnen der Agrogentechnik nach wie vor jeder Hektar einer zu viel. Die Mehrheit der deutschen Landwirte und VerbraucherInnen lehnt den Anbau von Genpflanzen ab. Greenpeace hat erneut eine Karte mit den Anbaugebieten ins Internet gestellt.

Nach Angaben von Umweltverbänden und Gentechnikgegnern wächst auch in den Regionen der Widerstand. Der BUND setzt sich unter anderem für Klagegemeinschaften mit Imkern ein, um sie gegen die Gentechnikindustrie zu unterstützen. Es gebe zu unterschiedliche landwirtschaftliche Strukturen in Deutschland – kleinbäuerliche im Süden und Südwesten, industrielle im Osten –, deshalb könne man Aktionen nicht einfach übertragen, sagte Ralf Bilke vom BUND Nordrhein-Westfalen.

Der Imker Jürgen Binder vom Verein Gentechnikfreies Europa organisiert für September ein Treffen, bei dem Bürgermeister und Landräte über das Thema Gentechnik informiert werden sollen. Ziel ist es, rechtlich verbindlich gentechnikfreie Regionen zu schaffen.

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Naturschutzpolitik

Bericht zur Lage der Natur

■ Das Bundeskabinett hat Anfang Februar den Bericht zur Lage der Natur verabschiedet. Die Bestandsaufnahme und Analyse über die Gefährdung der biologischen Vielfalt zeigt die Entwicklung im Naturschutz in Deutschland sowie Perspektiven für den künftigen Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. So hat das Bundesumweltministerium im Herbst 2007 erstmals eine nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vorgelegt.

Zur langfristigen Sicherung für den Naturschutz stellt die Bundesregierung derzeit 125.000 Hektar an Bundesflächen den Ländern, Naturschutzverbänden oder Umweltstiftungen zur Verfügung. Allerdings wurden bisher nur Naturerbeflächen an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und Bereiche des Grünen Bandes an der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze an das Land Thüringen übertragen. Laut Koalitionsvertrag müssen auch die Flächenübertragungen an die Verbände noch innerhalb der Legislaturperiode erfolgen.

Erfolge werden beim Schutz der biologischen Vielfalt vermeldet. Der Seeadler konnte erstmals wieder von der Roten

Wildnisgebiete

Abgeordnete sehen Europas Wildnis schwinden

■ Das Europäische Parlament hat die EU-Kommission Anfang Februar aufgefordert, eine Strategie für den Schutz der Wildnis zu entwickeln, Wildnisgebiete in Europa auszuweisen und besondere Fördermittel dafür bereitzustellen. In dem von Gyula Hegyi (Sozialdemokraten, Ungarn) ausgearbeiteten Bericht zur Wildnis in Europa zeigt sich das Parlament besorgt. Das Ziel, dem Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 Einhalt zu gebieten, könne nicht erreicht werden. Die negativen Folgen dieses Verlusts seien bereits spürbar. Nur etwa fünf Prozent der europäischen Wälder gelten als unberührt und damit der Definition nach als Wildnis.

Die Leitlinien für den Schutz, die Verwaltung, die Überwachung und die Finanzierung von Wildnisgebieten sollen im Rahmen des EU-Schutzgebietsprogramms Natura 2000 ausgearbeitet werden. Dabei geht es vor allem um Probleme durch den Klimawandel, illegalen Holzeinschlag und die steigende Nachfrage nach Gütern. In dem Bericht kritisieren die Abgeordneten, dass die Ziele der EU zum Schutz der biologischen Vielfalt, insbesondere die Ziele

der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, bisher nicht genügend in Politikbereiche wie Landwirtschaft, regionale Entwicklung, Energie oder Verkehr einbezogen worden seien.

Auf einer Konferenz der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft Ende Mai in Prag wollen Experten Vorschläge für einen verbesserten Schutz und die Wiederherstellung der Wildnisgebiete in Europa erarbeiten. Nach Angaben des Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily will die EU-Kommission nur dann entsprechende Maßnahmen in Betracht ziehen, wenn eine große Anzahl von Wildnisgebieten nicht von Natura 2000 erfasst ist. **[bv, mv]**

- Bericht: www.kurzlink.de/ep-wildnisbericht
- Konferenz: www.wildeurope.org

STADT & REGION

Siedlungspolitik

Ministerin für kurze Wege in Kommunen

■ Für ein Umdenken in der Siedlungspolitik haben Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) und der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes (LNV) Reiner Ehret geworben. „Die Ausweisung immer neuer Wohn- und Gewerbeflächen zerstört naturnahe Lebensräume und geht zulasten der Lebensqualität der Menschen“, warnten beide bei der Premiere des Films „Kurze

Wege“ Ende Januar in Ludwigsburg. Ein Siebtel der Landesfläche sei schon für Siedlungen und Verkehr umgewidmet. Täglich kämen rund zehn Hektar hinzu. Die Entwicklung der Kommunen solle nicht ausgebremst werden, so die Ministerin, sie müsse aber vorrangig im vorhandenen Bestand stattfinden. „Dazu braucht es ein Umdenken bei den Kommunalpolitikern und den Bürgerinnen und Bürgern“, sagte LNV-Vorsitzender Ehret.

Der dreiteilige Dokumentarfilm „Kurze Wege“ von Markus Plawszewski, der die Siedlungsentwicklung aus drei verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet, soll dazu Denkanstöße geben. Erstmals versucht damit ein Film die Entwicklung von Wohnen und Arbeiten in den unterschiedlichen Siedlungsformen lebensorientiert und alltagsnah darzustellen. **[mb]**

- Film: „Kurze Wege“, D 2009, 45 min, DVD + Booklet 14,80 €, ISBN 978-3-00-025925-8
- LNV, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 248955-20, Fax -30, E-Mail: info@lnv-bw.de, www.lnv-bw.de

Zieht Deutschland Europa den Boden weg?

Berlin blockiert weiter die europäische Bodenschutzpolitik. Das ist kurzsichtig, denn ohne EU-Richtlinie werden in vielen Mitgliedstaaten die industriell kontaminierten Flächen zunehmen. Das wird teuer, meint Bjela Vossen vom DNR.

In den letzten zwei Jahren hat die deutsche Bundesregierung die Entwicklung der EU-Bodenschutzpolitik, insbesondere die Annahme einer Bodenrahmenrichtlinie, mit dem Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip und die vorhandene nationale Rechtsetzung blockiert. Doch gerade die Blockade Deutschlands ist nicht nachzuvollziehen, denn die Bundesrepublik hat seit 1998 ein nationales Bodenschutzgesetz. In Europa haben nur neun der 27 Mitgliedstaaten eine eigenständige Bodenschutzpolitik entwickelt. Wenn die EU nicht die Führungsrolle übernimmt, wird die Mehrzahl der Mitgliedstaaten keine weiteren Fortschritte im Bodenschutz machen.

Ohne eine EU-Bodenrichtlinie gibt die EU der Industrie eine uneingeschränkte Verschmutzungserlaubnis. Kontaminierte Böden außerhalb des Wirkungsbereichs der neuen Abfallrahmenrichtlinie sollen nach dem Willen des parlamentarischen Berichterstatters auch aus dem Zuständigkeitsbereich der Richtlinie zur Integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-

Richtlinie) ausgeschlossen werden. Die Gegner der Bodenschutzrichtlinie aus der Industrie argumentieren, es sei zu teuer, die Böden zu reinigen.

Ohne eine wirkungsvolle Bodenrahmenrichtlinie muss man davon ausgehen, dass die Kosten für die Sanierung der Böden stetig ansteigen werden. Da die Industrie diese Rechnungen nicht bezahlen muss, fehlt ihr der Anreiz Verschmutzungen zu verhindern.

Die Bundesregierung muss jetzt davon überzeugt werden, ihre Blockadehaltung aufzugeben, um im Juni im Umweltausschuss eine Einigung für eine starke Bodenschutzrichtlinie zu erzielen.

Die Biologin Bjela Vossen arbeitet für die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Berlin.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177585,
E-Mail: bjela.vossen@dnr.de,
www.eu-koordination.de**

TIERSCHUTZ & ETHIK

Legehennenhaltung

Niedersachsen zieht Sondererlass zurück

■ Ende Januar hat der niedersächsische Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU) den umstrittenen Sondererlass des Landes zur Flächenberechnung der neuen Käfige für Legehennen zurückgezogen. Dem „Ehlen-Erlass“ vom Frühjahr 2008 zufolge sollten Hühner in Kleingruppenkäfigen in Niedersachsen noch weniger Fläche zur Verfügung haben als in anderen Bundesländern. Der niedersächsischen Interpretation der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung war jedoch kein anderes Bundesland gefolgt, auch der Gesetzgebungsdienst des Landtages hatte Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Erlasses angemeldet.

Gleichzeitig erklärte das Ministerium allerdings, die Landkreisbehörden sollten über einen möglichen Bestandsschutz für Betriebe entscheiden, die auf Basis des Erlasses bereits geplant hätten. Der Deutsche Tierschutzbund kritisierte dies und forderte Ministerpräsident Christian Wulff und die Behörden auf, die Nutztierhaltungsverordnung in rechtmäßiger Weise umzusetzen. Den Betrieben dadurch möglicherweise entstehende Schäden solle das Land übernehmen. [mb]

► Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, Fax -41, www.tierschutzbund.de

Fallenjagd

EU befragt Öffentlichkeit zu „humanen Fangnormen“

■ Bis zum 16. März können Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen noch an einer Internetkonsultation der Europäischen Kommission zum Thema Fallenstellen teilnehmen. Die Konsultation bezieht sich auf den Richtlinienvorschlag der Kommission vom 30. Juli 2004 zur „Einführung humaner Fangnormen“ für bestimmte Tierarten.

Durch die Konsultation will die EU-Kommission erfahren, was die interessierte Öffentlichkeit über die Fangmethoden weiß, was sie von einheitlichen Standards für Fallen hält und wie wichtig einheitliche Regelungen zum Fallenstellen in der EU sind. Die Befragung soll der Kommission helfen, internationale Übereinkommen zu sogenannten humanen Fallenstandards umzusetzen. Die Bandbreite der Fragen reicht vom Wissen über praktisches Wildtiermanagement über Meinungen zur Regulierung der Fallenjagd, Testfallen und technische Verbesserungen bis hin zu Tierschutzaspekten. Die Konsultationsunterlagen wurden im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie zum Fallenstellen erarbeitet. [bv]

► Gesetzestext, Konsultation und Hinweise: www.eu-koordination.de/?page=23&id=861

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Reformvertrag

Lissabon-Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht

■ Mitte Februar hat der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVG) eine zweitägige Anhörung über den Vertrag von Lissabon abgehalten. Nun muss das Gericht über dessen Rechtmäßigkeit entscheiden. Ein genauer Termin für die Urteilsverkündung steht noch nicht fest, es könnte aber im Mai oder Juni sein.

Der nach dem Entstehungsort benannte neue EU-Reformvertrag gilt den einen als demokratischer Durchbruch, den Klägern jedoch als Dokument der Entstaatlichung und Entmachtung der nationalen Parlamente und Behörden. Verhandelt wurde über die Konformität des Lissabon-Vertrages mit dem deutschen Grundgesetz und über die möglichen Folgen eines Inkrafttretens des Reformwerks für Deutschland. Geklagt hatte unter anderem der CSU-Politiker Peter Gauweiler, der die Verletzung des Prinzips der souveränen Staatlichkeit, der Menschenwürdegarantie und der einzelnen Grundrechte kritisiert. Der Vertrag von Lissabon verbessere die demokratische Legitimation der Europäischen Union nicht, sondern verschlechtere sie, so Gauweiler. Das Parlament bekomme zwar mehr Rechte, sei aber „weit davon entfernt, ein wirklich demokratisches Parlament zu sein“. Die ebenfalls als Klägerin auftretende Linksfraktion wurde durch ihren Vorsitzenden Oskar Lafontaine vertreten. Sie kritisiert am Vertrag vor allem die Rüstungspflichten und die „Festlegung auf die Grundsätze eines neoliberalen Finanzmarktkapitalismus“.

Wie das Gericht entscheidet, steht noch nicht fest. Einige der Karlsruher Richter äußerten während der Verhandlung durchaus Skepsis, da zum Beispiel zukünftig auch neue Strafrechtsparagrafen auf EU-Ebene erlassen werden können. Damit würde sich auch eine Machtverschiebung vom BVG auf den Europäischen Gerichts-

hof (EuGH) ergeben. Gleichzeitig würde eine Ablehnung des Vertragswerkes für Deutschland dessen bisherige Vorreiterrolle für ein vereintes Europa möglicherweise beenden und ein antieuropäisches politisches Signal senden.

Vertreter der Bundesregierung und des Bundestages verteidigten ihre Entscheidung pro Lissabon. Der Bundespräsident muss das Dokument mit seiner Unterschrift ratifizieren, will jedoch das Urteil des Verfassungsgerichts abwarten. [jg]

► www.bundesverfassungsgericht.de

Umweltwirtschaftsbericht

Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze

■ Im Januar haben das Bundesumweltministerium (BMU) und das Umweltbundesamt (UBA) den ersten Umweltwirtschaftsbericht veröffentlicht. Er enthält einen Überblick über die Struktur und Bedeutung der Umweltwirtschaft und zahlreiche Aspekte, die das Zusammenspiel von Umwelt, Umweltpolitik und Wirtschaft ausmachen. Der Bericht stützt sich auf viele Forschungsprojekte der vergangenen Jahre. Eine weitere Grundlage sind Daten und Zahlenmaterial von Forschungseinrichtungen und statistischen Ämtern. Erstmals liegen damit vielfältige Informationen zu dem Themenkomplex gebündelt vor.

Die Herausgeber Bundesumweltminister Sigmar Gabriel und UBA-Chef Andreas Troge widersprechen in dem Bericht der These, Umwelt und Wirtschaft seien Gegensätze. Sie verweisen auf zahlreiche wissenschaftliche Studien, die belegten, dass das ökonomisch Vernünftige auch ökologisch klug sei – für die Volkswirtschaft wie auch für die Unternehmen. Der Bericht wird kostenlos als Broschüre abgegeben und steht im Internet. [mbu]

► BMU, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 9930533-55, Fax -56, E-Mail: bmu@broschuerenversand.de
► www.umweltwirtschaftsbericht.de

Umweltgesetzbuch**Jedem Bundesland sein eigenes Milieu**

■ Fast 20 Jahre Verhandlungen über ein bundeseinheitliches Umweltrecht waren offenbar vergeblich. Im Februar ist das Umweltgesetzbuch (UGB) in Deutschland vorläufig gescheitert. SPD und Union gaben sich gegenseitig die Schuld daran.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) machte die Union für das Scheitern verantwortlich und sprach von einem Verstoß gegen den Koalitionsvertrag. Obwohl zahlreiche LandesumweltministerInnen ihre Zustimmung zum Umweltgesetzbuch signalisiert hatten, blockierten CSU und Teile der CDU die Verabschiedung. Gabriel zufolge wollte die CSU verhindern, dass sein Ministerium einen Erfolg verbuche. Die Unionsspitze hält dagegen: Gabriel habe eine unerfüllbare Öffnungsklausel angeboten und eine „Monsterbürokratie“ einführen wollen.

Dem widersprach Baden-Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner (CDU). Der Entwurf hätte keineswegs mehr Bürokratie und Kosten verursacht, sondern kleine und mittlere Unternehmen um mehr als 27 Millionen Euro pro Jahr entlastet, sagte die Ministerin. Auch die Opposition im Bundestag und Umweltverbände kritisierten das Aus für das Gesetzeswerk (siehe Kommentar rechts). [mbu]

- ▶ Bundesumweltministerium (BMU), Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 305-2010, www.bmu.de
- ▶ Verbände: www.umweltgesetzbuch.org

Europawahlen**Unwissen weitverbreitet**

■ Zwei Drittel der Deutschen wussten vier Monate vor dem Wahltermin nichts über die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni. Das ermittelte die Bertelsmann-Stiftung in einer repräsentativen Studie im Februar. Die Wahlbeteiligung wird laut ihrer Prognose nur bei 43 Prozent liegen. 24 Prozent der Befragten wollten gar nicht

CSU lässt Umweltgesetzbuch an Interessenpolitik scheitern

Ein zentrales Reformvorhaben der Koalition fällt kurzfristiger Klientelpolitik zum Opfer. Der nun mögliche Länderwettbewerb um die schwächsten Standards schadet der Natur und auch der Wirtschaft, sagt Helmut Röscheisen vom DNR.

Die Schaffung eines einheitlichen Umweltgesetzbuches (UGB) galt als zentrales Reformvorhaben der Großen Koalition. Das UGB ist das derzeit am besten und am längsten vorbereitete Gesetzgebungsvorhaben in Deutschland. Es wurde von allen Seiten nachdrücklich gefordert.

Die bestehenden deutschen Umweltvorschriften sind historisch gewachsen und über zahlreiche Fachgesetze und Verordnungen verstreut. Dies führt bei Genehmigungsverfahren vielfach zu einem in der Sache unnötigen, administrativ umständlichen und für alle Beteiligten aufwendigen Parallelvorgehen. Komplexe Vorhaben wie die Errichtung und der Betrieb von Industrieanlagen benötigen häufig eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung und eine wasserrechtliche Erlaubnis, für die jeweils unterschiedliche fachgesetzliche Prüf- und Entscheidungsprogramme gelten. Das bisherige Nebeneinander verschiedener Zulassungen soll im UGB durch eine „integrierte Vorhabengenehmigung“ (IVG) abgelöst werden. Die IVG fasst verschiedene Zulassungen in einer Genehmigung durch eine Behörde zusammen. In die Entscheidung werden alle Umweltmedien wie Luft und Wasser und deren Wechselwirkungen einbezogen.

Nach der Föderalismusreform im Jahr 2006 kann der Bund erstmals in allen wichtigen Bereichen des Umweltrechts Vorschriften mit bundeseinheitlicher Wirkung erlassen. Gewinnen werden hierdurch vor allem die Unternehmen, die künftig standortunabhängig mit länderübergreifenden umweltrechtlichen Regeln und Standards operieren können.

Der vorliegende Gesetzentwurf für ein UGB hat zwar Schwächen und Lücken. Wichtige Bereiche wie das Recht zur Planung von Verkehrswegen wurden ebenso ausgeklammert wie das Berg- und das Atomrecht. Weder Klimaschutz noch Ressourcenschonung oder Produktverantwortung wurden als grundlegende Ziele verankert. Trotzdem bot das UGB wichtige Möglichkeiten zur inneren Harmonisierung des Umweltrechts.

Der von der Bundesregierung eingesetzte Normenkontrollrat und das Statistische Bundesamt bezifferten die Effizienzgewinne für Unternehmen auf fast 30 Millionen Euro jährlich. Mit dem UGB als Vorbild könnte Deutschland seine frühere führende Stellung im Umweltrecht in Europa zurückgewinnen und so auch den Wirtschaftsstandort stärken. Trotzdem blockierten vor allem die CSU und ihre Bundesminister für Wirtschaft und Landwirtschaft mit ihrer Klientelpolitik das Reformvorhaben.

Nachdem das UGB jetzt nicht mehr bis zum 1. Januar 2010 in Kraft treten kann, drohen langwierige Rechtsstreitigkeiten über die Auslegung der Verfassung im Naturschutz und Wasserrecht. Rechtsunsicherheiten bis hin zur Rechtszersplitterung sind die Folgen. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff hat schon im vergangenen September in einem Schreiben an seine Länderkollegen die Gleichstellung von Ersatzgeldzahlungen mit dem tatsächlichen Ausgleich von Eingriffen durch andere Naturschutzflächen verlangt. Zulassungsverfahren könnten beschleunigt werden, so Wulff, weil die Vorhabenträger nicht mehr wertvolle Zeit in die Suche nach geeigneten Kompensationsflächen investieren müssten. Für Naturschutzmaßnahmen seien die Flächen zu knapp und eine weitere Belastung der Landwirtschaft durch den Naturschutz sei nicht hinzunehmen, befand der Landeschef.

Die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel nach dem Scheitern des UGB ins Spiel gebrachte Novellierung von Naturschutz- und Wasserrecht ist ein möglicher nächster Schritt. Ohne klare Grenzziehungen drohen übermäßige Abweichungen in den Naturschutzgesetzen der Länder, vor allem bei der für den Naturschutz wichtigen Eingriffsregelung.

Dr. Helmut Röscheisen ist Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR) in Bonn.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 359005,
E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de,
www.umweltgesetzbuch.org

wählen, ein Drittel kann sich eine Beteiligung vorstellen. Gleichzeitig wollen die BürgerInnen aber mehr Mitsprache in der EU. So fordern 70 Prozent eine Direktwahlmöglichkeit für einen zukünftigen EU-Präsidenten, drei Viertel sprechen sich für europaweite Volksbegehren aus.

Die Wahl der EU-Abgeordneten findet in Deutschland und Österreich am 7. Juni statt (siehe auch S. 6). Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings informiert auf ihrer Webseite über Programme, KandidatInnen und Forderungen der Umweltbewegung. [jg]

- ▶ www.bertelsmann-stiftung.de (Presse – Nachrichten – 08.02.09)
- ▶ www.eu-koordination.de

Umweltforschung

Vorhaben für 2009 im Netz

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat die Projekte des Umweltforschungsplans 2009 des Bundesumweltministeriums (BMU) auf seiner Internetseite veröffentlicht. Insgesamt 86 Forschungsprojekte zu Umweltthemen sollen in diesem Jahr beginnen, vor allem zum Themenkomplex Klima und Energie. Aber auch Wasserpolitik, Gesundheit, Chemikalien und Nanotechnologie sollen erforscht werden. [jg]

- ▶ www.uba.de/service/ufoplan

VERKEHR & TOURISMUS

Kfz-Steuer

Minireform für die Umwelt

■ Die Bundesregierung hat sich Ende Januar bei der Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuer auf einen Kompromiss geeinigt. Danach wird die Steuer für alle Neuwagen ab Juli nicht mehr nur nach dem Hubraum, sondern zum Teil nach dem Kohlendioxidaustritt berechnet. Der

Klimaschutzeffekt der neuen Steuer wird Experten zufolge durch diese Koppelung eingeschränkt. Der VCD kritisierte sogar, der Kompromiss bringe überhaupt keine ökologische Lenkungswirkung zugunsten sparsamer Autos.

Für jedes Gramm, das die Obergrenze von 120 Gramm pro Kilometer überschreitet, müssen zwei Euro bezahlt werden. Um Druck auf die Autoindustrie für die Verbesserung der Abgastechik zu machen, soll diese Steuerfreigrenze allmählich gesenkt werden: 2012 auf 110 Gramm und 2014 auf 95 Gramm je Kilometer. Mit der Besteuerung nach dem Schadstoffausstoß gilt: Wer mehr CO₂ ausstößt, zahlt hohe Steuern, wer aber mit neuester Technik umweltfreundlich unterwegs ist, zahlt zum Teil deutlich weniger.

Bisher war der Hubraum die einzige Grundlage für die Berechnung. Die neue Hubraumbesteuerung sieht einen Sockelbetrag von zwei Euro pro angefangene 100 Kubikzentimeter für Benzinmotoren und von 9,50 Euro für Dieselfahrzeuge vor. Auf eine Vergünstigung für Großfahrzeuge wurde verzichtet. Diese hätte für Geländewagen knapp 300 Euro Steuerersparnis gebracht. Für Dieselfahrzeuge der in der EU geplanten CO₂-Norm Euro 6 soll es für die Jahre 2011 bis 2013 eine befristete Steuerentlastung von 150 Euro geben. Anders als von der Union gefordert ist keine Obergrenze vorgesehen.

Als Begründung für die Kombination von CO₂-Ausstoß und Hubraum nannte die Große Koalition soziale Gründe. Bei einer ausschließlichen Orientierung am Schadstoffausstoß wären gerade Familienwagen der Mittelklasse stärker als bisher besteuert worden, hieß es.

Die neue Kfz-Steuer betrifft im ersten Jahr rund drei Millionen Autofahrer, die üblicherweise im Jahr Neuwagen anmelden. Bleibt es dabei, kommen dann jährlich drei Millionen hinzu. Die Mehrheit der heute gut 40 Millionen Fahrzeughalter wird zunächst noch nach dem alten System – ausschließlich nach Autogröße (Hubraum) – zur Kasse gebeten. [mbu]

- ▶ VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

Güterverkehr

Rollen Riesen-Lkw bald über Europas Straßen?

■ Die Allianz pro Schiene befürchtet, dass sogenannte Riesen-Lkw, auch Gigaliner oder Monstertrucks genannt, bald EU-weit zugelassen werden. Eine neue Studie der EU-Kommission vom Januar zeige, dass „Europa von Riesen-Lkw überrollt zu werden droht, wenn sich die Kommission mit ihren Plänen durchsetzt“, so Michael Gehrman, Vorstandsmitglied der Allianz pro Schiene und Vorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Die negativen Folgen für Mensch und Umwelt seien immens, da die Zulassung der bis zu 25 Meter langen und bis zu 60 Tonnen schweren Lastwagen mit erhöhten Sicherheitsrisiken und einer umweltbelastenden Verkehrsverlagerung von der Schiene auf die Straße einhergehe. Auch die damit verbundenen Infrastrukturkosten würden von der EU-Kommission bewusst ausgeblendet, sagte Gehrman.

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund- und Länderexperten halten den Einsatz von Riesen-Lkw wegen des erhöhten Unfallrisikos und der mangelnden Tragfähigkeit von Brücken „für nicht vertretbar“. Einige Bundesländer sind dennoch für die Einführung der Laster. Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern führen sogar Tests durch, obwohl die Verkehrsministerkonferenz sich im Herbst 2007 dagegen ausgesprochen hatte. In Niedersachsen wurde laut Allianz pro Schiene ein Pilotversuch ohne „nennenswerten Erkenntnisgewinn“ beendet.

In dünner besiedelten EU-Ländern wie Schweden und Finnland fahren die Riesen-Lkw schon seit Langem, in Belgien, den Niederlanden oder Dänemark werden sie getestet. [mbu]

- ▶ Allianz pro Schiene, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2462599-40, www.allianz-pro-schiene.de
- ▶ Bundesverkehrsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2008-2040, www.bmvbs.bund.de
- ▶ EU-Studie (PDF, 315 S., 6 MB): www.kurzlink.de/eu-studie-riesen-lkw



soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung

Seit 18 Jahren ist SOZIALE TECHNIK - herausgegeben vom Interuniversitären Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur (IFZ) - ein Forum für die interdisziplinäre Technikforschung und liefert Beiträge für eine sozial- und umweltverträgliche Gestaltung von Technologien. SOZIALE TECHNIK erscheint vierteljährlich, ein Jahresabonnement kostet € 20,- (für Studierende € 15,-).

Kostenloses Probeabonnement!

Mit Beiträgen zu:

- Technologie & Politik
- Umwelt & Energie
- Neue Biotechnologien
- Frauen & Technik
- Informations- & Kommunikationstechnologien



soziale technik

Zeitschrift für sozial- und umweltverträgliche Technikgestaltung



Kostenloses Probeabo (2 Ausgaben) und Abobestellungen:

Tel.: +43/316/813909-0 Fax: +43/316/810274

E-mail: waechter-r@ifz.tugraz.at

Web: www.ifz.tugraz.at/sote

Straßennutzungsgebühr

Lkw-Maut auch für Lärm und Luftverschmutzung

■ Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments hat im Februar dem Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zugestimmt, wonach Lastwagen in Europa künftig die sogenannten externen oder Umweltkosten angerechnet werden. Nach dem Verursacherprinzip müssen Speditionen dann eine Maut für Lärm und Luftverschmutzung zahlen. Allerdings knüpften die ParlamentarierInnen ihre Zustimmung an Bedingungen. Es sollten auch Pkw mit eingebunden werden und zuvor eine Folgenabschätzung durchgeführt werden. Der Umwelt- und Verkehrsverband Transport & Environment (T&E) befürchtet, dass die Kommissionspläne dadurch verwässert werden. Möglicherweise würden dann weniger Mitgliedstaaten dem Verursacherprinzip zustimmen. Die massiven Umweltschäden durch Lkw erforderten aber die Zustimmung möglichst vieler Länder.

Mit den Einnahmen sollten die negativen Auswirkungen des Schwerlastverkehrs auf die Umwelt gemildert werden, sagte der Berichterstatter Saïd El Khadraoui von den belgischen Sozialdemokraten. Dies könne mittelfristig zu weniger Lärm, Luftverschmutzung und Staus führen. [mbu]

- EU-Parlament, Verkehrsausschuss: www.kurzlink.de/euoparl-tran
- T&E, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 50299-09, Fax -08, www.transportenvironment.org

EU-Verkehrspolitik

Mehr Autos und mehr Klimaschutz

■ Die Europäische Kommission hat im Februar ein Grünbuch für ein besser integriertes transeuropäisches Verkehrsnetz (TEN-V) vorgelegt. Die Klimaschutzziele der EU sollen in dem Diskussionspapier eine zentrale Rolle spielen. Verbände und Einzelpersonen können noch bis zum

30. April ihre Kommentare zum Grünbuch einreichen. Im Anschluss daran will die Kommission Gesetzesvorschläge erarbeiten. Das Parlament wird voraussichtlich im April einen Beschluss zur Zukunft des transeuropäischen Verkehrsnetzes fassen.

Gleichzeitig arbeitet die Kommission an Vorschlägen für die europaweite Ankerbelegung des Automarktes. Ähnlich dem Modell der deutschen Abwrackprämie suche man nach Anreizen, alte Kraftfahrzeuge zu ersetzen, hieß es in Brüssel. Bereits im Januar hatten die Wirtschaftsminister der EU-Staaten Steueranreize und Subventionen für ihre nationalen Autoindustrien diskutiert. Der Vorschlag der Kommission soll nach Angaben der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft im Wettbewerbsministerrat am 5. und 6. März und von den Staats- und Regierungschefs auf dem Frühjahrsgipfel am 19. und 20. März diskutiert werden. [sl]

- Grünbuch: www.kurzlink.de/gruenbuch-2009

Bahnverkehr

Fahrräder im ICE frühestens ab 2020

■ Fahrgäste im Intercity-Express (ICE) müssen sich voraussichtlich noch elf Jahre gedulden, bis sie Fahrräder in diesen Zug mitnehmen dürfen. Nach Angaben eines Sprechers der Deutschen Bahn (DB) wird dies erst für Züge mit der neuen Fahrzeugplattform IC-X möglich sein, die die bisherigen ICE 1 und 2 ablösen sollen. Dies werde frühestens ab 2020 erfolgen, hieß es im Februar. Alte ICE-Züge umzurüsten sei zu teuer.

Zuvor hatte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Michael Cramer erklärt, die Bahnspitze wolle ihren Widerstand gegen die Fahrradmitnahme in ICE-Zügen aufgeben. Bei einem Treffen mit Europaabgeordneten in Straßburg habe Bahnchef Hartmut Mehdorn Entsprechendes angekündigt. „Bei den neuen Hochgeschwindigkeitsprodukten werden wir ein Mehrzweckabteil mit besonde-

rer Einstiegsmöglichkeit versehen, das dann auch die Fahrradmitnahme ermöglicht“, wird Mehdorn von Cramer zitiert.

Im vergangenen Jahr hatten sich sowohl das Europäische Parlament als auch Bundestag und Bundesrat für die Mitnahme von Fahrrädern im ICE ausgesprochen. Einzig die DB sträubt sich dagegen. Auch im europäischen Vergleich steht die Deutsche Bahn laut Cramer damit alleine: Im Eurostar, im TGV und auch im neuen Thalys sei die Fahrradmitnahme möglich, die alten Thalys-Züge würden nachgerüstet. [mbu]

- ▶ www.michael-cramer.eu/verkehr/schiene
- ▶ www.bahn.de

WASSER & MEERE

Nordsee-Forschung

Start für integriertes Küstenobservatorium

■ Im Januar hat das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) den Startschuss für das integrierte Nordsee-Küstenobservatorium Cosyna (Coastal Observation System for Northern and Arctic Seas) gegeben. Cosyna soll, koordiniert vom GKSS-Forschungszentrum Geesthacht und finanziert von der Helmholtz-Gemeinschaft, aus festen und mobilen Beobachtungssystemen und mathematischen Modellen für die deutsche Nordsee ein Küstenobservatorium entwickeln. Mit den umfangreichen Daten soll die Entwicklung des Systems Nordsee infolge physikalischer, ökologischer und biogeochemischer Prozesse im Detail besser verstanden und so seine Vorhersagbarkeit präzisiert, teilweise erst ermöglicht werden. Cosyna ist der deutsche Beitrag zur künftig europa- und weltweit laufenden Überwachung der Küstenmeere. [bv]

- ▶ www.cosyna.de
- ▶ www.gkss.de

Ostseeschutz

Pilotregion der Meerespolitik

■ Die im Juni erwartete EU-Strategie zur Verbesserung der Meeresumwelt der Ostsee wird die erste integrierte Strategie einer EU-Meeresregion sein und damit als Modell für andere Meeresregionen dienen. Sie soll zu den Hauptprioritäten der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2009 gehören. Ein Hauptziel der Strategie ist die Verbesserung des Umweltstatus der Ostsee. Sie soll die neue EU-Meerespolitik umsetzen und auf dem Ostsee-Aktionsplan aufbauen, der von der Helsinki-Kommission im Herbst 2007 angenommen worden war. Auf einer Konferenz in Rostock im Februar wurde die formale Konsultationsphase mit Akteuren und Interessenvertretern zur Konzipierung der Strategie abgeschlossen. [bv]

- ▶ www.conference-rostock.de
- ▶ www.ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic

Ostseeküstenschutz

EU fördert Klimaanpassung

■ Anfang Februar wurde in der estnischen Hauptstadt Tallinn das Interreg-IV-B-Projekt BaltCICA zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Ostseeküsten gestartet. Interreg IV B ist ein EU-Strukturfondsprogramm zur besseren Zusammenarbeit der europäischen Regionen. Im Rahmen von BaltCICA (Climate Change: Impacts, Costs and Adaption in the Baltic Sea Region) sollen nicht nur die Klimafolgen abgeschätzt, sondern vor allem auch geeignete bauliche, organisatorische oder institutionelle Anpassungsmaßnahmen entwickelt und umgesetzt werden. An dem vom Geological Survey of Finland (GTK) koordinierten Projekt sind insgesamt 24 Einrichtungen aus Finnland, Deutschland, Dänemark, Schweden, Estland, Lettland, Litauen und Norwegen beteiligt. [bv]

- ▶ Küstennewsletter 1/09, S. 9: www.eucc-d.de
- ▶ www.en.gtk.fi

Ostseenaturschutz

Baltic Green Belt vernetzt Anrainer

■ Auf dem internationalen Baltic Green Belt Forum in Travemünde ist im Februar der Startschuss für das „Grüne Band Ostsee“ gefallen. Das Interreg-IV-B-Projekt Baltic Green Belt soll nun die Arbeiten von 15 Partnern und sieben assoziierten Organisationen aus allen Anrainerstaaten der südlichen und östlichen Ostsee bündeln.

Das Grüne Band Europa wurde ursprünglich durch die Weltnaturschutzunion IUCN initiiert und gilt heute als Symbol für die grenzüberschreitende Kooperation im europäischen Naturschutz. Das Band erstreckt sich entlang des gesamten ehemaligen Eisernen Vorhangs vom Eismeer bis zum Balkan. Bisher fehlte jedoch eine Bündelung der Aktivitäten entlang der Ostseeküste. Zu den zentralen Themen des Projekts Baltic Green Belt gehören Naturschutz, nachhaltiger Tourismus, sanfter Küstenschutz, ökologischer Landbau, Regionalentwicklung, integriertes Küstenzonenmanagement und der Klimawandel. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/greenbeltbalticforum
- ▶ www.gruenesbandostsee.de

Haischutz

Aktionsplan soll Erholung für Haiarten bringen

■ Anfang Februar hat die EU-Kommission einen Aktionsplan zum Schutz der Haibestände erlassen. Er umfasst Maßnahmen zur Erholung gefährdeter Haiarten und zur Erforschung der Haibestände und Haifischereien. So soll die Fischerei in typischen Laichgebieten begrenzt werden, um den Nachwuchs nicht zu gefährden. Zudem sollen Leitlinien für die nachhaltige Bewirtschaftung für die betreffenden Fischereien sowie für den enormen Beifang von Haien festgelegt werden. Vorgesehen sind selektivere Fangmethoden, um den

unerwünschten Beifang zu vermeiden, sowie ein Verbot, dennoch gefangene Haie wieder über Bord zu werfen. Der Aktionsplan gilt nicht nur für Haie, sondern für alle Knorpelfische wie auch Rochen. Die Maßnahmen gelten innerhalb des gesamten Aktionsradius der EU-Flotten, innerhalb und außerhalb der europäischen Gewässer.

Nach einer neuen Studie der Weltnaturschutzunion ist ein Drittel der in den Gemeinschaftsgewässern gefangenen Haiarten durch zu hohe Befischung gefährdet. In den europäischen Gewässern sind 40 Hai- und Rochenarten heimisch. Schon 2008 hatte die EU beschlossen, die Fangmenge für bedrohte Tiefseehaie bis 2010 schrittweise auf null zu reduzieren.

Der WWF begrüßte den EU-Aktionsplan, der nun zügig und ohne Abstriche umzusetzen sei. Die Naturschutzorganisation fordert darüber hinaus schärfere Kontrollen an Bord der Fischtrawler und eine Verpflichtung für die EU-Länder,

Haifänge und Beifänge zu melden, um die Situation der Bestände besser erfassen zu können. Der WWF hofft jetzt auch auf eine globale Haischutzinitiative der EU. Nur so sei ein dauerhafter Haischutz möglich. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search – Reference IP/09/220)
- ▶ www.wwf.de/presse (05.02.2009)

Nachhaltige Fischwirtschaft

Biosiegel für Aquakulturen

■ Der WWF will innerhalb von zwei Jahren nach dem Vorbild des Nachhaltigkeitsiegels Marine Stewardship Council (MSC) ein Aquaculture Stewardship Council (ASC) für Zuchtfische entwickeln. Das MSC-Siegel wird nur für Meeresfischereien, nicht aber für Zuchten vergeben. Das ASC-Siegel soll hohen Umwelt- und Sozialstandards genügen und von einer unab-

hängigen Organisation vergeben werden. Eine WWF-Untersuchung hatte 2008 gezeigt, dass keines der bisher bestehenden Gütesiegel für Zuchtfisch alle erforderlichen Nachhaltigkeitsstandards erfüllt.

Weltweit boomen die Fischzuchten. Mittlerweile stammt fast die Hälfte des konsumierten Fisches aus Aquakulturen. Der rasante Ausbau führt zu teils massiven Umweltproblemen wie dem Eintrag von Chemikalien oder Antibiotika ins Meer oder der Zerstörung küstennaher Lebensräume wie der Mangrovenwälder. Zudem trägt die Aquakultur zur Überfischung der Weltmeere bei, indem beispielsweise für ein Kilogramm Lachs oder Kabeljau bis zu vier Kilo wild gefangener Fisch verfüttert werden.

In zwei Jahren könnte das ASC-Siegel auf den Markt kommen. Derzeit entwickelt der WWF in „Aquakultur-Dialogen“ mit weltweit 2.000 Fischzüchtern, Umweltschützern und Regierungsvertretern gemeinsame Standards. Bereits 2010 sollen

Wir feiern, feiern Sie mit!



politische ökologie

... die Zeitschrift für Querdenker und Vordenkerinnen

22 Jahre *politische ökologie* und 20 Jahre oekom: Das macht einmalige 42 Prozent Rabatt auf alle Einzelhefte* und 7 frisch geschnürte Themenpakete! Von A wie Artenschwund bis Z wie Zeitökologie decken die Ausgaben das gesamte Spektrum der Nachhaltigkeitsdebatte ab. Und dank ihres Weitblicks sind die Themenschwerpunkte auch Jahre nach ihrem Erscheinen aktuell. – Entdecken Sie das unendliche Universum der *politischen ökologie*!

(*Alle noch verfügbaren Ausgaben bis zur pö 100)

anfordern: www.oekom.de/zeitschriften/politische-oekologie/themenpakete.html

Umwelt- und Sozialstandards für typische Zuchtfische wie Shrimps, Lachs, Pangasius oder Forelle vorliegen. Diese Regeln könnten die Grundlage für das ASC-Label bilden. Der WWF hofft mit ihm ähnlich erfolgreich zu sein wie mit dem MSC-Siegel und dadurch den Fischmarkt nachhaltig zu verändern. [bv]

- ▶ WWF, Fischereiexperte, Catherine Zucco, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 530200123, E-Mail: catherine.zucco@wwf.de

Fischprodukt-Kennzeichnung

Den richtigen Fisch wählen

■ Mit einem aktualisierten Fischratgeber will der WWF VerbraucherInnen einen ökologisch vertretbaren Fischkonsum ermöglichen. Er empfiehlt, genau auf Herkunft und Sorte zu achten, um Überfischung keinen Vorschub zu leisten. Neu an dem Einkaufsführer ist eine stärkere Differenzierung der Fanggebiete. Ohne Bedenken gekauft werden kann demnach Alaska-Seelachs aus dem Pazifik, Seelachs aus der Nordsee, Hering aus dem Nordostatlantik und der nördlichen zentralen Ostsee, Lachs aus dem Pazifik sowie Zander aus Westeuropa. Generell sollten Verbraucher beim Einkauf auf das blaue Umweltsiegel des Marine Stewardship Council (MSC) achten oder Biofisch bevorzugen.

Greenpeace hat erneut ein Supermarkt-Ranking zum Fischsortiment herausgegeben. Anhand der Warenproben wurden Einkaufspolitik, Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung der Produkte überprüft und beurteilt. Im Vergleich mit dem Ranking 2007 haben einige Unternehmen Fortschritte gemacht, wogegen andere sich laut Greenpeace nicht bewegt haben oder zurückgefallen sind. Kaufland und Norma erreichten knapp einen guten Standard, Aldi Süd, Rewe, Lidl und Metro liegen im Mittelfeld. Das Schlusslicht bilden Kaiser's-Tengelmann und Netto. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/wwffischratgeber09
- ▶ Greenpeace-Ranking (PDF, 818 kB): www.kurzlink.de/gp-supermarktfisch

Fischerei

Schlaue Netze gegen Beifang

■ Um durch innovatives Fischereigerät den Beifang zu reduzieren und die Umwelt zu schonen, lobt der WWF 45.000 Euro für den vierten internationalen Wettbewerb „Schlaue Netze“ aus. Der Beifang zählt zu den größten Bedrohungen der Meere. Allein in der Nordsee werden laut einer WWF-Studie pro Jahr rund ein Drittel des Gesamtfanges tot oder sterbend wieder über Bord geworfen. Mit den drei bereits durchgeführten Wettbewerben für „schlaue Netze“ hat der WWF schonende Fischereipraktiken bis zur Marktreife gefördert. Ein Beispiel ist ein Rundhaken, mit dem der Beifang von Meeresschildkröten in der Langleinenfischerei auf Thunfisch um bis zu 90 Prozent verringert werden kann. Vorschläge für den Wettbewerb können bis zum 30. Juni eingereicht werden. [bv]

- ▶ Teilnahmebedingungen: www.smartgear.org

Seeverkehr

Zehnjahresstrategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit

■ Die EU-Kommission hat Ende Januar eine Strategie zur Förderung eines sicheren, sauberen und effizienten Seeverkehrs zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Seefahrt bis 2018 vorgelegt. Diese Seeverkehrsstrategie ist Angelpunkt des Aktionsplans für eine integrierte Meerespolitik, der neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit „nachhaltiges Wachstum“ und Beschäftigung in den maritimen Industrien Europas zum Ziel hat. Da 80 Prozent des Welthandels auf dem Seeweg abgewickelt werden, sind der Seeverkehr und die zugehörigen Dienste für die EU als weltweit wichtigstem Exporteur und zweitgrößtem Importeur von zentraler Bedeutung. Für die nächsten zehn Jahre wird ein erheblicher Anstieg des internationalen wie auch des innereuropäischen Seeverkehrs erwartet. Damit

sind beträchtliche Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung der gesamten Transportkette verbunden. Die Kommission plant eine Konsultation von Interessenvertretern zur Umsetzung der in dem Zehnjahresplan skizzierten Aktionen.

Darüber hinaus verabschiedete die EU-Kommission einen Aktionsplan zur Errichtung eines Europäischen Seeverkehrsraums ohne Grenzen. Dieser soll den Gütertransport stärker auf das Meer verlagern, Frachtkosten senken und Arbeitsplätze fördern. Gleichzeitig sollen die Verwaltung effizienter und die Hafenkontrollen und Zollverfahren vereinfacht werden. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/zehnjahresstrategie
- ▶ www.europa.eu/rapid (Search – Reference IP/09/85, IP/09/84 und MEMO/09/16)

Wasserrahmenrichtlinie

Erste Pläne liegen aus

■ In den einzelnen Bundesländern liegen jetzt die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) aus. Bis vermutlich Ende Juni werden die Pläne in den Ländern in die öffentliche Anhörung gegeben. Nach der Auswertung der Stellungnahmen und einer Überarbeitung der Planunterlagen beginnt der erste Bewirtschaftungszeitraum von 2009 bis 2015. Zwei weitere Bewirtschaftungspläne im Sechs-Jahres-Rhythmus sollen sich anschließen. Die WRRL führt eine flächendeckende Gewässerbewirtschaftung ein, um einen guten ökologischen Gewässerzustand zu erreichen. Angesichts der ernüchternden Bestandsaufnahmen gilt es aber als unwahrscheinlich, dass die Umweltziele überall schon 2015 erreicht sind. Daher wird es wohl zu etlichen Anträgen auf Fristverlängerung kommen. In begründeten Ausnahmefällen müssen die Ziele erst im Jahr 2021 erreicht werden. [bv]

- ▶ DNR/Grüne Liga, Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 443391-44, E-Mail: michael.bender@grueneliga.de, www.wrri-info.de

DNR INTERN

DNR-Präsidiumssitzung

DNR will Europa- und Deutschlandwahl begleiten

■ Am 27. Januar hat sich in Berlin das neue Präsidium des Deutschen Naturschutzrings konstituiert. Schwerpunkte der ersten Sitzung waren die interne Struktur und die aktuelle Politik. Zu Beginn stand die Ressortverteilung auf der Tagesordnung. Die Verantwortlichkeiten für die zahlreichen Fachressorts wurden unter den Präsidiumsmitgliedern aufgeteilt. Das Präsidium fasste auf der Sitzung folgende Beschlüsse:

Gemäß dem Auftrag aus der Mitgliederversammlung im vergangenen November wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Verbänden eingerichtet. Eine Überarbeitung der Geschäftsordnung und der Satzung des DNR wurde in Auftrag gegeben. Die Überarbeitung des DNR-Internetauftritts mit einer bedienerfreundlicheren Gestaltung ist in der Konzeption.

Zu den politischen Schwerpunkten in diesem Jahr gehören die Begleitung der Bundestags- und EU-Parlamentswahlen durch den DNR und seine Mitgliedsverbände. Zur Begleitung des Bundestags-

wahlkampfs werden Regionalkonferenzen in verschiedenen Teilen des Landes zu den Themen Biodiversität und Nachhaltigkeitspolitik stattfinden. Die Aktivitäten zu den Europawahlen werden vor allem über die EU-Koordination des DNR organisiert. Geplant ist unter anderem eine Diskussionsrunde mit einem EU-Kommissar in der Reihe „Streitbar“ im Mai.

Das DNR-Verbandsforum und die Mitgliederversammlung hatten an den Dachverband appelliert, beim Bundesumweltministerium (BMU) wegen der Vergabe von Projektmitteln aus Erlösen der Versteigerung von Emissionshandlungszertifikaten anzufragen. Der DNR wird die interessierten Verbände zu einem Klärungsgespräch einladen und erklärte sich bereit, die Koordinierung für das weitere Verfahren zu übernehmen.

Der DNR wird sich intensiv für die Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt in einzelnen Bundesländern und Regionen einsetzen. Die Konzepte werden zurzeit erarbeitet. Die Federführung für die Vorbereitung und die Koordinierung der Verbände zur zehnten Vertragsstaatenkonferenz (COP 10) zur Biodiversitätskonvention (CBD) in Japan wird der DNR wieder gemeinsam mit dem Forum Umwelt & Entwicklung übernehmen.

Das Präsidium bestätigte die Weiterverfolgung der für den DNR wichtigen Themen „(schädliche) Subventionen“ und „Business and Biodiversity“. Erfreut wurde die Nachricht aufgenommen, dass das Projekt „Atomausstieg selber machen“ auch in diesem Jahr fortgesetzt werden kann.

Die Arbeit des DNR-Arbeitskreises Ehrenamt wird als sehr wichtig eingestuft und hat an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der teilnehmenden DNR-Mitgliedsverbände an der Fragebogenaktion über die ehrenamtlichen Arbeitsstunden hat sich in den letzten beiden Jahren deutlich erhöht (umwelt aktuell 02.2009, S. 31). Als mögliche Schwerpunkte des Arbeitskreises bieten sich Themen wie „Generation 50plus“ oder „Jugend und Migranten“ an. Für die Einführung der Ehrenamts-Card und für die Aktivierung der Ehrenamtskultur will man sich verstärkt einsetzen. Die Arbeitstreffen

finden künftig zweimal jährlich, an Samstagen und an bundesweit zentral gelegenen Orten statt.

Der DNR wird die Kampagne mit den Migrantenorganisationen in Deutschland fortsetzen und versuchen, diese Klientel stärker an der politischen Willensbildung für eine Nachhaltigkeitspolitik zu beteiligen. Nachdem der Bodenschutz bisher Stiefkind der europäischen Politik war, will sich der DNR in Koordination mit seinen Mitgliedsverbänden verstärkt um geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der von der EU-Kommission vorgelegten Bodenschutzrichtlinie kümmern.

Seit vielen Jahren koordiniert der DNR die Benennung der VertreterInnen von Umweltverbänden für den Umweltgutachterausschuss beim BMU, der sich in Deutschland mit der Umsetzung des EU-Umweltmanagementsystems EMAS befasst. In der anstehenden Endphase des EMAS-Revisionsprozesses wird der DNR die deutsche Verbandsposition zu EMAS III koordinieren und auf eine Verbesserung des Gesetzentwurfs in Brüssel drängen. Zur Bewertung von Grünbrücken (Straßenquerungshilfen für Wildtiere) wird der DNR in Kürze eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des zweiten Vizepräsidenten Leif Miller einrichten. [hih]

► DNR, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96,
E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Wichtige DNR-Termine 2009

Präsidiumssitzungen

- 30. März, Fulda
- 16. Juni, Berlin
- 10. September, Berlin
- 27. November, Berlin

Mitgliederversammlung

- 28. November, Berlin

Verbandsforum

- 30. März, Fulda
- 9. September, Berlin

AUS DEN VERBÄNDEN

Seminar

Energie-Landschaften

■ In Kooperation mit dem Deutschen Naturschutzring, der Ostwind-Gruppe und der Münchener-Rück-Stiftung veranstaltet das Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden in Niederbayern vom 12. bis 14. März ein Seminar zu globalen Klimaveränderungen. Die Veranstaltung mit dem Titel „Energie-Landschaften“ legt das Augenmerk dabei nicht nur auf die Folgen der Klimaerwär-

mung im ökologischen, planerischen und ökonomischen Sinn, sondern auch auf die ästhetischen und philosophischen „Energie-Landschaften“ im Kopf, die das Bild unserer Heimat in Zukunft prägen könnten. Wie werden sich Flora und Fauna verändern? Wie müssen wir unsere Siedlungen, Infrastrukturen, die Landesplanung, die Raumordnung, die Mobilität und den Wohnungsbau den kommenden Zeiten anpassen? Diese und weitere Fragen sollen im Rahmen des interdisziplinär besetzten Seminars behandelt werden. [jg]

- Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de

Schweiz

Neue „Umweltallianz“

■ Die Schweizer Umweltverbände Pro Natura (Friends of the Earth Switzerland), WWF, Greenpeace und Verkehrs-Club Schweiz verstärken ihre politische Zusammenarbeit. Aus der 1993 gegründeten Kontaktstelle Umwelt (KSU) in Bern formierte sich im Februar die „Umweltallianz“. Das neue Bündnis soll eine optimale Koordination der politischen Aktivitäten ermöglichen und gemeinsame politische Projekte beschließen. Weitere Hauptaufgabe der Umweltallianz soll die Information über das politische Geschehen in Bundespolitik und Verwaltung sein. Kooperationspartner des Bündnisses sind die Schweizerische Energiestiftung SES, die Nachhaltigkeitsorganisation Equiterre und der Schweizerische Vogelschutz SVS/BirdLife.

Ein erstes Vorhaben der Allianz ist die Verhinderung der in der Schweiz geplanten AKW-Neubauten. Hier wollen die Verbände mit dem ebenfalls neu formierten Bündnis „Nein zu neuen AKW“ kooperieren, das im Februar aus der Allianz Stopp Atom hervorging. [mb]

- Umweltallianz, Bern, Tel. +41 (0)31 / 31334-33, Fax -35, E-Mail: info@umweltallianz.ch, www.umweltallianz.ch
- www.nein-zu-neuen-akw.ch

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Artgerechte Nutztierhaltung

Pro-Tier-Förderpreis

■ Die Allianz für Tiere in der Landwirtschaft vergibt erneut den Pro-Tier-Förderpreis für artgerechte Nutztierhaltung. Ausgezeichnet werden landwirtschaftliche Betriebe, Vereinigungen und Einzelpersonen in Deutschland. Der Preis ist für 2009 nicht dotiert. Die BewerberInnen sollten mindestens in einem der folgenden Bereiche aktiv sein: Einsatz der Tiere in der Landwirtschafts- und Biotoppflege; Stärkung regionaler Ökonomien „rund ums Tier“; Integration von Behinderten durch Arbeit mit Tieren in der Landwirtschaft; Bildungsarbeit, bei der die Arbeit und der Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft eine zentrale Rolle spielen.

Die Preisverleihung ist mit einer regionalen und bundesweiten Presse- und Öffentlichkeitskampagne verbunden. Die Bewerbungsfrist endet am 1. Mai. [aka]

- Projektbüro make sense, Manuel Schneider, München, Tel. +49 (0)89 / 767589-55, Fax -56, E-Mail: info@make-sense.org, www.allianz-fuer-tiere.de

Nachhaltigkeitspreis

Jetzt in Brauerei bewerben

■ Zum achten Mal verleiht die Ökobrauerei Neumarkter Lammsbräu den Nachhaltigkeitspreis für Projekte und Engagement. Der Preis wird seit 2002 jährlich an Persönlichkeiten und engagierte BürgerInnen verliehen. Bis zum 31. Mai können sich Privatpersonen, Schulklassen und Organisationen bewerben. Die PreisträgerInnen erhalten am 16. Juli den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Preis. Die Ausschreibung kann auf der Internetseite nachgesehen werden. [sb]

- Neumarkter Lammsbräu, Neumarkt in der Oberpfalz, Tel. +49 (0)9181 / 404-0, E-Mail: info@lammsbraeu.de, www.lammsbraeu.de

Weltweiter Umweltpreis

Energy Globe sucht Vorbilder

■ Der internationale Energy Globe Award möchte wieder erfolgreiche Projekte auszeichnen, die Ressourcen schonend nutzen oder erneuerbare Formen verwenden. Es soll sich um Beispielvorhaben handeln, auch anderswo umgesetzt werden können. Die Größe spielt keine Rolle. Der vor zehn Jahren erstmals gestiftete Preis wird heute als regionaler Preis in Österreich, als nationaler Preis in rund 100 Ländern sowie als internationaler Preis in den Kategorien Erde, Feuer, Wasser, Luft und Jugend vergeben. Der 1. Preis jeder Kategorie beim internationalen Award ist mit 10.000 Euro dotiert. Projektunterlagen können bis zum 15. Juni eingereicht werden. [mb]

- Energy Globe, Carina Putz, Traunkirchen, Tel. +43 (0)7617 / 2090-83, Fax -90, E-Mail: contact@energyglobe.info, www.energyglobe.info

Negativpreis

Quittung für Klimakillerplan

■ Die Schweizer Organisationen Erklärung von Bern und Greenpeace haben im Januar bei einer „Anti-Gala“ zum Weltwirtschaftsforum in Davos den Public Eye Swiss Award an die Berner Kraftwerke (BKW) vergeben. BKW plant ein Kohlekraftwerk im deutschen Emsland, das mehr CO₂ emittieren würde als zehn Prozent der Schweizer Bevölkerung.

Die deutsche Klima-Allianz und die Bürgerinitiative Saubere Energie Dörpen, die sich gegen das Projekt wehren, begrüßten die Verleihung. „BKW setzt seine klimaschädlichen Planungen ohne Rücksicht auf den breiten und nachhaltigen Protest der Menschen fort“, sagte Inge Stemmer, Sprecherin der Initiative. „Wir fordern unsere Politiker auf, nun die Zusammenarbeit mit dieser Firma einzustellen.“ [mb]

- Public Eye Award 2009: www.publiceye.ch
- BI Dörpen, Inge Stemmer, Tel. +49 (0)49 / 68-1427, www.saubere-energie-doerpen.de
- www.die-klima-allianz.de

REZENSIONEN

CO₂-Kosmetik und Klima-Selbstbetrug

Klimaskeptiker, Effizienzprediger, Lobbyisten für alternative Antriebe: Alle stellen entweder die falschen Fragen oder geben die falschen Antworten. Ohne den Abschied vom Wachstumsdogma und ein Stück echten Konsumverzicht ist Klimaschutz nur Symptombekämpfung.



■ Die Publikationen zum Thema Klimawandel sind nicht mehr zu übersehen. Ökonomen würden den Markt wohl als gesättigt bezeichnen. Da sind zum einen die Verbreiter un-

bequemer Wahrheiten. Sie sprechen gerne von Herausforderungen und legen zum Abschluss einen nicht allzu unbequemen Maßnahmenkatalog auf. Andere wiederum titeln optimistischer, plädieren lediglich für einen kühlen Kopf oder verlangen nach Innovation statt Depression. Eine kleine Gruppe – nennen wir sie die Unverbesserlichen – macht es sich am leichtesten und spricht wider jegliche Vernunft vom Klimaschwindel.

Nun hat auch der Züricher Rotpunktverlag ein Buch zum Thema vorgelegt, verfasst vom Wissenschaftsjournalisten Marcel Hänggi. Der studierte Historiker nimmt kein Blatt vor den Mund: Klimaskeptiker, Effizienzjünger, Befürworter alternativer Energien und Antriebe, ja selbst der gute Al Gore – sie alle sind letztlich doch nur „Schwätzer im Treibhaus“. Die einen stellten die falschen Fragen, die anderen gäben die falschen Antworten. Scharf ins Gericht geht der Autor mit dem Dogma der Effizienz, der er schlichtweg ihr klimaschützendes Potenzial abspricht – allen Ökonomen und Umweltschützern zum Trotz. Warum? Wegen des Rebound-Effekts: „Ein Verkehrsmittel, das Distanzen schneller bewältigen lässt, aber gleichzeitig dazu beiträgt, dass die Wege länger werden“, frisst zumindest einen Teil des technischen Einsparpotenzials wieder auf.

Doch was fordert Hänggi? „Wir brauchen, was schlecht in unsere Zeit passt: eine Kultur, eine Politik, eine Wirtschaft des

Weniger.“ Und weiter: „Wir benehmen uns wie Übergewichtige, die zu viel Fettessen und nun, einsichtig, dass es so nicht weitergehen kann, statt weniger Fett zu jeder Mahlzeit zusätzlich noch einen Magerjoghurt essen.“ Zusammengefasst verlangt er einen Bruch mit dem Wachstumsdogma, die Rationierung fossiler Energieträger und – für viele wohl besonders schmerzhaft: Konsumverzicht. „Es gibt ein menschenwürdiges Leben ohne Flugreisen und Wäschetrockner. Und niemand braucht Hundert-und-mehr-PS-Fahrzeuge zum Glückseligkeit.“ Wohl wahr, wenn auch für den Einzelnen schwer einzusehen und für Politik und Wirtschaft unserer Tage wenig attraktiv.

Doch die Analysen sind messerscharf und überzeugend. Viele hoch gehandelte Konzepte werden entlarvt als das, was sie sind: Kosmetik und Selbstbetrug. Kosmetik im Falle der Forderung nach alternativen Antrieben, ohne unser Verkehrssystem grundlegend infrage zu stellen, Selbstbetrug im Falle „CO₂-neutraler“ Flüge, die man sich gegen Aufpreis leistet, ein gutes Gewissen inklusive!

In seinem Fazit hat indes auch der Autor keine fertigen Antworten und Rezepte, „aber einige Punkte, die beachtet werden müssten, sollte unsere Klimapolitik intelligenter werden“. Ein ehrlicher Abschluss einer beeindruckenden und breit angelegten Zusammenstellung der Lage unseres Planeten. Ein Appell an die Kultur- und Sozialwissenschaften, das Feld nicht allein den Natur- und Wirtschaftswissenschaftlern zu überlassen. Schließlich braucht die Welt nichts weniger als eine neue Gesellschaftsordnung.

[Christoph Hirsch]

► Hänggi, M.: Wir Schwätzer im Treibhaus. Warum die Klimapolitik versagt. Rotpunktverlag, Zürich 2008, 285 S., 21,50 Euro, ISBN 978-3-85869-380-8

Gene, Gifte, Selbstmorde

Der Name Monsanto steht wie kaum ein zweiter für den Raub der Lebensgrundlagen durch Weltkonzerne. Recherchen einer mutigen Journalistin decken erschütternde Details auf.



■ „Sie müssen unbedingt eine Reportage über Monsanto machen. Wir müssen alle erfahren, was dieser multinationale Konzern wirklich will, der gerade dabei ist, das Saatgut und damit die Welternährung

in den Griff zu bekommen...“ Mit diesen Worten des Sprechers eines indischen Bauernverbands lässt Marie-Monique Robin ihr Buch „Mit Gift und Genen“ beginnen.

Monsanto! Der Name steht für vieles, es ist zumeist nichts Gutes: Gentechnisch verändertes Saatgut, (krebserregende) Herbizide oder die Milchproduktion fördernde Wachstumshormone für Rinder, welche die Euter vereitern lassen. Zum immateriellen Portfolio des Konzerns gehören die höchst zweifelhafte Aneignung von Gemeingütern – beschönigend als Patentierung bezeichnet –, knallharte Lobbyarbeit sowie Einschüchterung bis hin zu Entlassungen.

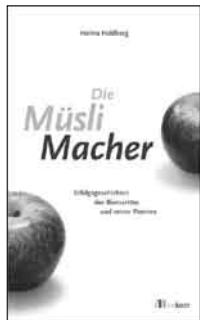
Immer häufiger stehen die armen Länder des Südens im Fokus des US-amerikanischen Multis. Wie es der Konzern schafft, indische Baumwollbauern in den Selbstmord zu treiben, ist in der Tat eine perfide „Meisterleistung“. Die Teufelsspirale beginnt mit Verkauf und Einsatz „heilbringender“ Pestizide. Schnell werden die Schädlinge resistent, wofür Monsanto ebenso schnell einen Masterplan bereithält: Gentechnisch veränderte Baumwolle, resistent gegen den einen, nicht jedoch gegen den nächsten, neuen Schädling, was wiederum – man ahnt es bereits – Gegenmaßnahmen erforderlich macht, die man sich teuer bezahlen lässt. Dass die „Wunder-Baumwolle“ darüber hinaus Fasern minderer Qualität hervorbringt und damit

geringere Erträge, schließt den Kreis und erklärt die 1920 Selbstmorde in fünf Jahren – so die nüchterne Statistik.

Es waren diese indischen Verhältnisse, die Robin im Jahr 2004 bewogen haben zu recherchieren – zuerst im Internet, dann verstärkt vor Ort, an den Brennpunkten des Geschehens. Die Journalistin reiste zu Verantwortlichen, Wissenschaftlern und Betroffenen. Entstanden ist ein gleichsam spannendes wie erschütterndes Buch, angesiedelt zwischen Wirtschaftsgeschichte und Enthüllungsbericht. Robin hat sich bislang als Filmemacherin hervorgetan und dafür so manchen Preis gewonnen. Dieses Mal hat sie zum Film noch ein Buch vorgelegt – sie werden sicherlich beide für Gesprächsstoff sorgen! **[Christoph Hirsch]**

► Robin, M.-M.: Mit Gift und Genen. Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert. DVA, München 2009, 463 S., 19,95 €, ISBN 978-3-421-04392-4. Film: www.arte.de/monsanto

Historie der Bioläden



■ In den vergangenen Jahren erlebte die Biobranche einen Boom. Das Wachstum ging allerdings auf Kosten zahlreicher kleiner Naturkostläden der ersten Stunde, die von Biosupermärkten verdrängt wurden.

Über die Entwicklung des Biomarktes zum wirtschaftlichen Erfolg nach einer teilweise ausbeuterischen Anfangszeit hat die Journalistin Helma Heldberg nun ein Buch geschrieben. Als Kind sammelte sie die ersten Eindrücke im „Tante-Emma-Laden“ ihrer Eltern.

In ihrer Historie der Bioläden blickt die Autorin zurück auf die Ursprünge, die sie in der Lebensreformbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts sieht. Unter dem Leitsatz „Zurück zur Natur“ gründeten Aussteiger auf dem Monte Verità in der Schweiz eine Siedlung, in der sie ihre alternative Lebensweise verwirklichen wollten. In Deutsch-

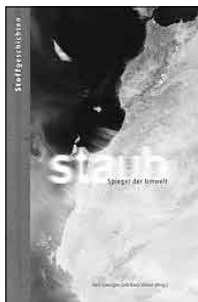
land schlossen sich Gleichgesinnte zur Wandervogelbewegung zusammen – „so etwas wie die Hippies der Zwanzigerjahre“, schreibt Heldberg.

Deren Ideen vom gesünderen Leben und Essen blühten in den 1970er-Jahren wieder auf. So entstand in Hamburg-Altona der erste Naturkostladen. Knapp 30 Jahre später eröffneten Biosupermärkte. In lebendigen Porträts schildert die Autorin, wie sich das Image der Biopioniere, die zu Anfang als „Müslis“ belächelt oder gar als Dogmatiker verspottet wurden, wandelte. Heutzutage setzt die Biobranche mehrere Milliarden Euro pro Jahr um. Von brotlosen Idealisten kann also keine Rede mehr sein.

Heldberg hat gründlich recherchiert und ihre Texte mit historischen und aktuellen Fotos anschaulich gemacht. Wer noch nicht wusste, dass die Waren in den ersten Naturkostläden noch nicht biologisch angebaut, sondern „möglichst naturbelassen oder vollwertig verarbeitet“ sein mussten, für den ist „Die Müsli-Macher“ eine interessante Lektüre. Auch den Utopisten, die von einem anderen Leben träumen, können die Biografien der völlig unterschiedlichen Bauern, Händler, Bäcker oder Metzger Mut machen. **[Marion Busch]**

► Heldberg, H.: Die Müsli-Macher, oekom, München 2008, 205 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-127-1

Kleine Flusen ganz groß



■ Er ist unser täglicher Wegbegleiter und doch wollen wir ihn immer loswerden. „Staub – Spiegel der Umwelt“ heißt das Buch der Reihe Stoffgeschichten aus dem oekom

verlag. Intensiv und abwechslungsreich beschäftigt es sich mit den verschiedensten Arten von Partikeln. Zuerst werden wir in die Kulturgeschichte des Staubes eingeführt. Wie reagierten Menschen auf Staub, welche Rolle spielte er in den Kulturen?

Die Griechen etwa verschrieben bei Krankheiten verschiedene Stäube, die man einnehmen oder auf den Körper aufstreuen sollte. Es folgen Essays über die naturwissenschaftlichen Aspekte des Staubs und Experimente zum Nachahmen. In jedem Kapitel gibt es Fotos und Zeichnungen.

Staub ist nicht nur ein negativer Umweltfaktor. Er kann „Geschichten erzählen über den Zustand unserer Umwelt, über ökologische Zusammenhänge, über kosmische Ereignisse und über die Welten der Vergangenheit“, schreiben die Autoren. In der Kriminaltechnik beispielsweise gilt jede Berührung als eine Übertragung von mikroskopischen kleinen Partikeln. Das können Haar- und Faserfragmente oder auch Lacksplitter sein, die zur Aufklärung von Straftaten dienen. Die Analyse kann bei allein 1.500 verschiedenen Faserarten aber schon einmal Jahre dauern.

Im Buch werden auch vier verschiedene Putztypen vorgestellt. So der Chaot, der sein Chaos unbewusst zu erhalten versucht, indem er in mehreren Räumen gleichzeitig putzt, aber trotzdem beim Putzen vorankommt. Jedoch ist ein Ende bei diesem Typus nicht in Sicht, denn beim Ordnen richtet er neues Chaos an. Das Gegenteil wäre der Systematiker. Er macht sich vor dem Putzen einen genauen Plan und putzt meistens, bevor überhaupt Staub aufkommt. Der Schaukler scheint dem Systematiker ähnlich, doch wenn er erst einmal anfängt und dann woanders Dreck sieht, macht er dort weiter. Der Wütende schließlich putzt immer dann, wenn er Wutanfälle hat, und nimmt Putzmittel, die gerade zur Hand sind. Er putzt sehr gründlich, aber nur an einzelnen Stellen, und am Ende gibt er vor Erschöpfung auf.

Wer schon immer wissen wollte, ob putzen glücklich macht, oder sich über die aktuelle Staubbeforschung informieren will, ist mit diesem Fachbuch sehr gut beraten. In der Reihe Stoffgeschichten sind außerdem Bücher über Kaffee, Holz und Aluminium erschienen, weitere sollen folgen.

[Sally Busse]

► Soentgen, J.; Völzke, K.: Staub. Spiegel der Umwelt, oekom, München 2006, 272 S., 29,80 €, ISBN 3-936581-60-6

Leichtmetall mit gewichtiger Geschichte

Ob als Jeansknopf, Joghurtdeckel oder als Flugzeug: Ohne Aluminium ist die moderne Welt nicht vorstellbar. Seit das Leichtmetall großtechnisch hergestellt werden kann, revolutioniert es Technik und Industrie. Doch die »neue Leichtigkeit« hat ihren Preis: Der Produktionsprozess verschlingt Unmengen an Energie. Das Buch erzählt die Erfolgsgeschichte des Werkstoffs – samt seiner Kehrseiten.

L. Marschall

Aluminium

Metall der Moderne
Reihe Stoffgeschichten Band 4
301 Seiten, mit vielen Fotos und
Abbildungen, 24,90 EUR
ISBN 978-3-86581-090-8



Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@de.rhenus.com
Fax +49/(0)81 91/97 000-405



LobbyPlanet Berlin



■ Einen Reiseführer der besonderen Art hat der Verein LobbyControl herausgegeben. »LobbyPlanet Berlin« gewährt Einblick in den Lobbydschungel der Hauptstadt. Laut Schätzungen richten hier 5.000 Interessenvertreter ihre Anliegen an Ministerien, Parteien und Abgeordnete. Das Buch stellt 55 Lobbyorganisationen im Regierungsviertel vor. Es ist kein umfassendes Nachschlagewerk, aber ein guter Überblick über das Spektrum der Akteure, Themen und Orte des Lobbyismus.

Die Autoren lehnen Lobbying nicht grundsätzlich ab. Es sei ein legitimer Bestandteil von Demokratie, dass Interessengruppen ihren Anliegen Gehör verschaffen und »Wünsche und Bedenken in die politische Entscheidungsfindung einbringen«. So versuche Greenpeace, deren Berliner Geschäftsstelle stellvertretend für Umweltverbände vorgestellt wird, Umweltthemen in die Politik zu tragen. Doch bringe der Lobbyismus in seiner heutigen Ausprägung »die Demokratie in Bedrängnis«. Mit unethischen Praktiken wie Greenwashing oder Astroturf, der Nebenanstellung von Abgeordneten oder dem »Drehtürprinzip« verschafften sich Firmen und ihre Verbände übermäßigen Einfluss zulasten des Gemeinwohls. Diese Praktiken sind anschaulich erklärt und mit Beispielen belegt.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Wirtschaftslobbyisten sind deren personelle und finanzielle Ressourcen. LobbyControl fordert daher ein öffentliches Lobbyistenregister, das neben Budget und Geldquellen auch die Namen von Lobbyisten beim Bundestag enthält.

[Florian Noto]

► LobbyControl e.V. (Hrsg.): LobbyPlanet Berlin. Der Reiseführer durch den Lobbydschungel. Selbstverlag, Köln 2008, 168 S., 7,50 €. Bezug: www.lobbycontrol.de

So geht es weiter, wenn nichts mehr geht



■ Der Züricher Autor P.M. hat seine bisherigen Visionen, die er in Büchern wie »Subcoma – Nachhaltig vorsorgen für das Leben nach der Wirtschaft« beschrieben hat, zu einem konkreten

Entwurf verdichtet. In »Neustart Schweiz« geht es um ein Gesellschaftsmodell mit Nachbarschaften, Basisgemeinden und Regionen, selbstverwaltet und -versorgt. Der Lebensstandard wird so weit heruntergefahren, dass die Schweiz welt- und umweltverträglich wird. Wirtschaft und Gesellschaft schließen einen lokalen New Deal ab und weltweit könnten sich die SchweizerInnen in einer Neuen Globalen Allmende organisieren, so der nur unter seinem Pseudonym bekannte P.M.

Der Autor weiß, wovon er spricht. Er beschäftigt sich in seinen Büchern nicht nur theoretisch mit Utopien – auch wenn er das Wort vermeidet –, sondern erlebt auch im Alltag die Herausforderungen, die sich zeigen, wenn man eine solche realisiert. P.M. zeigt in praktischen Schritten, wie man sich zumindest auf den Weg zu einem Umbau machen kann. Der Zeitpunkt ist günstig. Und nicht zuletzt stehen heute Bürgerbewegungen noch nie da gewesene Werkzeuge zur Vernetzung zur Verfügung.

Dass der Prophet im eigenen Land nichts gilt, ist ja keine neue Erkenntnis – die seit letztem Sommer frei zugänglichen Texte werden jedenfalls praktisch totgeschwiegen. Oder wurden sie einfach noch nicht entdeckt? Die Fragezeichen zur aktuellen Wirtschaftsform und -lage sind jedenfalls Anlass genug, sich die Vorschläge genauer anzusehen. Nicht nur in der Schweiz.

[Reto Stauss]

► P.M.: Neustart Schweiz. So geht es weiter. Edition Zeitpunkt, Solothurn 2008, 96 S., 13,- €, ISBN 978-3-033-01779-5. www.neustartschweiz.ch

INTERNET

Klimazeitreise

■ Virtuelle Klima-zeitreisen kann man auf den Themenseiten der NASA unternehmen. So lassen sich die Eisschmelze am Pol, der Anstieg der CO₂-Emissionen oder der globale Temperaturdurchschnitt über die letzten Jahre verfolgen. Auch ein Anstieg des Meeresspiegels zwischen null und sechs Metern lässt sich für die USA, das Amazonasdelta, Nordeuropa und Südostasien simulieren. Hintergrundinformationen unter anderem auf Grundlage der IPCC-Berichte sind auf Englisch aufbereitet. [jg]

► <http://climate.jpl.nasa.gov> (Climate time machine)

Unverkrampte Konsumkritik

■ Nur 20 Minuten braucht US-Umweltaktivistin Annie Leonard, um unseren Konsumkreislauf und dessen Folgen zu erklären. Fünf Millionen Mal wurde ihr englischsprachiges Internetvideo schon angeklickt. „The Story of Stuff“ ist so erfolgreich, dass es inzwischen Untertitel in mehreren Sprachen – auch Deutsch – gibt. Sowohl ökologische als auch soziale Fragen werden aufgeworfen – visuell schön aufbereitet und unkompliziert dargestellt. [jg]

► www.storyofstuff.com/international

Abgeordnete für Tierschutz

■ Die Intergruppe für Tierschutz im Europaparlament hat jetzt eine eigene Webseite. Die Abgeordneten können hier die Entwicklungen im EU-Tierschutz verfolgen, Presseinformationen, Hintergrundanalysen und Kurzberichte zu Treffen der Intergruppe lesen sowie ihre Meinung in eigenen Pressemitteilungen und Blogs darlegen. Interessierte bekommen dadurch einen Einblick in die laufende europäische Tierschutzpolitik. Die Intergruppe für Tierschutz ist eine der ältesten interfraktionellen Gruppen im EU-Parlament. [aka]

► www.animalwelfareintergroup.eu

Öko-Wiki auf Deutsch

■ Wikia Green, das Online-Lexikon „für ein ökologisch bewusstes Leben“, wurde im Jahr 2008 gestartet. Seit Kurzem gibt es auch eine deutschsprachige Seite, die nach dem bewährten Wikipedia-Prinzip funktioniert. Eines der Hauptziele von Wikia Green ist die Bündelung einfacher, wirkungsvoller Tipps zum eigenen umweltbewussten Verhalten, etwa zu CO₂-sparenden Autos und einer ressourcenschonenden Fahrweise. Verlinkt werden auch „Klimarechner“, mit denen sich der individuelle CO₂-Verbrauch ausrechnen lässt. Eine umfangreiche Servicewebsite ist bereits zu Wikia Green Germany umgezogen. Unter dem Eintrag „Umweltnfo“ findet man ein umfangreiches Verzeichnis von Newsdiensten für 20 Themengebiete von Agrarpolitik bis Wasser. Ein ehrenamtliches Projekt hat dazu etwa 50 Mailinglisten zusammengetragen, die weitgehend unabhängig und kostenlos sind. Hinzu kommt ein Verzeichnis der Umweltsendungen in Radio und Fernsehen. [aka]

► www.de.green.wikia.com

Tierschutzkids

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat sein Internetangebot um eine Webseite erweitert. Das Angebot richtet sich an Kinder, die sich über verschiedene Tiere und aktuelle Tierschutzfragen informieren und austauschen möchten. Neben dem Lesen von kindgerechten Erklärungen über artgerechte Haltung oder die Bedeutung der Zahlen auf Hühnereiern können die jungen NutzerInnen auch selbst aktiv werden. So gibt es einen Unterpunkt für eigene Fotos und einen für Berichte aus der Tierschutzarbeit. Auch einzelne Haustierarten können angeklickt werden. Texte erklären dann zum Beispiel den Futterplan der Ratte oder woher Wellensittiche stammen. Für Interessierte gibt es Adressen von Gruppen, wo sie mitarbeiten können. In den Mitgliedsvereinen des Deutschen Tierschutzbundes sind bundesweit mehr als 130 Kinder- und Jugendgruppen aktiv. [jg]

► www.tierschutzkids.de

Impressum

umwelt aktuell März 2009
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de. **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortw.), Markus Steigenberger [ms] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Florian Noto [fn], Bjela Vossen [bv], Maika Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Anna-Katharina Alboldt [aka], Sally Busse [sb]

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Titelfoto:** DLR **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik, Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -103, E-Mail: oekom@de.rhenus.de **Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418425, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger des Asanger Verlages bei.



NEU ERSCHEINEN

- ▶ Berthold, P.; Mohr, G.: **Vögel füttern – aber richtig.** Kosmos, 96 S., 7,95 €, ISBN 978-3-440-11644-9
- ▶ Bitkom (Hrsg.): **Energieeffizienz im Rechenzentrum. Ein Leitfadens zur Planung, zur Modernisierung und zum Betrieb.** Selbstverlag, Berlin 2008, 46 S., kostenlos. Download: www.bitkom.org/de/publikationen/38337_53432.aspx
- ▶ Buitenkamp, M.: **EEB's Vision for European Agriculture 2008–2020.** European Environmental Bureau, Brüssel 2008, 24 S., kostenlos. Download (890 kB): www.tinyurl.com/eeb-vision-agri-08
- ▶ Braun, R.; Brickwedde, F. Held, T. u. a. (Hrsg.): **Kriege um Ressourcen. Herausforderungen für das 21. Jahrhundert.** oekom, München 2008, 304 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-093-9
- ▶ Dierßen, K.; Dierßen, B.: **Moore.** Ulmer, Stuttgart 2008, 230 S., 19,90 €, ISBN 978-3-8001-5643-6
- ▶ Eichlseder, H.; Klell, M.: **Wasserstoff in der Fahrzeugtechnik. Erzeugung, Speicherung, Anwendung.** Vieweg+Teubner, Wiesbaden 2008, 284 S., 24,90 €, ISBN 978-3-8348-0478-5
- ▶ Ekardt, F. u. a.: **Naturschutzrecht & Gentechnikrecht. Eine Darstellung und Analyse für die Praxis.** NABU, Berlin 2009, 196 S., 2,50 €. Bezug: www.nabu.de/shop. Download: www.nabu.de/themen/gentechnik/studien/10305.html
- ▶ Friedel, R.; Spindler, E. A. (Hrsg.): **Nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume. Chancenverbesserung durch Innovation und Traditionspflege.** VS, Wiesbaden 2009, 503 S., 49,90 €, ISBN 978-3-531-16542-4
- ▶ Giegold, S.; Embshoff, D. (Hrsg.): **Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus.** VSA, Hamburg 2008, 240 S., 14,80 €, ISBN 978-3-89965-227-7
- ▶ Glöckner, A.: **Kommunale Infrastrukturverantwortung und Konzessionsmodelle. Ein Beitrag zum Recht der Gewährleistungsverwaltung und öffentlich-privater Partnerschaften unter besonderer Berücksichtigung der Wasserver-**
- sorgung.** C.H. Beck, München 2008, 198 S., 34,– €, ISBN 978-3-406-58220-2
- ▶ Heinsohn, G.; Steiger, O.: **Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft.** Metropolis, Marburg 2008, 540 S., 29,80 €, ISBN 978-3-89518-721-6
- ▶ Jakob, C.; Schorb, F.: **Soziale Säuberung. Wie New Orleans nach der Flut seine Unterschicht vertrieb.** Unrast, Münster 2008, 228 S., 13,80 €, ISBN 978-3-89771-484-7
- ▶ Junker, B.; Buchecker, M.: **Sozialverträgliche Flussrevitalisierungen. Ein Leitfaden.** Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, Birmensdorf 2008, 58 S., 16,– €, ISBN 978-3-905621-44-0. Bezug: E-Mail: eshop@wsl.ch
- ▶ Kastner, J.; Spörr, B. (Hrsg.): **„nicht alles tun“. Ziviler und Sozialer Ungehorsam an den Schnittstellen von Kunst, radikaler Politik und Technologie.** Unrast, Münster 2008, 195 S., 16,– €, ISBN 978-3-89771-481-6
- ▶ Kempfert, C.: **Die andere Klima-Zukunft. Innovation statt Depression.** Murmann, Hamburg 2008, 264 S., 19,90 €, ISBN 978-3-86774-047-0
- ▶ Mania, H.: **Die weißen Sümpfe von Wittmar. Eine kurze Geschichte des Atom Müllendlagers Asse II.** Heinz Heise, Hannover 2009, 24 S., kostenlos. Download: www.kurzlink.de/asse
- ▶ Marschall, L.: **Aluminium. Metall der Moderne.** oekom, München 2008, 304 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-090-8
- ▶ Mertz, P.: **Alpenpflanzen in ihren Lebensräumen. Ein Bestimmungsbuch.** Haupt, Bern 2008, 472 S., 29,90 €, ISBN 978-3-258-07195-4
- ▶ Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): **OECD-Umweltausblick bis 2030.** OECD, Paris 2008, 520 S., 90,– €, ISBN 978-92-64-04331-2
- ▶ Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.): **Nuclear Energy Outlook 2008.** OECD, Paris 2008, 460 S., 105,– €, ISBN 978-92-64-05410-3
- ▶ Raasch, J.: **Die Harmonisierung der Verfah-**
- rensstandards im europäischen Abfallrecht insbesondere anhand von „Best Available Technologies“ und „BREF-Dokumenten“.** Erich Schmidt, Berlin 2008, 358 S., 89,80 €, ISBN 978-3-503-11085-8
- ▶ Raggam, A.; Faißner, K.: **Zukunft ohne Öl. Lösungen für Verkehr, Wärme und Strom.** Stocker, Graz 2008, 136 S., 19,90 €, ISBN 978-3-7020-1201-4
- ▶ Ryser, J.; Beutler, R.: **Fließende Wasser. Flusslandschaften der Alpen und Mitteleuropas.** Haupt, Bern 2008, 192 S., 34,90 €, ISBN 978-3-258-07379-8
- ▶ Sauberer, N.; Moser, D.; Grabherr, G.: **Biodiversität in Österreich. Räumliche Muster und Indikatoren der Arten- und Lebensraumvielfalt.** Haupt, Bern 2008, 313 S., 23,– €, ISBN 978-3-258-07359-0
- ▶ Steiner, R.: **Spuren des Biolandbaus. Wie verschiedene Anbaumethoden in der Landschaft sichtbar werden.** oekom, München 2008, 140 S., 39,90 €, ISBN 978-3-86581-107-3
- ▶ Umweltbundesamt (Hrsg.): **Umweltschädliche Subventionen in Deutschland.** Dessau-Roßlau, November 2008. Download (PDF, 1,5 MB): www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3659.pdf
- ▶ Werner-Lobo, K.: **Uns gehört die Welt! Macht und Machenschaften der Multis.** Carl Hanser, München 2008, 256 S., 14,90 €, ISBN 978-3-446-23100-9. www.unsdiewelt.com
- ▶ Wollny-Goerke, K.; Eskildsen, K. (Hrsg.): **Marine mammals and seabirds in front of offshore wind energy. MINOS – Marine warm-blooded animals in North and Baltic Seas.** Vieweg+Teubner, Wiesbaden 2008, 171 S., 44,90 €, ISBN 978-3-8351-0235-4
- ▶ Zündorf, L.: **Das Weltsystem des Erdöls. Entstehungszusammenhang, Funktionsweise, Wandlungstendenzen.** VS, Wiesbaden 2008, 320 S., 24,90 €, ISBN 978-3-531-16085-6
- ▶ Zryd, A.: **Eine kleine Geschichte der Gletscher. Die Alpengletscher im Klimawandel.** Haupt, Bern 2008, 150 S., 12,90 €, ISBN 978-3-258-07388-0

TERMINE

MÄRZ

05.03., Bern (CH)

**Aktiver Klimaschutz:
Mehr Nutzen als
Kosten – oder
umgekehrt?**

▶ WWF Climate

Group, Andrea Roth, Tel. +41 (0)44 / 2972251,
E-Mail: climate@wwf.ch, www.wwf.ch/klimatagung

05.–07.03., Århus (DK)

**Beyond Kyoto: Addressing the Challenges of
Climate Change.** Konferenz

▶ Conference Secretariat, Tel. +45 (0)8629 / 69-60,
Fax -80, E-Mail: bk@kongreskompagniet.dk,
www.klima.au.dk/dk/forside/
konferencebeyondkyotoconferen

06.03., Kronberg/Taunus bei Frankfurt/M. (D)

Werden gute Lebensmittel knapp? Symposium

▶ IG FÜR, Fax +49 (0)69 / 750688-23, E-Mail:
symposium@ig-fuer.de, www.ig-fuer.de

07.03., Landshut (D)

**Atomkraft am Ende? Perspektiven der aktuellen
Atom- und Energiedebatte.** Tagung

▶ Petra-Kelly-Stiftung, München, Tel. +49 (0)89 /
242267-42, Fax -47, E-Mail: gtiedemann@petra-
kelly-stiftung.de, www.petra-kelly-stiftung.de

09.–10.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Wiederansiedlung von Tier- und Pflanzenarten

▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, Fax -95,
E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.de

09.–11.03., Tutzing/Starnberger See (D)

Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit. Tagung

▶ Evangelische Akademie Tutzing, Susanna
Satzger, Tel. +49 (0)8158 / 251128, Fax 996428,
E-Mail: satzger@ev-akademie-tutzing.de,
www.ev-akademie-tutzing.de (Programm –
Chronologisch)

07.03., Potsdam (D)

Neue Perspektiven für den Gewässerschutz. Tagung

▶ NABU, Tel. +49 (0)331 / 20155-70, E-Mail: info@
nabu-brandenburg.de, www.brandenburg.nabu.de/
naturerleben/termine/10578.html

12.–13.03., Dresden (D)

2. MeetBike-Konferenz. Integrierte Nahmobilität

▶ SRL, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2787468-0, Fax -13,

E-Mail: info@srl.de,

www.nationaler-radverkehrsplan.de (Termine)

12.–14.03., Wiesenfelden/Niederbayern (D)

Energie-Landschaften. Seminar

▶ Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden mit DNR,
Ostwind-Gruppe und Münchener Rück Stiftung
(siehe S. 29), Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059,
E-Mail: umweltzentrum@schloss-wiesenfelden.de

12.–15.03., Münster (D)

**Umweltgerechtes und gesundes Bauen und
Wohnen. Feuchtigkeit und Schimmelbildung in
Gebäuden.** Kongress

▶ bfub, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 34-3400, Fax
-78714, E-Mail: geschaeftsstelle.bfub@t-online.de,
www.umweltberatung.org

13.03., Dortmund (D)

**Aktuelle Herausforderungen im Berufsfeld
Naturschutz und Landschaftsplanung in NRW**

▶ Bundesverband Beruflicher Naturschutz, Bonn,
Tel. +49 (0)228 / 8491-232, Fax -200,
E-Mail: beckera@bfn.de, www.bbn-online.de

14.03., Berlin (D)

Finanzkapital. Spekulation, Krise, Alternativen.
Jubiläumstagung

▶ Ethecon, Axel Köhler-Schnura, Tel. +49 (0)30 /
6316251, E-Mail: info@ethecon.org, www.ethecon.org

16.–17.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Ökosystemare Leistungen im Naturschutz

▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, Fax -95,
E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.de

17.–18.03., Schwäbisch Gmünd (D)

Gentechnik aus ökologischer und ethischer Sicht.
Tagung

▶ Demeter, Stuttgart, Tel. +49 (0)711 / 90254-0,
Fax -54, E-Mail: info@demeter-bw.de,
www.demeter-bw.de

19.–20.03., Schwedt/Oder (D)

Acker- und Wiesenbrüterschutz.

Überlebenschance für bedrohte Arten

▶ Brandenburgische Akademie, Tel. +49 (0)3332 /
8388-40, Fax -48, E-Mail: info@brandenburgische-
akademie.de, www.brandenburgische-akademie.de

19.–21.03., Zeulenroda/Thüringen(D)

**2. Arena für Nachhaltigkeit. Zukunfts-Konferenz
für Mittelstand und Familienunternehmen**

▶ Bio-Seehotel Zeulenroda, Tel. +49 (0)36628 /
98-0, Fax -100, E-Mail: info@seehotel-zeulenroda.de,
www.nachhaltigkeitsarena.de

20.–22.03., Dresden (D)

**17. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress
(BUVKO). Kurze Wege zu einem besseren Klima**

▶ mobilogisch, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 4927-473,
Fax -972, E-Mail: info@buvko.de, www.buvko.de

25.–26.03., Dresden (D)

**Endokrin aktive Substanzen in Abwasser,
Klärschlamm und Abfällen.** Symposium

▶ TU Dresden, Institut für Abfallwirtschaft, Gisela
Schneider, Tel. +49 (0)35 / 015300-38, Fax -17,
E-Mail: forum@mail.zih.tu-dresden.de,
www.tu-dresden.de/fghhiaa

30.–31.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Projektmanagement im Umweltbereich

▶ NNA, Tel. +49 (0)5198 / 9890-70, Fax -95,
E-Mail: nna@nna.niedersachsen.de, www.nna.de

31.03.–01.04., Tutzing/Starnberger See (D)

Politische Bildung reloaded

▶ Evangelische Akademie Tutzing,
Tel. +49 (0)8158 / 251146, Fax 996443,
E-Mail: programme@ev-akademie-tutzing.de,
www.ev-akademie-tutzing.de/programm

31.03.–01.04., Frankfurt am Main (D)

Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit. Kongress

▶ Deutsche Umwelthilfe, Elke Jumpertz, Radolfzell,
Tel. +49 (0)7732 / 999565, E-Mail: jumpertz@duh.de,
www.duh.de/umweltgerechtigkeit.html

APRIL

01.–03.04., Fulda (D)

Deutscher Fundraising-Kongress 2009

▶ Deutscher Fundraising Verband, Katja Bahadori,
Frankfurt/M., Tel. +49 (0)69 / 1338948-0, Fax -10,
E-Mail: bahadori@fundraisingverband.de,
www.fundraisingkongress.de

24.–26.04., Berlin (D)

McPlanet.com: Game Over – Neustart. Kongress

▶ Kongressbüro, Tel. +49 (0)30 / 21502601,
Fax +49 (0)3221 / 1063262,
E-Mail: info@mcplanet.com, www.mcplanet.com

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/terminlinks

Bildungsoffensive deutscher Umweltakademien

Umweltbildung sichert Wirtschaftsstandort

Mehr denn je ist ökologisches Denken Grundvoraussetzung für erfolgreiches ökonomisches Handeln. Mit einer breiten Bildungsoffensive in Sachen Klimaschutz, Naturbewahrung und Umweltvorsorge tragen die staatlich getragenen Umweltakademien der Bundesländer dazu bei, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern.

□ An jedem Arbeitstag finden im Bundesgebiet mindestens fünf Veranstaltungen der Umweltakademien statt, die insbesondere Multiplikatoren aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen notwendiges Rüstzeug für Nachhaltigkeit und Umweltvorsorge an die Hand geben. „Mit einer breit angelegten Bildungsoffensive zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur nachhaltigen Entwicklung starteten die staatlich getragenen Umweltakademien in Deutschland in das neue Jahr“, sagt Claus-Peter Hutter, der Vorsitzende des bundesweiten Arbeitskreises der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz (BANU). „Mit über 2.000 Seminaren, Kongressen und speziellen Aktionstagen in allen Teilen Deutschlands sollen noch mehr Menschen für breites Umwelt- und Nachhaltigkeitsengagement gewonnen und Impulse zur Lösung dringender Umweltprobleme wie Klimawandel und Artenschwund gegeben werden.“

Wissenserosion wird stärker

Hutter, der hauptamtlich die Umweltnakademie des Landes Baden-Württemberg leitet, nannte die zunehmende Wissenserosion in Sachen Natur und Umweltschutz ein immer ernster werdendes gesellschaftliches Problem. Wer keine Tiere und Pflanzen kenne, sei sich über negative Veränderungen in Natur und Landschaft nicht bewusst und verliere Kritikfähigkeit und die Kompetenz, selbstverantwortlich zu handeln. Es sei erschreckend, wie wenig Kinder heute noch über Ernährung, Landschaft und Landwirtschaft und die Natur

selbst wissen. „Manche meinen, Orangen würden in England wachsen, Fischstäbchen im Meer schwimmen. Und viele Erwachsene wissen nicht, ob eine Heckenbraunelle ein Vogel oder eine Pflanze ist“, so Hutter. Die Umweltakademien wollen deshalb über frühkindliche Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung, Naturerlebnis und breite Umweltaufklärung auf verschiedenen Ebenen neue Akzente setzen.

Bundesweite Naturerlebniswoche

Dazu gehört etwa eine bundesweite Naturerlebniswoche, die dieses Jahres im Zeitraum vom 16. bis 24. Mai stattfindet und bei der an über 1.000 Orten die Faszination der Natur, aber auch deren Verletzlichkeit vermittelt wird. Im Dialog mit Naturschutzzentren, Freilichtmuseen, Heimat- und Wandervereinen, Naturschutzverbänden und Umweltorganisationen, Landfrauen, Fischern, Imkern und vielen anderen Akteuren und Einrichtungen werden vielfältigste Veranstaltungen angeboten. Eine eigene Internetseite informiert über die Angebote in den einzelnen Bundesländern.

Daneben wollen die Umweltakademien noch stärker als bislang zu einem Wissenstransfer zwischen Umwelt-, Ernährungs- und Erziehungswissenschaften sowie der Praxis beitragen. „Was nützen wissenschaftliche Erkenntnisse, wenn sie in den Schubladen schlummern und Handlungserfordernisse die Menschen nicht erreichen?“, kritisierte Hutter die noch in vielen Bereichen fehlende Verzahnung von Kindergärten, verschiedenen Schulbereichen, der Fachhochschulen und

Universitäten sowie der außerschulischen Umweltbildung und Nachhaltigkeit.

2.000 Veranstaltungen pro Jahr

Der bundesweite Arbeitskreis BANU ist ein Zusammenschluss von 14 staatlich getragenen Einrichtungen aus fast allen Bundesländern. Mit dabei sind auch die Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm und das Bundesamt für Naturschutz. Die BANU-Akademien sind mit über 2.000 Veranstaltungen im Jahr die Nahtstelle von Wissenschaft und Naturschutzpraxis. Die Themen spannen sich von A wie Amphibienschutz über Klimavorsorge, nachhaltiges Landschaftsmanagement, naturverträglichen Tourismus und regenerative Energien bis Z wie Zertifizierung von Landschaftsführern und Artenschutzexperten. Die Veranstaltungen der Umweltakademien sind bis auf wenige Ausnahmen öffentlich. Informationen können über die Programme der einzelnen Akademien, aber auch aus dem Internet bezogen werden.

Vom Konfliktgegner zum Partner

Die BANU-Akademien setzen auf die Integration von Umweltwissen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei wolle man mehr als bislang aus Konfliktgegnern Konfliktpartner machen, sagt der BANU-Vorsitzende Hutter. In vielen Bereichen des Umweltschutzes werde noch viel zu sehr an Unterschieden statt an Gemeinsamkeiten gearbeitet.

Im Oktober 1996 hatte der BANU „Leitlinien zur Natur- und Umweltbildung für das 21. Jahrhundert“ vorgelegt. Damit sollen die Diskussion über Erneuerungsprozesse in der Umweltbildung vorangetrieben, der Stellenwert der Umweltbildung in der Gesellschaft erhöht und eine Grundlage für politische Entscheidungen zu Umweltbildung und nachhaltiger Entwicklung geschaffen werden. Die Leitlinien können im Internet abgerufen werden.

[Jürgen Forkel-Schubert]

- ▷ www.banu-akademien.de
- ▷ www.naturerlebniswochenende.de
- ▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

25 Jahre Naturgut Ophoven

□ Im Dezember 1983 gründete Hans-Martin Kochanek mit einigen Freunden den „Förderverein Natur- und Schulbiologiezentrum Leverkusen“. Ein Jahr später stellte die Stadt Leverkusen dem Verein den maroden ehemaligen Rittersitz in Ophoven zur Verfügung. Mit viel Elan und jahrelangem Engagement machten die Aktiven aus der unbewohnbaren Liegenschaft mit der Zeit eines der größten und bedeutendsten Umweltzentren Deutschlands, das mittlerweile zu einem „Kompetenzzentrum der Bildung für Nachhaltigkeit“ weiterentwickelt wurde. Die pädagogischen Angebote, darunter eine faszinierende Energieausstellung, Solarkunst, Naturerlebnispfad und alte Rittergeschichten, Kabarettveranstaltungen oder Sportevents begeistern jedes Jahr viele Tausend Menschen. Hans-Martin Kochanek ist nicht nur der Chef von Opladen, sondern auch anerkannter Ornithologe, Mitbegründer des Bundesverbandes der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), aktives Mitglied in der AG Elementarbereich der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und vieles mehr. Das Jubiläum soll ausgiebig gefeiert werden, unter anderem mit einer Wohltätigkeitsgala am 8. März, einer Kabarett-Gala am 9. Mai und dem NaturGut-Sommer-Event am 21. Juni. Im September gibt es ein Burgfest und im Dezember die WaldWeihnacht. Für den 5. Juni ist eine Führung durch die Burg Ophoven geplant, bei der erstmals das umfangreiche geschichtliche Bildarchiv des Vereins geöffnet wird.

▷ www.naturgut-ophoven.de

Neue Umweltakademie Schleswig-Holstein gut gestartet

□ Letztes Jahr zog die Umweltakademie Schleswig-Holstein in ihr neues Zuhause nach Flintbek bei Kiel um. Die Kunden hielten dennoch die Treue: An insgesamt 101 Veranstaltungen in ganz Schleswig-Holstein nahmen mehr als 3.400 Men-

schen teil. Das Programm 2009 der Akademie wurde reich bebildert und im DIN-A5-Format neu gestaltet. Es kann gedruckt angefordert oder aus dem Internet heruntergeladen werden. Der neue Newsletter „Akademie aktuell“ erscheint mindestens vier Mal im Jahr.

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

Walderlebniszentrum Soonwald als „Leuchtturm“ in Rheinland-Pfalz

□ Das im April eröffnete Walderlebniszentrum Soonwald in Rheinland-Pfalz wurde als jüngstes Mitglied in das Netz der Schulnahen Umwelterziehungseinrichtungen in Rheinland Pfalz (SchUR) aufgenommen. Das 1990 eingerichtete Netz hat inzwischen rund 70 Mitglieder, darunter Forstämter und private Einrichtungen von Vereinen oder Umweltverbänden. Wegen seiner auf nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Angebote kann das Walderlebniszentrum als Leuchtturm der Umweltbil-

dung gelten. Es liegt mitten im Soonwald, besitzt ein Waldlabor, eine Waldwerkstatt, eine Erlebnisstation für Experimente zu Wald, Boden und Wasser und verfügt in zwei Gästehäusern mit Selbstversorgung über insgesamt 80 Betten.

▷ www.wald-rlp.de/?83

THEMA: NATURERLEBEN

Schlechte Noten beim „Vogel-PISA“

□ Im Durchschnitt kennen bayerische SchülerInnen nur vier Gartenvogel. Rund sieben Prozent kennen keine einzige Vogelart und nur einer von hundert kennt die zwölf häufigsten Arten: Amsel, Buchfink, Buntspecht, Elster, Gimpel, Grünfink, Haussperling, Kleiber, Kohlmeise, Rotkehlchen, Star und Zaunkönig. Das ergab eine Umfrage der Fachhochschule Weihenstephan bei insgesamt 3.228 Schülern verschiedener Schularten und Altersstu-



Die Große Kreisstadt Kehl am Rhein (34.000 Einwohner), deutsche Nachbarstadt von Straßburg, Fachbereich Zentrale Steuerung und Finanzen sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für den Bereich Umwelt eine/n engagierte/n

Umweltpädagogen/Umweltpädagogin in Teilzeit 50 %

Das Aufgabengebiet umfasst u.a.

- Projekte zur Förderung des Umweltbewusstseins an Schulen (Grünes Klassenzimmer)
- Durchführung von Multiplikatorenschulungen
- außerschulische umweltpädagogische Angebote
- Aktionen und Projekte zur Verstärkung des Umweltbewusstseins der Bevölkerung
- Erwachsenenbildung
- Konzeption und Organisation von Ausstellungen
- Betreuung des Naturerlebnispfad des Rheinauenwald und Konzeption neuer Stationen
- Zuschusswesen

vorausgesetzt werden:

- ein abgeschlossenes naturwissenschaftliches Studium und eine umweltpädagogische Zusatzausbildung oder eine Lehrerausbildung mit naturwissenschaftlicher Fächerkombination
- Erfahrungen in den oben genannten Aufgabengebieten
- die Fähigkeit, in einem Team flexibel und zielgerichtet zu arbeiten
- soziale Kompetenzen
- Französisch-Kenntnisse wären wünschenswert
- EDV-Kenntnisse

Die Stelle ist zunächst befristet auf zwei Jahre, es besteht die Option auf eine Dauerbeschäftigung. Die Anstellung und die Vergütung erfolgen nach TVöD in Entgeltgruppe 10.

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen bis spätestens 31.03.2009 an die Stadt Kehl, Produktbereich Personal und Organisation, Postfach 1720, 77677 Kehl.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen Herr Schneider und Frau Wörner, Bereich Umwelt, Telefon 07851/88-365 u. -366, gerne zur Verfügung.

Informationen über die Stadt Kehl erhalten Sie im Internet unter www.Kehl.de

fen. Die Amsel ist mit großem Abstand am bekanntesten. Bayerns häufigster Vogel, der Buchfink, ist der unbekannteste. Den Haussperling, früher extrem häufig, kennt nur noch jeder dritte Schüler. Schüler mit höherer Schulbildung hatten eine größere Artenkenntnis. Mädchen verfügten über etwas mehr Wissen als Jungen. Wichtig für die Artenkenntnis war das Vorhandensein eines Gartens oder einer Futterstelle. Schüler, die ihr Wissen von Eltern oder Verwandten hatten, schnitten am besten ab. Das Fernsehen vermittelte dagegen kaum bleibendes Wissen. Um die Freude an der Naturbeobachtung zu wecken, hat der Landesbund für Vogelschutz (LBV) in Bayern die Aktionen „Stunde der Wintervögel“ und „Stunde der Gartenvögel“ ins Leben gerufen. Für den Elementarbereich gibt es außerdem viele Materialien, darunter ein Kinderliederbuch mit Musik-CD zum abenteuerlichen Leben der Spinnen, Eichhörnchen, Wespen und Schmetterlinge.

▷ www.lbv.de/umweltbildung

Auf zur großen Nussjagd!

□ Die kleine Haselmaus ist sehr scheu und hauptsächlich nachts unterwegs. Man kann sie nur selten beobachten. Um herauszufinden, wo diese bedrohte Tierart in Deutschland noch vorkommt, machten sich Kinder und Jugendliche in einigen Bundesländern auf die Jagd nach Nüssen. Durch die Art und Weise, wie die Nuss geknackt wurde, können Spezialisten erkennen, welches Tier es war. Der Fundort gibt also einen Hinweis darauf, wo es noch Haselmausvorkommen gibt. In Hessen sammelten beispielsweise über 7.000 Kinder bei der Nussjagd 2007/2008 insgesamt 92.913 Haselnüsse und konnten dadurch 100 verschiedene Lebensräume der Haselmaus nachweisen. Ähnliche Aktionen fanden in Sachsen und Schleswig-Holstein statt. In Sachsen können Kinder dieses Jahr außerdem an Suchaktionen teilnehmen, mit deren Hilfe Standorte des Glühwürmchen kartiert werden sollen.

▷ www.nussjagd.de
▷ www.laternentanz.eu

Evolution im Schneckentempo entdecken

□ Fast jeder hat sie im Garten oder Gebüsch schon einmal gesehen: die Bänderschnecken. Ihre Gehäuse können gelb, braun oder rot sein und bis zu fünf verschiedenfarbige Bänder aufweisen. Dunkle Schneckenhäuser sind in Wäldern häufiger, während Schnecken in Wiesen heller sind. Helle Gehäuse reflektieren die Sonnenstrahlen, während dunkle Gehäuse die Wärme stärker aufnehmen. Dunkle Gehäuse gibt es eher im kühlen Norden, wo die Schnecken mehr Wärme benötigen. Aus Anlass des 200. Geburtstags von Charles Darwin starteten das Berliner Museum für Naturkunde, der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung Leipzig (UFZ) ein europaweites Mitmach-Projekt. Schulen und Hobbynaturforscher sind aufgerufen, Bänderschnecken zu suchen, Merkmale wie Färbung und Anzahl der Bänder zu notieren und dies auf eine Internetseite einzutragen. Mit der Zeit soll so eine Europakarte entstehen, die im Vergleich mit historischen Daten die Evolution vor der Haustür miterleben lässt.

▷ www.evolutionmegalab.org

Beobachtungsheft „Der Strandläufer“

□ Wer im Wattenmeer mit einer Gruppe unterwegs ist, sollte für jedes Kind dieses kleine Beobachtungsheft dabei haben. Es passt in die Hosentasche und hilft bei der Bestimmung der häufigsten Tier- und Pflanzenarten. Die inzwischen zwölfte Auflage des „Strandläufers“ von Helge Thielemann wurde überarbeitet und neu gestaltet. Kleine Rätsel ergänzen die verständlichen Basisinformationen. Für jede gefundene Art gibt es Punkte. Einfach den Fundort eintragen und am Ende des Ausflugs die Punktzahl zusammenzählen. Wer hat gewonnen? Zum Thema Wattenmeer gibt es übrigens auch ein Memory, ein Domino, ein Würfelspiel und ein Malbuch. Schon seit vielen Jahren gibt es in ähnlicher Ausführung auch den „Waldläufer“.

▷ www.schullandheim.de
▷ Sonderangebot: www.ritz-service.de

Broschüre „Sei kein Frosch – Hilf uns!“

□ Amphibien sind besonders von Veränderungen ihres Lebensraumes betroffen. Weltweit sind ein Drittel der Arten vom Aussterben bedroht. Ursachen sind der rasante Lebensraumschwund, der Klimawandel und die großflächig ausgebrachten Agrargifte. Hinzu kommt noch der Chytridpilz, der zu großen amphibienfreien Gebieten geführt hat. Wissenschaftler sprechen vom größten Artensterben seit dem Ende der Dinosaurier. Möglichkeiten zum Handeln und Gegensteuern zeigt eine neue Broschüre, die sich vor allem an Zoopädagogen, Umweltbildner und Lehrer wendet. Sie zeigt den Stand der Forschung und bietet viele Unterrichtshilfen. Das Vorwort schrieb der Träger des Alternativen Nobelpreises Professor Michael Succow.

▷ Birtsch, J.; Wolters, J.: Sei kein Frosch – Hilf uns! Stiftung Artenschutz, Münster 2009, 40 S., 3,- €. Bezug: E-Mail: info@stiftung-artenschutz.de, www.araonline.de

Grünes Chemnitz: Natur findet Stadt

□ Die durch Stadtumbau und Bevölkerungsrückgang gekennzeichneten ostdeutschen Städte haben oft viele neue Freiflächen, die zur innerstädtischen Biotopvernetzung hervorragend geeignet sind. So können artenreiche Wiesen entstehen, die auch eine Steigerung der Lebensqualität bedeuten – vorausgesetzt, Menschen erleben die Natur auch. In Chemnitz führten das Umweltzentrum, der NABU und der Deutsche Verband für Landschaftspflege ein dreijähriges Projekt zu innerstädtischen Wiesen durch. Wiesenkunst, Fotowettbewerbe und geführte Ausflüge unter dem Motto „Wiesenschönheiten hier entdecken“ lockten viele an. Das Saatgut von Wildwiesen wurde zur Begrünung von Grünflächen verwendet. Die Deutsche Unesco-Kommission zeichnete die Aktion als „Offizielles Projekt der Weltdekade“ aus und die Deutsche Umwelthilfe kürte sie im November 2008 zum Projekt des Monats.

▷ www.lpv.de (Publikationen – Broschüren/Bücher – Natur findet Stadt)
▷ www.duh.de (Suche – Stadtwiesenprojekt)

Schweizer Arbeitsmaterialien zur Vielfalt

□ Kenntnisse und Schutz der Biodiversität sind die wichtigsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Um Kindern dieses Thema näherzubringen, startete die Schweizer Naturschutzorganisation Pro Natura ein auf sechs Jahre angelegtes Umweltbildungsprojekt. Unter dem Motto „Biodiversität – Jede Art hängt von anderen ab“ erscheint pro Jahr eine Sammlung von Arbeitsblätter für LehrerInnen der ersten bis sechsten Klassen, die zu Aktivitäten draußen oder im Schulzimmer animieren sollen. Das Thema 2008 lautet: „Was ist die Biodiversität“. Alle Schulen können die Materialien kostenlos herunterladen oder gedruckte Exemplare für zehn Franken anfordern.

▷ www.pronatura.ch (Umweltbildung)

Die ganze Donau auf einer CD-ROM

□ Die Internationale Kommission für den Schutz der Donau (ICPDR) hat in Partnerschaft mit der Firma Coca-Cola eine „Donau-Box“ mit pädagogischen Materialien erstellt, die wegen zu großer Nachfrage bereits nach kurzer Zeit vergriffen war. Man kann sie bundesweit bei den rund 600 kommunalen Kreis- und Stadtbildstellen sowie Medienzentren ausleihen. Als Ersatz gibt es jetzt eine interaktive CD-ROM, die sämtliche Druckvorlagen für das Unterrichtshandbuch, das Arten-Quartett, das Poster zum Donauraum sowie eine interaktive Donaureise enthält. Alle Materialien finden sich auch im Internet.

▷ www.donaubox.de/downloads/deutschland

Unterrichts-DVD „Ökosystem Korallenriff“

□ Korallenriffe werden wegen ihrer enormen Artenvielfalt oft mit tropischen Regenwäldern verglichen. Die größten Gefahren für diesen Lebensraum weltweit sind jedoch nicht Meerwasserverschmutzung und Überfischung, sondern der Klimawandel und die Versauerung der Ozeane. Eine neue DVD, die speziell für den Biologie- und Geografieunterricht in Schulen entwickelt wurde, vermittelt das

nötige Grundwissen, um dieses von Lebensräumen so verschiedene Ökosystem verstehen zu können und stellt die vielfältigen Gefahren und Möglichkeiten für ihre Erhaltung vor. Einen dreiminütigen Teaserfilm zur DVD gibt es im Internet.

▷ www.gerd-haegle.de

Internetangebote zum Naturerleben in Schleswig-Holstein

□ Viele Schulgesetze der Bundesländer verpflichten zu einem rücksichtsvollen Umgang mit Natur. In Schleswig-Holstein heißt es zum Beispiel: „Die Schule soll ... Verständnis für Natur und Umwelt schaffen und die Bereitschaft wecken, an der Erhaltung der Lebensgrundlagen von Pflanzen, Tieren und Menschen mitzuwirken.“ Die Kreisbeauftragten für Natur- und Umwelterziehung des Landes bauten eine umfangreiche Internetseite auf mit vielen praktischen Tipps zur Bearbeitung von Natur- und Umweltthemen im Unterricht. Die Themen reichen von der Agenda 21 über Klimaschutz, Müllvermeidung, Schulprojekte im Grünen und Bestimmungshilfen bis hin zum Schulwald. Ein umfangreicher Serviceteil bietet Adressen von außerschulischen Lernorten, Anschriften von Behörden und Institutionen wie Natur- und Umweltschutzverbänden, Links zu Zeitschriften und Verlagen sowie Hinweise auf Umweltwettbewerbe und Internetseiten, die für Kinder und Jugendliche besonders geeignet sind.

▷ www.umweltundnatur.de

Kunst und Natur verbinden

□ Eine berufsbegleitende Weiterbildung über den ästhetischen Zugang zur Natur bietet der bekannte Künstler Werner Henkel aus Bremen an. Die Fortbildung dauert vom August 2009 bis November 2010. Kunst wird dabei als aktive, gestaltende Auseinandersetzung mit Natur und Landschaft verstanden. An sechs Wochenenden und während zwei Wochen lernen die Teilnehmenden eine persönliche künstlerische Arbeitsweise kennen und entwickeln als-

thetische Bildungsansätze. Weitere solcher NaturArte-Seminare zur künstlerischen Arbeit in und mit der Natur befassen sich mit Skulpturen im Naturraum, Objekten aus Fundhölzern, Collagetechnik mit Naturmaterialien, Raritätenkabinetten und Objektkästen und der Verbindung von Worten und Texten mit der Natur.

▷ E-Mail: naturarte.henkel@t-online.de,
www.naturarte-wernerhenkel.de

Deutsch-englisches Umweltwörterbuch

□ Die internationale Zusammenarbeit gewinnt im Bereich der Umweltvorsorge und der nachhaltigen Entwicklung immer größere Bedeutung. Doch für den Bereich des Umweltschutzes und der Naturbewahrung fehlte bislang ein Praxiswörterbuch Deutsch-Englisch/Englisch-Deutsch für eine fachlich korrekte Kommunikation. Das „Praxis-Wörterbuch Umwelt, Naturschutz, Nachhaltigkeit“ von Johann Schreiner, der hauptberuflich Direktor der Alfred-Toepfer-Akademie für Naturschutz (NNA) Niedersachsen ist, umfasst über 40.000 deutsche und über 36.000 englische Stichwörter. Das komplett neu überarbeitete und aktualisierte Buch kann nach einem Kauf auch als PDF-Datei auf den PC geladen werden.

▷ Schreiner, J.; Hutter, C.-P. (Hrsg.): Praxis-Wörterbuch Umwelt, Naturschutz, Nachhaltigkeit. WVG, Stuttgart 2008, 49,- €, ISBN 978-3-8047-2483-9

NEUE MATERIALIEN**Bildung im Schatten von Finanz- und Klimakrise**

□ Das Forum Umweltbildung Wien hat die Ausgabe 4/2008 der Zeitschrift *umwelt & bildung* den Auswirkungen der aktuellen Bankenkrise gewidmet. Unter dem Titel „Krise als Chance!“ wird nach den Lehren daraus sowie nach möglichen Chancen gefragt und die Finanzkrise zugleich als Bildungs- und Demokratiekrise verstanden. Vorgestellt werden Pioniere der Nachhaltigkeit, alternative Ökono-

mien, Risiken und Chancen der Finanzkrise für die Klimapolitik sowie Chancen für Veränderungen bei Mobilität und Transport. Fazit: Wem das Thema nicht schmeckt, sollte sich besser an Schokolade halten – als Stimmungsmacher mit Suchtpotenzial.

▷ www.umweltbildung.at/zeitschrift

Indikatorenbericht 2008 zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland

□ Die Bundesregierung hat mit der nationalen Strategie für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 Nachhaltigkeit zu einem zentralen Prinzip der Politik in Deutschland erhoben. Um die Wirksamkeit der Strategie messbar zu machen, wurde ein Set von Nachhaltigkeitsindikatoren für verschiedene Themenbereiche festgelegt. Diese wurden größtenteils mit Zielwerten und Zieljahren versehen. Die Entwicklung dieser Indikatoren wird jeweils im Abstand von zwei Jahren in einem Indikatorenbericht beschrieben und analysiert. Unter dem Kapitel Generationengerechtigkeit finden sich zur Bildung die drei Teilindikatoren 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss, 25-Jährige mit abgeschlossener Hochschulausbildung und Studienanfängerquote. Die Bedeutung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung wird dabei nicht berücksichtigt. Der Bericht kann von der Webseite des Statistischen Bundesamts abgerufen werden

▷ www.kurzlink.de/indik-ne-destatis08

WEITERBILDUNG

Naturerlebnis-Pädagogik im Rheinland

□ Im April starten die Kurse des Weiterbildungsinstituts CreNatur für Fachkräfte aus sozialen oder naturbezogenen Berufsfeldern. In neun Wochenendseminaren erhalten die Teilnehmenden Schlüsselqualifikationen, Methoden- und Sachkompetenz in den Bereichen Naturerleben, Gruppendynamik, Kommunikation, Naturkunde, Erste Hilfe, Gruppen- und Projektleitung.

Jedes Modul kann einzeln gebucht werden. Nach erfolgreicher Absolvierung der gesamten Weiterbildung wird ein Zertifikat verliehen. Die Weiterbildung ist offizielles Projekt der UN-Dekade BNE.

▷ www.crenatur.de

Schweiz: Naturbezogene Umweltbildung

□ In der Schweiz bietet die Stiftung für Umweltbildung und Wald Silviva eine modulare Weiterbildung „Naturbezogene Umweltbildung“ mit Zertifikat an, auch in französischer Sprache. In 17 themenbezogenen Modulen wird aufgezeigt, wie Natur- und Umweltthemen erlebnisorientiert und naturbezogen am Beispiel Wald und Natur vermittelt werden können. Die Module können einzeln oder aufbauend als Lehrgang besucht werden. Die Weiterbildung richtet sich an Lehrkräfte, KindergärtnerInnen, Sozial- und HeilpädagogInnen sowie an natur- und forstwirtschaftliche Berufe. Ein Informationsabend findet am 11. März in Olten statt.

▷ www.silviva.ch/lehrgang

UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

07.03., Freiburg/Br. (D)

Naturerleben und Sprache. Einführung in die grenzüberschreitende Umweltbildung (D/F)

▷ www.naturschule-freiburg.de

18.–19.03., Laufen/Oberbayern (D)

Erzählen lernen im Naturschutz

▷ www.anl.bayern.de

19.–20.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Evaluation von Ausstellungselementen und Erlebnispfad im Umweltbereich

▷ www.nna.de

20.–22.03., Göttingen (D)

Naturpädagogik für Menschen mit Behinderung

▷ www.naturschule-freiburg.de

21.03., München (D)

Gesunde Schulverpflegung. Tagung

▷ www.umweltbildung.de

24.03., Bonn (D)

Natur und Umwelt erkunden mit „Geo-Caching“

▷ www.nua.nrw.de

24.–25.03., Bayreuth (D)

Come in and discover. Neue Praxisansätze für „andere“ Milieus

▷ www.lbv-lindenhof.de

25.03., Neumünster/Schleswig-Holstein (D)

Nicht nur biologisch, aber dynamisch: Jugendbildungsarbeit

▷ www.afnu.schleswig-holstein.de

25.–27.03., Lenzen (Elbe)/Brandenburg (D)

Welt im Wandel. Die Rolle der Naturwacht

▷ www.bundesverband-naturwacht.de,
Frank Grütz, Tel. +49 (0)174 / 9503521,
E-Mail: gruetz@naturwacht-saarland.de

26.–29.03., Rott/Westerwald (D)

Leitungskompetenz in der Naturerlebnis-Pädagogik

▷ www.crenatur.de

28.03., Murrhardt bei Stuttgart (D)

Wissensvermittlung vermitteln. Didaktik und Methodik der Geländeführung

▷ www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de

31.03.–2.04., Bonn (D)

UNESCO-Weltkonferenz Bildung für nachhaltige Entwicklung

▷ www.bne-portal.de

Impressum **ökopädNEWS**

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),

jfs@oekopaednews.de;

Birgit Paulsen, Webmaster, netzwerk@anu.de

ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,

Philipp-August-Schleißner-Weg 2, D-63452 Hanau,

Tel. +49 (0)6181 / 1804778, bundesverband@anu.de,

www.umweltbildung.de